

TAGESSCHAU

POLITIK

Polen: Eine Stunde vor dem mit großem Propaganda-Aufwand begleiteten internationalen Warschauer Intellektuellen-Kongress für eine friedliche Zukunft der Welt sind gestern die prominenten Mitglieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“, Jacek Kuron und Janusz Onyszkiewicz, festgenommen worden. In einer Botschaft an den von der polnischen Regierung nahebestehenden Intellektuellen-Kongress forderte der sowjetische Parteichef Gorbatschow die Teilnehmer zur Unterstützung des sowjetischen Angebots zur Vernichtung aller Atomwaffen auf.

Südjemen: In der sowjetischen Botschaft in Aden sind gestern Verhandlungen zwischen Staatspräsident Ali Nasser Mohamed und den Führern der Rebellen aufgenommen worden, die Anfang der Woche einen Putschversuch unternommen hatten, meldete die französische Nachrichtagentur AFP. (S. 5)

Ins Exil: Der bei dem blutigen Machtkampf zwischen den libanesischen Christen unterlegene Ali Hobeika hat das Land verlassen, um ins Exil zu gehen. Hobeika und seine engsten Mitarbeiter flohen mit zwei Armee-Hubschraubern nach Zypern. Das künftige Exil war gestern nicht bekannt.

Wehrdebatte: Gegen heftige Angriffe von SPD und Grünen rechtfertigte Bundesverteidigungsminister Wörner in der Debatte des Bundestags die Verlängerung des Grundwehrdienstes als notwendig und unausweichlich. Die Bedrohung durch den Warschauer Pakt bleibe unverändert bestehen.

Abrüstung: Mit betonter Zurückhaltung wurde der jüngste Abrüstungsvorschlag des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow in der NATO aufgenommen. Als bemerkenswert wurde es bezeichnet, daß der Krenl am Vorabend der neuen Genfer Verhandlungsrunde erneut den Weg in die Öffentlichkeit gesucht habe.

Lesotibe: Nach den spektakulären Aktionen der Sicherheitskräfte herrschte gestern in der Hauptstadt Maseru wieder Ruhe. Nach offiziellen Angaben gab es keinen Putschversuch. In Kürze sollten mit Südafrika Gespräche über Sicherheitsfragen aufgenommen werden.

„Nemes“: Kanzler Kohl und Frankreichs Staatspräsident Mitterrand haben bei ihrem Treffen in Baden-Baden noch keine Einigung über eine deutsche Beteiligung an der von Paris vorgeschlagenen europäischen Raumfähre erzielt. Zuvor hatten beide eine große Parade in der Deutschland stationierten französischen Truppen abgenommen. (S. 8)

ZITAT DES TAGES



„Gerade das partnerschaftliche Zusammenwirken war die Grundlage für den Erfolg von DI. Dieser Teamgeist ist beispielhaft für die sehr gute und enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.“

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber bei einem Empfang für die deutschen Astronauten. FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Nach einem beispiellosen Konjunkturaufschwung droht die amerikanische Wirtschaft in den nächsten 18 Monaten an Dynamik zu verlieren und ihre Funktion als Zugpferd der Weltkonjunktur einzubüßen, heißt es in einem Länderbericht der OECD. (S. 10)

1984, 1986 dürfte abermals eine Steigerung zu verzeichnen sein, sagt die Bundesbank voraus. Durch ausländische Touristen seien im vergangenen Jahr nur rund 17,5 Milliarden DM in die Bundesrepublik gekommen. (S. 9)

Japan: Der Überschuss im Außenhandel stieg 1985 auf die Rekordhöhe von 46,14 Milliarden Dollar, nach 33,61 Milliarden im Vorjahr.

Börse: An den Aktienmärkten kam es unter starken Kurschwankungen zu einer leichten Abwärtsbewegung. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 303,81 (304,64). BHF-Rentenindex 105,364 (105,247). BHF-Performance Index 100,468 (100,327). Dollar-Mittelkurs 2,4550 (2,4690) Mark. Goldpreis pro Feinunze 383,00 (348,75) Dollar.

Tourismus: Deutsche Urlauber und Geschäftsreisende haben im vergangenen Jahr 42 Milliarden DM im Ausland ausgegeben - rund sieben Prozent mehr als

KULTUR

Geisteswissenschaften: Das Erscheinen des von F. Rodi herausgegebenen Dithy-Jahrbuchs für Philosophie und Geschichte der Geisteswissenschaften hat wieder einmal den (letzthin unbegründeten) Verdacht provoziert: Wird in diesen Wissenschaften mehr über den kulturellen Sinn und die gesellschaftliche Funktion der eigenen Arbeit nachgedacht als sachlich gearbeitet? (S. 19)

Erstaufführung: Marguerite Duras' „Savannah Bay“ am Berliner Schiller-Theater: Heribert Sasses Inszenierung dieses Stückes vorläufiger Undeutlichkeit gelangt es, diese schöne, mahlige Vorgabe zu fassen - wenn auch nicht ganz. Darin die beiden realen Traumfiguren: Marianne Hoppe und Barbara Nüsse. Großer Beifall. So Friedrich Luft in seiner Kritik. (S. 19)

SPORT

Tennis: Titelverteidiger John McEnroe ist beim Masters-Turnier in New York in der ersten Runde ausgeschieden. Er unterlag seinem amerikanischen Landsmann Brad Gilbert 7:5, 4:6, 1:6. (S. 17)

Tischtennis: Der deutschen Mannschaft droht der Abstieg aus der Europaliga. Sie unterlag Frankreich mit 3:4. Nur noch ein Sieg über die CSSR (19. Februar) kann sie retten. (S. 17)

AUS ALLER WELT

„Boot 86“: Neun Tage lang - von diesem Samstag an - ist die „Welt an Bord“ in Düsseldorf. So jedenfalls locken die Manager der Ausstellung „boot 86“. Für Bedarfe und Unbedarfe wird von 1600 Firmen aus 35 Ländern auf 140 000 Quadratmetern alles gezeigt, was in der christlichen Seefahrt möglich ist. (S. 20)

In Schwierigkeiten: Die Pechsträhne der US-Raumfähre „Columbia“ reißt nicht ab. Gestern mußte die Rückkehr zur Erde um einen Tag auf heute verschoben werden. Grund war angeblich das Wetter über Cape Canaveral.

Wetter: Wechselnd bewölkt, meist niederschlagsfrei. Bis 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Der gordische Länderknoten - Leitartikel von Heinz Heck S. 2

Formen: Personalien und Leserbrief - ist die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

London: Marine-Historie, die ihren Reiz nie verlieren wird - Von Christian Ferber S. 3

Fernsehen: Die Brut aus der Tschsche - Giftige Frösche aus Lateinamerika S. 18

Hessen: Schon in den ersten 30 Amtstagen rief Fischer die Gerichte zur Hilfe S. 4

Rhein: 2000 Kubikmeter in jeder Sekunde - Noch lange kein Hochwasser S. 29

Malaysia: Außenminister Ritbaudeen wirbt um deutsche Investitionen S. 5

Reise-WELT: Die drei Ladies von Cotswolds bitten zum Frühstück - Von Julie Stewart S. 1

Sozialausschüsse der CDU vor stürmischer Sitzung

Paragrah 116: Spielraum bei der Formulierung / Streit der Gewerkschaften

fac. Bonn
Die Koalition in Bonn hat unmissverständlich zu verstehen gegeben, daß es bei der Präzisierung des sogenannten Streikparagrafen 116 im Arbeitsförderungs-gesetz „in der Sache selbst“ keinen Verhandlungsspielraum mehr gibt. Zugleich wurde aber allen Interessengruppen signalisiert, daß Formulierungsänderungen durchaus noch möglich seien. Symptomatisch für diese Bemühungen um eine atmosphärische Verbesserung in der Debatte um die geplante Sicherstellung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskampfen war die Stellungnahme des sozialpolitischen Sprechers der CDU/CSU, Bernhard Jagoda, im Gespräch mit der WELT: „Wenn es Formulierungen gibt, die noch klar sind als die bisherigen, verschließen wir uns nicht einer Diskussion.“

Der CDU-Sozialexperte urteilt allerdings präzise die damit verbundene Forderungen: Jeder neue Vorschlag müsse genauso auf den Prüfstand wie der vorhandene Entwurf. Jagoda kündigte für den Monat März zwei Anhörungen zum Thema 116 an: eine fachliche und eine verfassungsrechtliche.

In Bonn hatte Aufmerksamkeit er-

regt, daß der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth am Mittwoch eine nochmalige öffentliche Klärung der Sache verlangt hatte. „Was bei Kohl und Blum nicht erreicht worden ist, könnte in einem Hearing stattfinden“, sagte Späth. Diese Bemerkung war als Kritik Späths am Bundeskanzler interpretiert worden. Von sozialdemokratischer und Gewerkschaftsseite wurde der Stuttgarter Regierungschef für die These in Anspruch genommen, daß die von der Bonner Koalition beschlossene Fassung des Paragrafen 116 „die Streikfähigkeit der Gewerkschaften nicht sicherstellt“. Das FDP-Präsidiumsmitglied Manfred Brunner warf Späth daraufhin vor, in „modischer und anpaßlicher Manner der Bundesregierung in den Rücken gefallen“ zu sein.

Unter den DGB-Gewerkschaften gibt es offensichtlich starke Differenzen in der Frage des richtigen Vorgehens. Mit einem klaren Nein reagierte der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, auf den Kompromißvorschlag des IG-Chemie-Chefs Hermann Rappe. Dieser hatte gesagt, wenn es bei Streiks um Einkommensverbesserungen gehe, solle die Bundesanstalt den indirekt vom Arbeitskampf

betreffenen Arbeitnehmern Arbeitslos- und Kurzarbeitergeld zahlen. „Über den Umfang der übrigen Themenübereinstimmung kann man reden“, sagte Rappe dem „Express“. Mayr reagierte darauf entrüstet: „Wenn Rappe wirklich gemeint hat, daß bei Lohn- und Gehaltsforderungen die alte Fassung des Paragrafen 116 Arbeitsförderungs-gesetz weiter gilt und bei anderen Forderungen darüber geredet werden kann, dann können wir solche Vorstellungen nur ablehnen.“

Regionale Gliederungen der CDU-Sozialausschüsse plädierten dafür, daß der geschäftsführende Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) auf seiner heutigen Sitzung in Königswinter die Regierungsvorstellungen ablehnt. Doch selbst namhafte Kritiker in der CDA rechneten gestern damit, daß im Vorstand die Loyalität zum Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Norbert Blum, obliegen wird und allenfalls Detailänderungen gefordert werden.

Heute nachmittag wird die DGB-Führung mit dem Vorstand der Sozialausschüsse zusammentreffen. Anschließend berät die CDA das heikle Thema.

„DGB muß der Neuen Heimat helfen“

Schneider im WELT-Gespräch: Bundesregierung hat an einer Pleite des Konzerns kein Interesse

PETER GILLIES, Bonn
„Die Bundesregierung kann aus rechtlichen Gründen die Neue Heimat nicht nachsubventionieren. An einer Pleite des Unternehmens kann jedoch niemand Interesse haben - auch die Bundesregierung nicht.“ Im Gespräch mit der WELT sagte Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU), er erwarte von den für Anfang Februar geplanten Gesprächen mit der Neuen Heimat und ihrem Eigentümer, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, vor allem einen zuverlässigen Überblick über die Finanzlage des angeschlagenen Wohnungsbaukonzerns.

Für Hilferufe sei Bonn der falsche Adressat, erklärte Schneider. „Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß seine Verantwortung gegenüber der Neuen Heimat als Unternehmer erkennen. Ich möchte erfahren, wieviel er nachschließen muß, damit das Unternehmen als Ganzes gerettet werden kann. Nicht die Bundesregierung ist gefordert, sondern der DGB.“ Die

Bundesregierung Sorge sich auch um die Mieter, aber angesichts des geltenden umfangreichen Mieterschutzes brauchten die Mieter nur die geringsten Sorgen zu haben. Ein Zusammenbruch der NH-Gruppe, bei dem der Wohnungsbestand auf den Markt käme, dürfe jedoch einen „gewaltigen Wert- und Preisverfall“ im Wohnungseigentum auslösen.

Wie in Bonn ergänzend zu erfahren war, hat der Bundesbauminister bereits am 3. Januar 1986 dem DGB-Vorsitzenden Ernst Reier sowie dem Vorsitzenden der NH-Geschäftsführung, Diether Hoffmann, ein Gespräch angeboten. Dazu war Schneider einstimmig von den Wohnungsbauministern und -senatoren der Länder am 19. Dezember aufgefordert worden. Obgleich das Bundesbauministerium jede Pflicht zur Subventionierung ablehnt, sieht es offenbar vier Gründe, sich in die Sanierungsbemühungen einzuschalten:

Erstens habe die Neue Heimat im Lauf der Jahre mehr als zehn Milliarden Mark öffentliche Mittel erhalten, zweitens sei auf die unternehmerische Verantwortung der DGB-Spitze („von Breit bis Steinkühler“) hinzuweisen, drittens könnte rund eine Million Mieter betroffen sein und schließlich dürfe ein Zusammenbruch mit schlagartigem Ausverkauf böse Auswirkungen auf den gesamten Immobilienmarkt haben. Offenbar möchte das Ministerium darauf dringen, daß der DGB nicht nur in den nichtgemeinnützigen Teil der NH-Städtebau einschleife (wo er 1,5 Milliarden Mark aufbrachte), sondern auch den gemeinnützigen Wohnungsbereich der Gruppe.

Auch in Bonn wird gesehen, daß sich NIH-Chef Hoffmann in einer schwierigen Lage befindet, weil „die DGB totor Mann spielt“ und - wie die beteiligten Banken - Zeit zu gewinnen suche. Die Folgen der Fehlspekulationen platzen überdies in einen Wohnungsmarkt, der von hohem Angebot und fallenden Preisen gekennzeichnet sei.

den Mark öffentliche Mittel erhalten, zweitens sei auf die unternehmerische Verantwortung der DGB-Spitze („von Breit bis Steinkühler“) hinzuweisen, drittens könnte rund eine Million Mieter betroffen sein und schließlich dürfe ein Zusammenbruch mit schlagartigem Ausverkauf böse Auswirkungen auf den gesamten Immobilienmarkt haben. Offenbar möchte das Ministerium darauf dringen, daß der DGB nicht nur in den nichtgemeinnützigen Teil der NH-Städtebau einschleife (wo er 1,5 Milliarden Mark aufbrachte), sondern auch den gemeinnützigen Wohnungsbereich der Gruppe.

Auch in Bonn wird gesehen, daß sich NIH-Chef Hoffmann in einer schwierigen Lage befindet, weil „die DGB totor Mann spielt“ und - wie die beteiligten Banken - Zeit zu gewinnen suche. Die Folgen der Fehlspekulationen platzen überdies in einen Wohnungsmarkt, der von hohem Angebot und fallenden Preisen gekennzeichnet sei.

Khadhafi ignoriert die heiklen Fragen

Im Deutschen Fernsehen zeigt sich der libysche Staatschef verlegen und unsicher

ANDREAS ENGEL, Bonn
„Sein gekünsteltes und gequältes Lächeln hat verraten, wie unsicher und fahrig er war.“ So analysierte Hanns Joachim Friedrichs (58), Moderator der ARD-„Tagesthemen“, gestern in einem Gespräch mit der WELT das Live-Interview am Mittwochabend mit dem libyschen Revolutionsführer Muammar el Khadhafi. Der „blutige Oberst“ wirkte wie ein Nervensünder: Unruhig rutschte Khadhafi bei der Direktschaltung aus Tripolis auf seinem kranen Stuhl hin und her und beantwortete die Fragen von Friedrichs zögernd und ausweichend - obwohl der Revolutionsführer sie schon mehrere Stunden vor seinem Auftritt kannte. Denn das war Khadhafis Bedingung für das im europäischen Fernsehen bisher einmalige Live-Gespräch. Zuvor hatte er ARD-Journalisten einen Korb gegeben und ihnen die Einreise nach Libyen verweigert. Ein in Köln lebender iranischer Nachrichtenvermittler stellte für die nicht locker lassenden

„Tagesthemen“ den heißen Draht nach Tripolis her.

„An unseren Fragen änderte Khadhafi kein einziges Wort“, berichtete Heiko Engelkes, stellvertretender Chefredakteur von „ARD-Aktuell“, „aber dann traute er es sich auf einmal nicht mehr zu, in Englisch zu antworten.“ So mußten in letzter Minute noch Dolmetscher besorgt werden. Der Revolutionsführer bedauerte in dem Interview nicht die blutigen Anschläge auf die Flughäfen von Rom und Wien. Er umging das gezielte Nachhaken von Friedrichs aus Hamburg, indem er etwa sagte, dann müßten alle anderen Blutbäder, „auch der Amerikaner“, bedauert werden. Khadhafi wich ebenfalls der ihm bereits bekannten Frage nach einer freundschaftlichen Beziehung zu dem PLO-„Dissidenten“ Abu Nidal verlegen aus. Er zeigte sich nicht bereit, sich ausdrücklich von Nidal zu distanzieren. Khadhafi rief den Europäern ab, der US-Sanktionspolitik zu folgen, „weil sie großes Interesse

an Libyen hätten.“ Auf die Frage, ob mehrere tausend Deutsche, die gegenwärtig in Libyen arbeiten, das Land jederzeit verlassen dürften, sagte Khadhafi, natürlich könnten sie das tun. Aber die deutschen Interessen würden Schaden hinnehmen müssen.

Unterdessen bekräftigte Bundeskanzler Kohl seine Skepsis gegenüber der Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen gegen das afrikanische Land. Der „Bild“-Zeitung sagte er: „Die Amerikaner haben eigenes Öl, wir nicht. Unsere Firmen sind mit Milliardengeschäften seit Jahren in Libyen engagiert.“ Der amerikanische Außenminister George Shultz wies das Argument von deutscher Seite zurück, daß die Bundesrepublik größere Rücksichten gegenüber Libyen zu nehmen habe, weil sie von dort einen großen Teil ihres Erdöls importieren. Shultz: „Die Deutschen können Erdöl aus vielen Quellen beziehen.“

DER KOMMENTAR

Forderungen

GERD BRÜGGEMANN

Der Zeitablauf hat es diesmal so gefügt, daß die Lohnführerschaft, das Recht, die erste Forderung einer Lohnrunde zu stellen, der Gewerkschaft ÖTV und nicht wie sonst zumeist, der IG Metall zugefallen ist. Die ÖTV hat mit sechs Prozent denn auch gleich ordentlich Maß genommen. Die IG Metall allerdings übertrug die alte Fassung des Paragrafen 116 Arbeitsförderungs-gesetz weiter gilt und bei anderen Forderungen darüber geredet werden kann, dann können wir solche Vorstellungen nur ablehnen.“

Die Ziffern ergeben sich aus der Addition des Ausgleichs der Preissteigerungsrate, die mit zwei Prozent angenommen wird, dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, der mit drei Prozent vorausgesetzt wird, und einer Umverteilungskomponente, bei der mit einer Bandbreite von einem bis 2,5 Prozent auf unterschiedliche tarifpolitische Gegebenheiten Rücksicht genommen werden soll. Auch wenn man davon ausgeht, daß der Abschluß einige Prozentpunkte niedriger liegen wird, kann die Forderung

nicht froh stimmen, denn alle Vorkursen über den weiteren Konjunkturverlauf haben mäßige Lohnsteigerungen zur Voraussetzung.

Natürlich haben auch die Arbeitnehmer angesichts guter Konjunktur und Ertragslage der Metallunternehmen Anspruch auf höhere Einkommen. Aber es bleibt doch erstaunlich, wie wenig die größte deutsche Gewerkschaft aus der Entwicklung von Lohnhöhe und Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt gelernt hat. Zwar verzichtete die IG Metall diesmal auf die arbeitsplatzvernichtende „soziale“ Komponente bei ihrer Forderung, aber ansonsten kommen arbeitsmarktpolitische Überlegungen in der Begründung überhaupt nicht vor.

Dabei stellt die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht gerade wieder fest: Je höher die gesamten Lohnkosten sind, desto eher wird entweder die Produktion unrentabel, oder es wird im Produktionsprozeß Arbeit durch Kapital ersetzt. So ist es. Aber offenbar werden Veröffentlichungen der Bundesbank bei der IG Metall nicht gelesen.

In Gorbatschows Vorschlag „eine Menge Fallen“

DW, Washington/Moskau

US-Präsident Ronald Reagan hat die neue Abrüstungsinitiative der Sowjetunion grundsätzlich begrüßt, aber auch zugleich starke Vorbehalte geäußert. „Auf den ersten Blick“ enthielte die Offerte konstruktive Elemente. In Moskaus Initiative seien indes zahlreiche Punkte, die mit früheren sowjetischen Angeboten identisch seien und weiterhin „Anlaß zu erster Sorge“ böten. US-Außenminister George Shultz sprach sogar von „einer Menge Fallen“ und „Problemen“, die in dem Programm Gorbatschows enthalten seien. Die USA seien für die Beseitigung der Atomwaffen und hätten entsprechende Vorschläge gemacht, sagte Shultz. Dabei müsse aber diese Beseitigung genau definiert werden. Es müsse verifizierbar sein, daß die Waffen „tatsächlich zerstört und nicht nur in eine Garage gestellt“ würden, betonte US-Außenminister Shultz. Seite 8: Sowjetinitiative

Fellner (CSU) entschuldigt sich im Bundestag

DW, Bonn

Mit den Worten „Ich bedaure meine Äußerungen und nehme sie uneingeschränkt zurück“ entschuldigte sich der CSU-Abgeordnete Hermann Fellner vor dem Deutschen Bundestag für seine Bemerkungen über Entschuldigungsverpflichtungen für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter. Zuvor hatte sich Fellner beim Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Nachmann, persönlich entschuldigt. Der CSU-Abgeordnete hatte in der Diskussion um Wiedergutmachungsleistungen des Flick-Konzerns gesagt, es werde der Eindruck erweckt, daß „Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klümpert“. Anlaß der Bundestagsdebatte war ein Grünen-Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, bis Ende des Jahres einen Gesetzentwurf zur angemessenen Vergütung für NS-Opfer vorzulegen. Seite 8: Bundestag beeindruckt

Hohe Sozialabgaben als Belastung

cd, Frankfurt

Die Bundesbank schlägt Alarm: Die Sozialversicherungen müssen in den nächsten Jahren wegen der auf sie aus demographischen Gründen zukommenden Belastungen die Leistungen kürzen, weil weitere Ertragssteigerungen nicht mehr zu verzeichnen sind und das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Ein kräftiges Wirtschaftswachstum sei aber erforderlich, um die vorliegenden sozialen Aufgaben, vor allem die Gewährleistung der Rentenfinanzierung auch auf lange Sicht zu lösen. Schon jetzt sei die Abgabenbelastung so hoch, daß die Leistungsbereitschaft der Erwerbstätigen und die Wirtschaftskraft der Unternehmen überfordert werde. Seite 9: Leistungskürzung

IG Metall fordert 7,5 Prozent

DW, Frankfurt

Die IG Metall verlangt in der Tarifrunde dieses Jahres Lohn- und Gehaltsanhebungen „in einer Bandbreite von sechs bis 7,5 Prozent“. Das sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Mayr in Frankfurt nach der zweitägigen Klausurtagung des IG-Metall-Vorstands am Dienstag und Mittwoch in Bad Homburg. Nach den Worten Mayrs sollen die laufenden Tarifverträge über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen fristgerecht zum 31. März gekündigt werden. Der Gewerkschaftsvorstand habe beschlossen, auch die Wochenarbeitszeit-Verträge noch in diesem Jahr zu kündigen. Die im Sommer 1984 vereinbarte 38,5-Stunden-Woche gilt noch bis Ende September. Seite 8: Wahlkampfthema

Transitwege: Berlin in Sorge wegen Zurückweisungen

1986 schon 19 Fälle / Nichtbezahlte Ordnungsstrafen der Grund?

D.D. Berlin
Schon 19 Transitreisenden ist in der ersten Januarhälfte die Fahrt durch die „DDR“ verweigert worden. Ohne Begründung, manchmal auch mit dem Hinweis der Grenzposten: „Sie wissen schon warum“ sind die Reisenden an der Fahrt von oder nach Berlin gehindert worden. „Mit Sorge“ registriert der Berliner Bundessenator Rupert Scholz (CDU) die „auffällig hohe Zahl“ der Zurückweisungen. Erkenntnisse über eine veränderte Kontroll- oder Überprüfungspraxis der „DDR“-Behörden liegen jedoch nicht vor.

Es ist davon auszugehen, daß die meisten Zurückgewiesenen verhängte Ordnungsstrafen nicht bezahlt haben“, erklärte Volker Koop, Pressereferent des Bundessenators. Nach den Erfahrungen der Dienststelle verhängt die „DDR“-Durchfahrverbote, wenn dreimal Strafen nicht bezahlt worden sind. Ist ein Durchfahrverbot ausgesprochen, kann es längere Zeit bestehen bleiben, auch wenn die Strafe dann beglichen worden ist. Nach „DDR“-Angaben sind im vergangenen Jahr rund 150 000 Verkehrsvergehen auf den Transitstreifen registriert worden. Etwa 25 000 der erwischten Kraftfahrer hätten die Strafe - zwischen zehn und 1000 Mark-West - nicht an Ort und Stelle bezahlt. Viele von ihnen versäumten es, die Summe später zu überweisen. Bei den meisten verhängten Ordnungsstrafen handelt es sich um Verstöße gegen die Geschwindigkeitsbegrenzungen (Tempo 100). Außerdem vernichtet die „DDR“ in den Sitzungen der Transitkommission, daß sich die Autofahrer nicht an das strikte Alkoholverbot halten, von Transitstreifen abweisen oder bei Treffen mit Verwandten Geschenke übergeben.

Der Bundessenator appelliert an die Betroffenen, die Strafen zu bezahlen. Er verweist auch auf die Möglichkeit, bei den „DDR“-Behörden Beschwerde gegen die Strafe einzulegen. Unabhängig davon muß jedoch erst einmal binnen 30 Tagen der Betrag an den Grenzübergangsstellen bezahlt oder an die „DDR“-Staatsbank überwiesen werden.

Philippinischer Politiker ermordet

DW, Manila

Ein Politiker aus dem Lager der philippinischen Präsidentschaftskandidatin Corazon Aquino und sein Fahrer sind am Mittwoch in ihrem Jeep erschossen worden. Oppositionspolitiker berichteten, mehrere Männer hätten den Kommunalpolitiker Jeremias de Jesus in der philippinischen Provinz Tarlac getötet, nachdem sie sein Auto gehalten hätten. Zwei Mitfahrer hätten den Anschlag überlebt. Der Attentäter sei wahrscheinlich ein Mitglied der Zivilen Streitkräfte zur Verteidigung der Heimat, einer Milizorganisation gewesen. Corazon Aquino, die Frau des 1983 ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino, will in der für den 7. Februar angesetzten Präsidentschaftswahl gegen Staatschef Ferdinand Marcos antreten. Der Ermordete war der örtliche Vorsitzende der Laban („Kampf“-Partei, die zum Bündnis der Opposition gegen Marcos gehört.

„Psychoterror“ in Göttingen

DW, Göttingen

In der Göttinger Universität ist es im Verlauf einer Diskussionsveranstaltung mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler zu tumultartigen Szenen gekommen. Die Ausführungen des CDU-Politikers zu den Themen Arbeitslosigkeit, Südafrika-Politik und Afghanistan wurden von den rund 1200 Anwesenden mit einem orebenbetäubenden Geschrei begleitet. Als faule Eier und Stinkbomben geworfen worden, setzte die Polizei Tränengas ein.

Soares erhielt Schläge ins Gesicht

DW, Marinha Grande/Portugal

Der Präsidentschaftskandidat der portugiesischen Sozialisten und frühere Ministerpräsident Mario Soares, wurde am Mittwoch bei einer Wahlkundgebung in der Industriestadt Marinha Grande von Demonstranten tätlich angegriffen worden. Augenzeugen berichteten, Soares sei, als er vor einer Kundgebung mit Arbeitern einer Glasfabrik aus dem Auto gestiegen sei, ins Gesicht geschlagen und mit dem Stock eines Transparents gestoßen worden. Soares wurde nicht ernstlich verletzt, doch mußten drei Mitglieder seiner Polizeieskorte wegen erlittener Gesichts- und Kopfverletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Sie konnten später nach Hause entlassen werden. Soares selbst sagte, die Angreifer seien Anhänger des Linkskandidaten Francisco Salgado Zenha. Soares wurde unter Polizeischutz aus der Fabrik geführt, wo Hunderte von Demonstranten ihn ausbuheten.

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es geht an die Renten

Von Claus Dertinger

Eine bittere Pille verabreicht die Bundesbank allen Gutgläubigen, denen von offizieller Seite beruhigend vorgegaukelt wird, die Renten der Zukunft seien sicher. In den neunziger Jahren, wenn 1,5 Millionen weniger Beitragszahler für 2,5 Millionen mehr Anspruchsberechtigte aus der Sozialversicherung aufkommen müssen, bleibt nichts weiter übrig, als die Leistungen zu kürzen.

Denn die Alternative zu einem Einschnitt in das soziale Netz, nämlich weitere Erhöhungen der Beitragssätze, ist nicht mehr zu verantworten. Noch mehr staatliche Abgaben würden das Wirtschaftswachstum bremsen; ohne kräftiges Wirtschaftswachstum aber ist auch die Sicherung der Rentenfinanzierung auf lange Sicht unmöglich.

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts verbessert sich die finanzielle Lage der Sozialversicherungen zwar noch etwas. Aber politische Entscheidungen über die Zukunft des sozialen Netzes dürfen deswegen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Sie müssen rechtzeitig gefällt und vor allem auch politisch vorbereitet werden. Politiker, die dieses Thema mit Blick auf den kommenden Wahlkampf zum Tabu erklären, dürfen sich nicht wundern, wenn sie danach des „Rentenbetrugs“ bezichtigt werden.

Vor allem in den siebziger Jahren, als die sozialliberale Bundesregierung den Bürgern in Fehleinschätzung der finanziellen Machbarkeit und im Vertrauen auf die wohltuende Wirkung der Inflation eine soziale Hängematte versprach, wurden die Sozialabgaben so hoch geschraubt, daß jetzt ein Stopp geboten ist. Wer da eingreift, begeht nicht etwa „Sozialabbau“, wie das so gern behauptet wird; er verhindert ihm vielmehr. Höhere Abgaben sind keine soziale Wohltat; im Gegenteil, eine Belastung, die Leistungsfähige demotiviert, zur Schwarzarbeit animiert und schließlich die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigt, wird zu einem für die Sozialleistungen insgesamt gefährlichen Krebsgeschwür.

Der Fall Winterstein

Von Enno v. Loewenstern

In Hessen gibt es ein parlamentarisches Paradoxon. Die Regierung legt einen Bericht vor, der ihre Behörde entlastet. Die Opposition fordert eine Debatte - um die Entlastung der Behörde zu bestätigen. Ein Teil der Regierung fordert einen Ausschuss - um die Regierung zu belasten.

Solche Politikmodien kann man überall dort haben, wo man die Grünen ernst oder gar in die Regierung aufnimmt. Der Bericht des ehemaligen Staatssekretärs Günther Erkel im Zusammenhang mit dem Tod des Demonstranten Günther Sare am 28. September hat zwar nicht der Untersuchung der Justizorgane vorgegriffen - die haben zu entscheiden, ob einzelne Beamte sich strafbar gemacht haben -, aber er hat die Polizei hinsichtlich des Gesamteinsatzes vollständig entlastet. Darüber sollte der Innenminister als Herr der Polizei sich freuen.

Aber er kann es nur bedingt, denn die Opposition wird ihm im Parlament vorhalten, daß das ganze Erkel-Aufgebot vollständig überflüssig war. Im Rechtsstaat wird bis zum begründeten Verdacht des Gegenteils davon ausgegangen, daß die Behörden - ebenso wie der einzelne - sich korrekt verhalten. Es gab nicht den geringsten Grund für die Annahme, bei den Frankfurter Kravallen könnte es anders gewesen sein.

Im Gegenteil, jeder sah, daß die Gewalt von den Demonstranten ausging, und Sares Alkohol- und Drogenbefund sowie Zeugenaussagen, daß er mit einem Knüttel auf die Polizei losgegangen war, unterstrichen dies. Minister Winterstein hat nicht auf einen begründeten Verdacht hin, sondern allein aus Angst oder Anbiederung gegenüber einem hysterisch staatsfeindlichen Grüppchen („Minderheit“ ist dafür noch zu hoch gegriffen) ein Alibi außerhalb des Dienstwesens gesucht.

Was hat es ihm genützt? Er ist bloßgestellt, er hat das Vertrauen der Polizei und der rechtsstaatlich gesinnten Bürger in seine Amtsführung zerstört - und seine neuen Regierungspartner, die Grünen, sind natürlich nicht damit zufrieden, daß ihr schönes Horrordurch durch einen objektiven Bericht widerlegt wird. Für sie fordert der Abgeordnete Messinger eine parlamentarische Untersuchung. So kann, wer an Sesseln klebt, sich zwischen sie setzen.

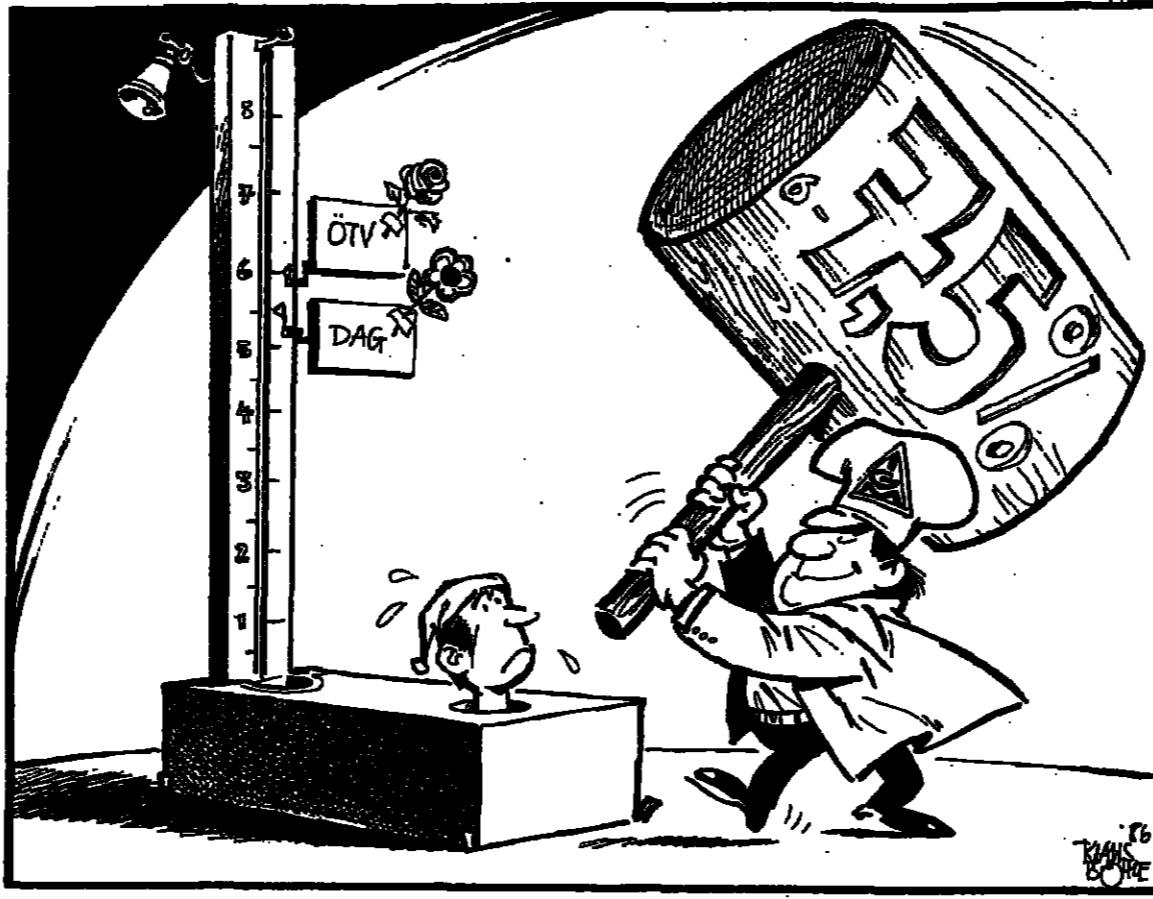
Nur wenige kamen

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit allen erdenklichen Mitteln versucht Jaruzelski, sein Regime in der Weltöffentlichkeit und vor allem in Westeuropa „salonfähig“ zu machen. Das polnische Regime ist mit dem Makel des Kriegszustandes behaftet, auch wenn dieser inzwischen formell aufgehoben wurde. Das Verbot der Gewerkschaft „Solidarität“, die Inhaftierung mißliebiger Intellektueller, Massensäuberungen an den Universitäten - das sind nur einige der gegenwärtigen Warschauer „Errungenschaften“.

Sogar jene westlichen Politiker der Linken, die sonst eher dazu neigen, an der Weichsel jene „Realitäten“ zu akzeptieren, mit denen sie sich in Südafrika oder Chile keineswegs abfinden wollen - sogar solche Jaruzelskis wohlgesinnten Warschau-Besucher wie Willy Brandt haben es deshalb vorgezogen, eine Einladung zu einem „Friedenskongreß“ in die polnische Hauptstadt auszuschlagen. Der Kongreß begann gestern, aber von den prominenten westlichen Eingeladenen, von Bruno Kreisky bis Friedrich Dürrenmatt, ist niemand erschienen. Die Veranstalter stehen mit sich und einigen Unbekannten allein auf weiter Flur. Im übrigen blieben sie ihrem Ruf treu: Genau zur Eröffnung des Kongresses gaben sie die Verhaftung eines weiteren Untergrund-Gewerkschaftlers, des „Solidaritäts“-Funktionärs Onyszkiewicz, bekannt.

Interessant ist, daß auch jene westlichen Politiker, welche die Sanktionen der USA gegen Jaruzelskis Polen laut verurteilen, nun ihrerseits zu einer Art Sanktion geiffen haben. Man mag mit Jaruzelski reden, aber allzu intim möchte man mit ihm nicht werden; zumal da die Erfahrungen mit dem Schicksal früherer polnischer Parteichefs zeigen, wie schnell sich das Blatt wenden kann. Würde nicht seinerzeit Gomulka mit westlichen Lorbeeren überhäuft, um dann schmählich in den Arbeiterunruhen des Jahres 1970 zu scheitern? Und hat Helmut Schmidt nicht Edward Gierek bestätigt, dieser habe die Fähigkeit zu einem deutschen Bundesminister - kurze Zeit, bevor der damalige polnische Parteichef in einer Sintflut von Protesten, Skandalen, Streiks und Schulden unterging? Behutsamkeit im Umgang mit Polen ist nicht nur eine Frage der Moral, sondern, wie so oft in solchen Fällen, zugleich eine Frage der politischen Vernunft.



Haut den Aufschwung!

KLAUS BÖHLE

Der gordische Länderknoten

Von Heinz Heck

Ich finde das alles sehr schwierig, sagte Verfassungsgerichtspräsident Zeidler mit leiser Stimme. Das war am zweiten Tag der mündlichen Verhandlungen in dem Mammutverfahren über eine Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern. Die acht Herren in roter Robe hatten zusammen mit den Regierungsvertretern und ihren Prozessbevollmächtigten zu jenem Zeitpunkt bereits den Löwenanteil ihres Fragepensums bewältigt.

Ungeachtet aller juristischen Florettgefechte vor dem höchsten Gericht geht es vor allem um viel Geld: um die mehr als vier Milliarden Mark nämlich, die den finanzschwachen Ländern jährlich von drei finanzstarken (2,4 Milliarden) und vom Bund (1,8 Milliarden) überwiesen werden. Des Pudels Kern: Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen wollen weniger zahlen, einige der sechs Empfängerländer möchten mehr aus dem Topf und Nordrhein-Westfalen derzeit in der „toten Zone“ - möchte im Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Damit stehen in Karlsruhe fast alle Elemente dieses komplizierten Regelwerks auf dem Prüfstand, aber auch grundsätzliche Fragen, etwa wie weit muß ein Finanzausgleich im Interesse möglichst einheitlicher Lebensverhältnisse gehen, und an welchen Kriterien soll er sich orientieren? Wie steht es schließlich mit der Handlungspflicht des Bundes? Kann er die Länder einfach gewähren lassen, oder muß er aktiv gestalten?

Auslösendes Moment dafür, daß in einem Verfahren ohne Beispiel sechs Länder nach Karlsruhe gegangen sind, waren die vor allem in Niedersachsen sprudelnden Förderzinseinnahmen in Milliardenhöhe. Damit wurde aber zugleich ganz allgemein die bisherige Praxis in Frage gestellt, die Länder im Finanzausgleich an ihrer Steuerkraft an ihrer Finanzkraft zu messen. Nach der mündlichen Verhandlung läßt sich mit aller Vorsicht vermuten, daß das Gericht die umfassende und damit allein maßgebliche Wertung zugrunde legen dürfte: Nicht nur Niedersachsen wird sich den Förderzins voll anrechnen lassen müssen, auch andere Einnahmen anzuerkennen. Darin liegt schon ein Gewinn, unabhängig vom Ausmaß der ausgelösten Veränderungen. Viel wichtiger aber für die Länderbeziehungen ist die Frage nach den Anspruchsgrundsätzen. Nicht nur Nordrhein-Westfalen, auch Bremen und das Saarland haben Finanzbedarf und Schuldenstand ins Spiel gebracht. Um diese Forderungen zu untermauern, konnte man in Karlsruhe Vorträge hören, die beim unvoreingenommenen Beobachter den Eindruck aufkommen ließen, die Bundesrepublik sei streckenweise ein Armenhaus.

Es aber für die Länderbeziehungen ist die Frage nach den Anspruchsgrundsätzen. Nicht nur Nordrhein-Westfalen, auch Bremen und das Saarland haben Finanzbedarf und Schuldenstand ins Spiel gebracht. Um diese Forderungen zu untermauern, konnte man in Karlsruhe Vorträge hören, die beim unvoreingenommenen Beobachter den Eindruck aufkommen ließen, die Bundesrepublik sei streckenweise ein Armenhaus.

Folgt die Richter diesem Petition, so wäre es nicht nur um die Eigenständigkeit der Länder geschehen. Jeder Sparwille müßte erlassen; die Landesregierungen dürften Ausgaben beschließen, um Bedarf zu produzieren und Ausgleichsansprüche zu rechtfertigen. Dies wäre in letzter Konsequenz das Ende jeder auf Stabilität zielenden Ordnung.

Düsseldorfs Finanzminister Poser hat zwar mit dem Hinweis auf die Kohlesubventionen des Nachweises versucht, solche „Sonderleistungen“ zu objektivieren (und gleichzeitig das Volumen beziffern, um den Ausgleichsanspruch seines Landes zu belegen). Doch ist gerade bei dieser „Sonderlast“ zu bedenken, welche Umsummen aus Bonn und dem Bundesgebiet (Kohle) in die Stützung der Steinkohle geflossen sind.

Auch ist es noch nicht lange her, daß Poser selbst - überzeugender, als jeder CDU-Oppositionspolitiker aus Düsseldorf das könnte - für die Verschuldungsexplosion an Rhein

und Ruhr auch die Ausgaben verantwortlich gemacht hat, „die wir als sozialdemokratisch geführte Regierung und Fraktion aus politischer Überzeugung auf uns genommen haben“. Sollen vernünftig wirtschaftende Länder für die Sünden anderer bluten? Gäbe Karlsruhe das Stichwort Finanzbedarf und Sonderlasten, so würde ein unedler Länderwettbewerb um die schlechtesten Plätze einsetzen. Das wäre nicht nur unwürdig, sondern auch kontraproduktiv. Poser hatte auch auf die Gefahren zu hoher Verschuldung am Beispiel Mexikos und Brasiliens hingewiesen. Denen aber kann der IWF Auflagen machen - dürfte dergleichen etwa in den Finanzausgleich eingeführt werden?

Korrekturbedarf gibt es bei den Bundesergänzungszuweisungen. Man hat den Eindruck gewonnen, daß das Gericht höhere Anforderungen an die gestaltende Rolle des Bundes stellen wird. Allein eine wirkliche Aktualisierung der wirtschaftlichen Indikatoren, die der Verteilung zugrunde liegen (diese Aktualisierung ist unverständlicherweise seit 1969 praktisch unterblieben), würde mit einiger Sicherheit dazu führen, daß zum Beispiel Bayern künftig leer ausgeht. Auch diese Regelung steht unter dem Zwang zum Kompromiß. Aber dann sollten Maßstäbe angelegt werden, die rational nachvollziehbar sind. Sonst gerät dies in die Nähe des Teppichhandels.

Methodisch die härteste Nuß haben die Karlsruhe Richter vermutlich bei der Frage zu knacken, ob die Verfassung den Stadtstaaten Hamburg und Bremen eine Sonderbehandlung zuerkennet und wie diese gegebenenfalls aussehen könnte. Auch hier hat der Vertreter der Interessenten bei der mündlichen Verhandlung zum Teil völlig widerstreitende Thesen und Erkenntnisse zutage gefördert.

Das suggestive Stichwort von der Überverteilung machte am Dienstag und Mittwoch in Karlsruhe die Runde. Es erscheint denkbar, daß die Richter ungeachtet zum Teil weitgehender Anträge einzelner Länder den Ausgleichsmechanismus sehr restriktiv gestalten werden. Andernfalls könnte man sich in der Tat fragen, ob die bundesstaatliche Gliederung nicht zu teuer wird.



Die Bundesrepublik streckenweise ein Armenhaus? Hansesatische Küstergemeinschaft v. Dohnanyi, Wedemeyer FOTO: AP

Wie konnte der Bär sich in Südjemen überraschen lassen?

Aden ist zur Zeit ein unsicherer Stützpunkt für Moskau / Von Peter M. Ranke

Einst sicherte der Hafen Aden mit seinen Depots und Kohlevorräten England den Seeweg nach Indien. Das trostlose und immer gluthelbe Nest am Rande eines erloschenen Kraters war ein wichtiger Baustein des Empire. Aber die englische Kolonie Aden überlebte den Abzug der Engländer aus Indien nur um zwanzig Jahre. 1967 wurde sie als zu weit „östlich von Suez“ aufgegeben.

Der „Befreiungskrieg“ nationalisierter und marxistischer Araber wurde von Kairo, Damaskus, Bagdad und Moskau unterstützt. Die Nationalisten wurden dann bald von den Marxisten ausgeschaltet, und schon Anfang der siebziger Jahre setzten sich die Sowjets in Aden fest. Zunächst mit Militärberatern und Waffenlieferungen, dann mit richtigen Stützpunkten, mit Werft und Schwimmdock im Hafen und mit Flugzeuggeschwadern auf dem großen Flugplatz Khormakschar.

Auf den Flügen von der südlichen Sowjetunion nach Äthiopien und Ostafrika ist Aden ein uner-

setzbarer Landplatz. Der Flotte gewährt Aden den freien Zugang zum Indischen Ozean und zum Roten Meer, die südjemenitische Insel Sokotra wurde eine Basis für Atom-U-Boote. Außerdem ist Aden in der südlichen Flanke Arabiens ein wichtiger Horchposten und Ausgangspunkt für Propaganda- und Sabotageaktionen gegen die feudalen Herrscher in Saudi-Arabien und am östlichen Golf. So führte Aden jahrelang einen Guerilla-Krieg gegen Oman. Nur die provestliche Politik Omans und die Anlehnung Nordjemens an Saudi-Arabien, das über beträchtlichen Einfluß auf die Stämme verfügt, isolieren den kommunistischen Südjemen und seine sowjetischen Protektoren auf der arabischen Halbinsel. Abschottend wirkt auch die militärische Präsenz Frankreichs in Dschibuti, was aber die enge Zusammenarbeit zwischen Südjemen und Äthiopien nicht behindert.

Wenn Aden politisch und militärisch für Moskau so bedeutsam ist, warum konnten dann die Sowjets

von der Zuspitzung im jahrelangen Machtkampf zwischen den verfeindeten Fraktionen der „Jemenitischen Sozialistischen Partei“ (seit 1978), dem mißlungenen Putschversuch und den folgenden Kämpfen so überrascht werden? Wahrscheinlich wollten sie den ihnen zu unabhängigen Präsidenten Ali Nasser Mohammed durch ihren Mann Abdul Fatah Ismail ablösen, aber das Attentat gegen den Präsidenten schlug fehl, und die Streitkräfte spalteten sich in gegeneinander kämpfende Gruppen.

Anscheinend waren die Sowjets über die Kräfteverhältnisse falsch informiert. Wie kann das beruhsamigen Putschveranstaltern passieren? Oder hat Abdul Fatah Ismail doch auf eigene Faust Präsident Ali Nasser Mohammed ermorden wollen, um wieder selbst Präsident und Parteichef zu werden, wie bis 1980? Moskaus Hilfe hätte er dann schon bekommen.

Noch halten in Aden die Kämpfe an. Aber Präsident Ali Nasser Mohammed hat sich in einer Sitzung des Politbüros gezeigt und eine

IM GESPRÄCH Serge Boidevaix

Ein Deutschland-Kenner

Von Peter Ruge

Nach empfangt er Botschafter am Quai d'Orsay: Serge Boidevaix, der „Secrétaire général adjoint“ des französischen Außenministers. Nun soll er selbst als Botschafter der Republik in Bonn vertreten. Eine offizielle Ernennung steht noch aus, auf dem diplomatischen Parkett an der Seine aber ist er bereits im Gespräch. „Wenn der dritte Mann des Quai d'Orsay nach Bonn geht, ist das mehr als eine protokollarische Geste“, heißt es.

Serge Boidevaix ist Diplomat, seit er die ENA, Frankreichs Eliteschule, 1953 absolvierte. Die Laufbahn begann klassisch: Wien, Washington, Bonn - seine letzte Ausbildungsstation von 1964 bis 1968. Dann die erste Abwechslung: Er wird von Michel Debretins Verteidigungsministerium geholt, als diplomatischer Berater. Seine zurückhaltende Art, zuzuhören, ohne reserviert zu sein; seine Fähigkeit, Antworten geben zu können, deren historische Verzahnung mit Wirklichkeitsbezug verknüpft sind, machten den Premierminister auf ihn aufmerksam. Boidevaix wurde 1974 Berater von Jacques Chirac, dem heutigen Gaullistenführer. Es folgten Botschafterposten in Warschau 1977 und Neu-Delhi 1982, bis er von den Sozialisten ins Außenministerium zurückgeholt wurde.

Die Rolle und der Rang von Botschaftern hat im Zeichen weltweiter Reisediplomatie einen anderen Stellenwert als zur Zeit der Metternich und Talleyrand. Die regelmäßigen Konsultationen auf höchster Regierungsebene, gerade zwischen Bonn und Paris, lassen die Frage zu, ob für die Entsenden fremder Länder mehr als nur Repräsentationsaufgaben bleiben. Eine solche Betrachtungsweise läßt Botschafterposten oft nach Proporz oder nach Kameraderie-Gesichtspunkten besetzen. Dies allerdings hatte der französische Staatspräsident bei seiner Entscheidung kaum im Auge.

Die Berufung Boidevaix', der mit einer Journalistin verheiratet ist und zwei Töchter hat, dürfte über politischen Verknüpfungen stehen, ob-



Frankreichs designierter Botschafter in Bonn: Boidevaix. FOTO: STUDIO X

wohl die engen Kontakte zu Regierungs- und Oppositionsführern wie Chirac dem Achtundfünfzigjährigen bei einem möglichen Machtwechsel an der Seine zugute kommen dürften. Genausowenig darf aus seiner früheren Aftersicherung im Militärbereich geschlossen werden, daß Frankreich einen Militärspezialist an den Rhein schicken wolle.

Vor wenigen Tagen hat der französische Außenminister Roland Dumas bekanntet, stetige Arbeitstreffen mit auch zwischen den Botschaftern bei der Länder amnestieren. Das würde bedeuten, daß künftig wichtige Teile der Vorbereitung der bilateralen Treffen zwischen Bonn und Paris mehr als bisher auf diese Ebene verlagert würden. Hier scheint ein Schlüssel für die Ernennung dieses hohen Beamten auf den Bonner Posten zu liegen.

„Er hat den Deutschland-Blick Boidevaix ist ein Mann, der uns gegenüber aufgeschlossen ist“, lautet übereinstimmend die Meinungen deutscher Diplomaten in Paris. „Er versteht unsere Lesart der Dinge, das befähigt ihn gewiß, seine Wertungen von Bonn aus entsprechend rückwärts zu geben.“ Ein Botschafter also, der die Kontinuität der besonderen Beziehungen der deutsch-französischen Nachbarschaft sichert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

ALGEMEINE

Wintersteins Erwartung, die Grünen durch ein neutrales Gutachten beschwichtigen zu können, war offensichtlich eine Fehlspekulation. Der Koalitionspartner denkt gar nicht daran, den Erkel-Bericht zu akzeptieren, sondern fordert jetzt erst recht einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Grüne Abgeordnete wiederholen sogar die Behauptung, Sare sei vorsätzlich getötet worden, und machen mit dem aus der Luft gegriffenen Vorwurf weiter Stimmungen gegen die Polizei. Für den Innenminister hat es sich also nicht gelohnt, seine eigene Kompetenz und die der Strafverfolgungsbehörden in Frage zu stellen.

NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Urteil bezieht sich auf den Bescheid des „DDR“.

Sie werden von ihren Staatsbetrieben quasi exportiert, die kassieren in harter D-Mark, bezahlen hingegen ihre „Werkarbeiter“ weitgehend in schäbiger DDR-Mark, und das zu den bekannten Niedriglöhnen des „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates“. Die Geschäftsmacher im Zeichen von Hammer und Sichel gleichen einem Hottentotten-Herrscher, der seine Untertanen billig in die Ferne verhökert, um sich selbst goldene Betten zu verdienen. Es ist gut, daß Frankfurt am Main für die Kommunen ein Zeichen setzt - gegen einen Handel der DDR, den man getrost als Staatsbürger-Verleih umschreiben

DONAU KURIER

Die Enghelbener Zeitung bemerkt zum Erscheinen des Stadtrats von Wien, daß die Wiener gegen die mittlerweile angekündigte Summe für „Strahlende“ Abfälle aus Kerntestorten, Forschungsanstalten und Krankenhäusern...

Für die wirklichen Experten im Münchener Umweltministerium sicherlich eine späte Genugtuung und ein Beweis mehr, daß man mit Standhaftigkeit und Sorgfalt letztlich doch eine vernünftige Planung durchsetzen kann. Den selbsternannten Experten freilich, die vielfach die „grüne“ Gegengutacherei zu einem einträglichen Geschäft gemacht haben, sollte es das Umweltministerium nicht ersparen, mit einer Dokumentation einiger besonders krasser Beispiele von Fehlinformation und Aufhetzung der Bevölkerung nachträglich blamiert zu werden.

Nordwest-Zeitung

In dem Oldenburger Blatt heißt es zum Flammangriff: Wie die Richter auch entscheiden werden, eine Patentlösung wird es nicht geben. Im Gegenteil: Sollte eine grundsätzliche Finanzreform notwendig sein, werden auch Privilegien wie der sogenannte „Hanseantvortell“ zur Disposition gestellt. Wie der politische Streit dann aussehen wird, wurde in den zwei Tagen der öffentlichen Verhandlung deutlich. Bayern lehnte es kategorisch ab, für die nordrhein-westfälische Schuldenwirtschaft aufzukommen.

Der geheime Krieg der Albaner

Belgrad ist alarmiert: die Fluchtbewegung der Serben und Slawen aus dem Kosovo hält unvermindert an. Eine parlamentarische Kommission ist eingesetzt, um die Sicherheitslage in der autonomen Provinz zu untersuchen, wo hauptsächlich Albaner leben. Es ist die Reaktion auf die Enttarnung einer breiten albanisch-nationalistischen Geheimorganisation.

Von CARL G. STRÖHM

Das Dorf Kaludjerica südlich von Belgrad hatte noch vor zehn Jahren nur einige hundert Einwohner. Jetzt leben hier Tausende von Menschen, teils in halbfertigen Häusern, teils in primitiven Notunterkünften. Kanalisation und Trinkwasserversorgung können mit der neuen Situation nicht Schritt halten. Die Zugewanderten in Kaludjerica sind Serben aus dem Kosovo, die in ihrer Heimat Haus und Hof sowie Ackerland verkauft und in das alte Serbien geflüchtet sind, weil sie dem Druck und der Feindseligkeit der Kosovo-Albaner nicht länger standhalten konnten.

100 000 Serben flüchteten aus der Provinz Kosovo

So wie in Kaludjerica gibt es inzwischen in Serbien Dutzende solcher serbischen Flüchtlings-Siedlungen. Man spricht von mindestens 100 000 Serben, die das Kosovo-Gebiet in den Jahren seit 1961 verlassen haben. Die genauen Zahlen dieser Flüchtlingsbewegung sind schwer zu ermitteln. Genauere Auskunft gibt aber die Bevölkerungsstatistik: demnach betrug die Zahl der Albaner in der autonomen Provinz Kosovo im Jahre 1948 498 272 oder 68,5 Prozent.

Nach einer kurzen Abwärtsbewegung in den fünfziger Jahren (als unter dem Kommando des damaligen Tito-Stellvertreters und Geheimpolizeichefs Rankovic, eines Serben, die Albaner kurzgehalten wurden) schnellte die albanische Bevölkerung

vor allem in den siebziger Jahren, nach der Absetzung von Rankovic und im Zeichen einer neuen, albanerfreundlichen Nationalitätspolitik, jäh in die Höhe. Im Jahre 1981 gab es im Kosovo bereits 1,2 Millionen Albaner - das waren 77,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im gleichen Zeitraum sank der Bevölkerungsanteil der Serben von 23 auf 13 Prozent - und die Tendenz ist weiterhin fallend.

Im gleichen Jahr 1981 kam es in der Provinzhauptstadt Pristina zu antijugoslawischen Massendemonstrationen vor allem albanischer Jugendlicher. Die örtliche KP-Führung unter Parteisekretär Mahmut Bakali (einem Albaner) wurde abgesetzt. Die Belgrader Regierung und Parteiführung, die von der Wucht des albanischen Nationalismus zunächst völlig überrascht schien, sprach von „Konterrevolution“ und von „Iredenta“ - wobei das letztere Wort für die Jugoslawen keinen hoffnungsfrohen Beigeschmack hat. Denn als „Iredenta“, also als „nicht zurückgegebenes Land“, bezeichneten vor dem Ersten Weltkrieg die Italiener jene italienischen Provinzen (Trient, Triest, Istrien), die von Österreich annektiert und nicht zurückgegeben worden waren. Wenn der albanische Iredentismus ebensoviel Erfolg haben sollte, so stünden für Jugoslawien schlimme Zeiten bevor.

Das Ziel der albanisch-nationalistischen Bewegung im Kosovo ist zunächst die Schaffung einer „Republik“ innerhalb Jugoslawiens und dann eines „ethnisch reinen“, das heißt von Serben und anderen Slawen „gesäuberten Gebietes“, in dem nur Albaner siedeln. Die Jugoslawen fürchten, daß die kompakte Mehrheit der Albaner im Kosovo dann das Selbstbestimmungsrecht verlangen und den Austritt aus dem jugoslawischen Staatsverband proklamieren könnte. Die jugoslawischen Kommunisten geraten hier politisch-psychologisch in eine sehr schwierige Situation: Innerhalb der Bewegung der Blockfreien tritt Belgrad für die Selbstbestimmung etwa der Schwarzen in Namibia und Südafrika ein - will aber den Albanern im Kosovo ein solches Recht nicht zugestehen. Das Kosovo-Problem ebenso wie

die Frage der in den anderen Teilrepubliken siedelnden Albaner scheint unlösbar. Der demographische Trend arbeitet gegen Jugoslawien: Die Albaner sind eines der sich am raschesten vermehrenden Völker Europas, während die Geburtenkurve der slawischen Serben stetig absinkt. Die Albaner sind keine Slawen; sie sprechen eine Sprache, die sich von Serbischen, Kroatischen und Mazedonischen grundlegend unterscheidet. Die Albaner im Kosovo sind - bis auf eine kleine katholische Minderheit - Moslems. Die Serben dagegen sind orthodoxe Christen. „Wir werden Serbien und Jugoslawien im Wochenbett besiegen“, lautet eine Parole des albanischen Untergrunds in der aufrührerischen Provinz.

Hohe Mauern und Zäune vor den Bauernhäusern

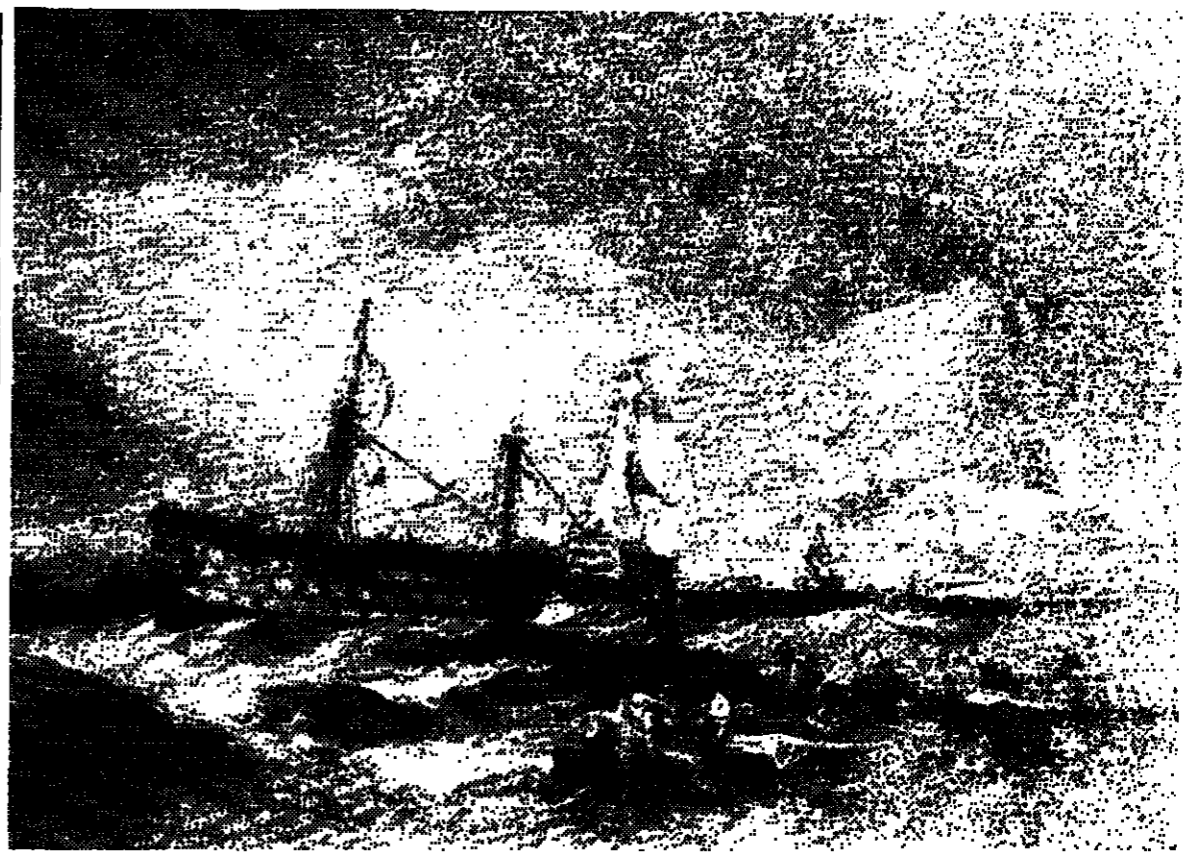
Wer die Gegensätze zwischen albanischer und serbischer Lebensweise erkennen will, braucht nur durchs Land zu fahren: Die albanischen Bauernhäuser erkennt man an ihren hohen Mauern und Zäunen und an den wenigen schmalen, wie Schießscharten in die Hauswände geschnittenen Fenstern. Das sind Relikte aus der Zeit, als hier noch die Blutrache praktiziert wurde. Der Kampf der albanischen Mehrheit um das „ethnisch reine“ Kosovo vollzieht sich brutal. Serbische Bauern werden die Kille auf der Weide abgestochen, die Brunnen vergiftet, die Töchter beim Heimweg aus der Schule vergewaltigt. So jedenfalls behaupten es die Kosovo-Serben. Zu nächtlicher Stunde tauchen vor serbischen Bauernhäusern Gruppen von Albanern auf, die den Hausbesitzer auffordern, das Anwesen zu verkaufen. „Wenn du nicht verkaufst, kommen wir wieder“, heißt es dann.

Die Serben sehen sich einer durchdringlichen Wand des Schweigens gegenüber: Die Behörden der autonomen Provinz, ja sogar die kommunistischen Parteiorganisationen befinden sich weitgehend in der Hand von Albanern. An der Universität Pristina ist eine Generation junger albanischer Intellektueller ausgebildet worden - mit jugoslawischem

Geld, aber ohne die geringste Dankbarkeit gegenüber dem Staat Jugoslawien.

Das Kosovo hat den niedrigsten Lebensstandard Jugoslawiens - und die höchste Arbeitslosigkeit. So kommt es, daß viele junge Kosovo-Albaner insgeheim oder offen Anhänger des albanischen KP-Systems sind oder es zumindest zu sein vorgeben. In Wirklichkeit aber ist das Problem komplizierter: Das Kosovo - das „Amselfeld“ auf dem 1389 die Schlacht des christlichen serbischen Heeres gegen die türkischen, moslemischen Eroberer mit der Vernichtung des mittelalterlichen serbischen Reiches endete - gilt den Serben (der zahlenstärksten Nation Jugoslawiens) als „heiliger Boden“. Hier stehen die alten Kirchen und Klöster, hier befindet sich das berühmte serbische „Patriarchat von Pec“. Ein Verlust des Kosovo würde für das serbische Nationalgefühl einen schweren Schlag bedeuten.

Zugleich aber sind seit über einem Jahrhundert immer mehr Albaner zugewandert. Seit den Balkankriegen 1912 leben diese Albaner unter serbischer oder jugoslawischer Herrschaft. Im Zweiten Weltkrieg schlossen sich die Kosovo-Albaner in ihrer großen Mehrheit der deutschen Wehrmacht an. Damals wurde Groß-Albanien für wenige Jahre Wirklichkeit. Kosovo-albanische Widerstandskämpfer, von den Deutschen reichlich mit Waffen ausgerüstet, deckten im Oktober 1944 den Rückzug der deutschen Heeresgruppe E aus Nordgriechenland nach Norden. Und als Tito Partisanen das Kosovo eroberten, kam es als erstes zu einem großen albanischen Aufstand, so daß Tito eine Militärverwaltung für das Gebiet einsetzen mußte. Die Albaner im Kosovo wollten nicht auf die Kommunisten hören, ließ es sich noch in einem Geheimbericht der KP Jugoslawiens aus dem Jahre 1942 - und besonders wollten sie nichts von Jugoslawien wissen. Und ein später im Tito-Jugoslawien zu hohen Positionen aufgestiegener KP-Funktionär albanischer Herkunft, Ali Sukrija, schrieb 1941 bereits in einem Bericht an die Parteiführung: „Für die albanischen Massen bleiben die Serben der Feind, ganz gleich, wie man sie nennt: ob Kommunisten oder Tschetniks.“



Clarkson Stanfield, R. A. malte 1855 die „Victory“ vor Gibraltar. An Bord der Leichnam von Admiral Lord Nelson, sieben Tage nach der Schlacht von Trafalgar

Marine-Historie, die ihren Reiz nie verlieren wird

In den ehrwürdigen Räumen des Londoner Auktionshauses Sotheby's geht es diesmal nicht ums Geld. Nichts wird verkauft, versteigert - man zeigt maritime Kostbarkeiten.

Von CHRISTIAN FERBER

Sotheby's präsentiert Marine-Malerei: Geblähte Segel aus fünf Jahrhunderten (samt einigem Dampf aus dem 20.). Lord Nelsons Bath-Orden und Teleskop, Silberpokale, rühmbedeckte Admirale, seebefähigte Schnupftabakdosen und Hümpen, aber auch Thomas Hudsons prächtiges Kontorfer des armen dicken John Byng, der 1756 den Franzosen die Insel Menorca wieder wegnehmen sollte, was ihm nicht gelang. Drum ward er verurteilt und erschossen, und Voltaire notierte: „In England bringen sie ab und zu einen Admiral um, um die anderen zu ermutigen.“

Gleichwohl, die schöne Ausstellung heißt „Rule, Britannia!“, nämlich die Wellen, und sie ist bis Ende Januar bei Sotheby's in der Londoner Bond Street zu besichtigen - ein Auktionshaus als Mäzen: Man spendiert nicht nur die Räume und den bei jeder Ausstellung notwendigen Bizeps, sondern auch die Arbeit von Experten am schönen Katalog. Der

Eintritt ist frei, doch werden Spenden erwartet; den Reingewinn bekommt die britische Lebensrettungsgesellschaft, die in einem Nebenraum über ihre Arbeit unterrichtet.

Der Sachverstand, der da waltet in den zur Zeit unbenutzten Auktionsräumen, ist nirgends zu übersehen. Maritime Malerei und Gebrauchskunst prunkt hier in der Fülle der Leihgaben, doch auf die Frage nach den wertvollsten Stücken antworten Sotheby's Diener, es sei so schön, einmal nicht vom Geld reden zu müssen. Das prächtigste und teuerste Exemplar ist wahrscheinlich das Porträt der ersten Elizabeth, unter deren Zepher die weltweite britische Seefahrt so recht in Gang kam. Die Hand der Monarchin ruht auf dem Globus, die Krone ist zur Hand; im Hintergrund sieht man links die spanische Armada, wie sie Britannien bedroht, und rechts, wie sie vor Britannien scheitert.

Aber was für schöne britische Schiffe allenthalben: nicht nur beim Scharmützel des Admiral Hood mit einem französischen Geleitzug anno 1781 oder aber in der Schlacht von Trafalgar 1805, sondern auch bei friedlichen königlichen Besuchen auf seiner Flotte. Von einem der ersten Königsbesuche freilich liegen nur einige erst jüngst aus dem Wasser ge-

fischte kriegerische Gebrauchsgegenstände vor; sie stammen aus dem nun geborgenen Wrack des Kampfschiffs „Mary Rose“, das 1545 vor den Augen des achten Heinrich bei Portsmouth versank.

Wer sich satt gesehen hat an der See und dem Wandel der Schiffsbilder durch knapp ein halbes Jahrtausend, der kann schwelgen in intimen Kleinigkeiten, dem Petschaft etwa eines Admirals, einem Marine-Chronometer von 1793, einem Miniatur-Oktanten, einem Schreibzeug. Auch eine vornehme Seekiste aus Mahagoni ist da, mit eingebautem Waschgerät, und auch so kostbare alltägliche Dinge wie ein buntes Signal-Büchlein oder ein Tee-Service der Ostindischen Compagnie von 1788. Man fuhr zu allen Zeiten auf der Brücke nicht übel zur See.

Die mit viel Liebe und Glück-zusammengetragenen Leihgaben haben eine köstlich unsystematische Schau ergeben, in der immer wieder das Spezifikum der vom Abenteuer und vom sozusagen seeischen Geruchsinne geprägten maritimen Kunst spürbar wird: die außerordentliche Schönheit des einst Alltäglichen, vorichtig stilisiert - und einige Kapitel nicht an den festen Boden geknüpfter Historie, die ihren Zauber nie verlieren werden.

Tripolis, 1804: Marines bekämpfen Piraten

Ärger mit Tripolis - das ist für die Amerikaner nichts Neues. Heute sind Terroristen der Grund, zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren es Piraten.

Von PETER M. RANKE

From the halls of Montezuma to the shores of Tripoli“ singen heute noch die amerikanischen Marine-Infanteristen. Die „Lederhosen“ hatten einst an den Küsten von Tripolis in Libyen ihre Feuerkraft erhalten. Der Krieg gegen die Seeräuber an der nordafrikanischen Küste und gegen ihre Schlupfwinkel in Alger, Tunis oder Tripolis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts war die Geburtsstunde der amerikanischen Seemacht.

Wie heute die mächtige 6. Flotte kreuzte im Sommer 1801 ein kleines amerikanisches Geschwader vor der libyschen Küste. Unter Kapitän Richard Dale waren es drei Fregatten mit je 32 bis 44 Kanonen und ein Schoner mit zwölf Kanonen. Unter den Fregatten befand sich auch die „Philadelphia“, der beste Segler der US-Marine und ein Geschenk der deutschen Volksgruppe in Pennsylvania. Erst 1799 war sie vom Stapel gelaufen.

Das Geschwader hatte den Auftrag, das Piratennest Tripolis zu blockieren. Denn der Bey von Tripolis, der grausame Yussuf Karamanli Pascha,

hatte den USA am 14. Mai 1801 den Krieg erklärt, weil sie nicht jährlich 20 000 Dollar Tribut an ihn zahlen wollten. Wie moderne Flugzeugentführer kaperten die Libyer friedliche Schiffe und erpressten Lösegeld, so wie auch Hassan Pascha, der Bey von Alger. Die europäischen Mächte zahlten damals den Räubern der Berber-Küste über (nach heutiger Rechnung) zwei Millionen Mark pro Jahr, denn sonst waren Handel und Schifffahrt im Mittelmeer kaum möglich.

Jefferson ließ sich nicht erpressen

In Washington wandte sich der Präsident Thomas Jefferson gegen jede Beschwichtigung und Tribut-Zahlung mit Worten, die heute Präsident Reagan gebrauchen könnte: „Es wäre hinausgeworfenes Geld, denn die Forderungen dieses Gesindels kennen kein Ende, und ihre Versprechungen gewähren keine Sicherheit. Wir dürfen das Mittelmeer nicht aufgeben.“ Er einigte sich mit dem zögernden Kongreß, und das Ergebnis war die Blockade von Tripolis und der libyschen Küste.

Die Blockade war zwei Jahre lang erfolgreich. Doch dann ereignete sich die Katastrophe. Im September 1803 hatte Commodore Edward Preble das

Kommando über das US-Geschwader übernommen und erwartete von seinen Kommandanten eine härtere Gangart. Am 31. Oktober 1803 beobachtete die „Philadelphia“, wie zwei kleine Segler nach Tripolis einlaufen wollten. Kapitän William Bainbridge ließ alle Segel setzen und jagte die Versorgungsschiffe des Paschas.

Plötzlich ging ein Ruck durch das Schiff, es krachte, und die Topsegel kamen herunter. Die „Philadelphia“ war in voller Fahrt auf ein unbekanntes Riff gelaufen und saß fest. Die Schräglage war so stark, daß die Kanonen nicht gegen die nun heransgehenden Piraten eingesetzt werden konnten. Bevor die Fregatte geentert wurde, strich Kapitän Bainbridge die Flagge und ging mit seinen 300 Mann in Gefangenschaft.

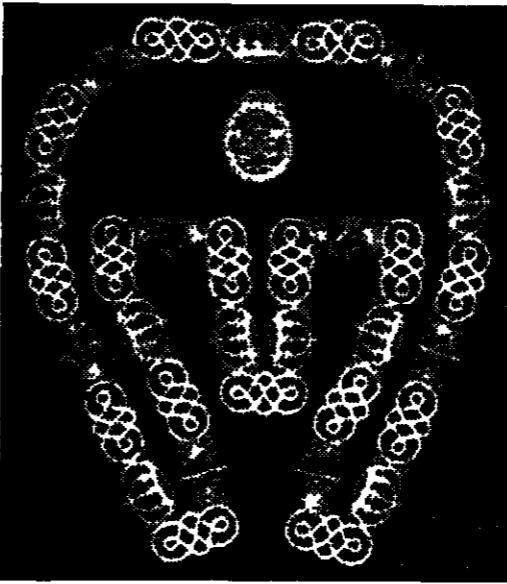
Yussuf Karamanli tobte vor Freude und ließ alle Kanonen und Gewehre in die Luft böllern, es gab Festessen und Dankgebete in den Moscheen. Auch Commodore Preble auf der „Constitution“ tobte, aber aus Ärger über die Niederlage. Denn schnell stellte sich heraus, daß die „Philadelphia“ zu früh aufgegeben hatte. Die Libyer bekamen die Fregatte frei und schleppten sie nach Tripolis, wo sie, wie Wolfram zu Mondfeld in „Schicksale berühmter Segelschiffe“ (Köhler Verlag) bemerkt, die Kampfkraft des Paschas mit 36 Kanonen beträchtlich verstärkte.

Aber Commodore Preble war kein Mann, der eine Niederlage durch die Seeräuber hinnahm. Er befahl einem seiner tüchtigsten Offiziere, dem danach berühmte gewordenen Stephen Decatur, mit einem kleinen Segler in den Hafen von Tripolis einzudringen und die „Philadelphia“ zu vernichten. Mit 75 Freiwilligen gelangte Decatur mit der „Intrepid“ in der Nacht des 16. Februar 1804 unbemerkt in den Hafen.

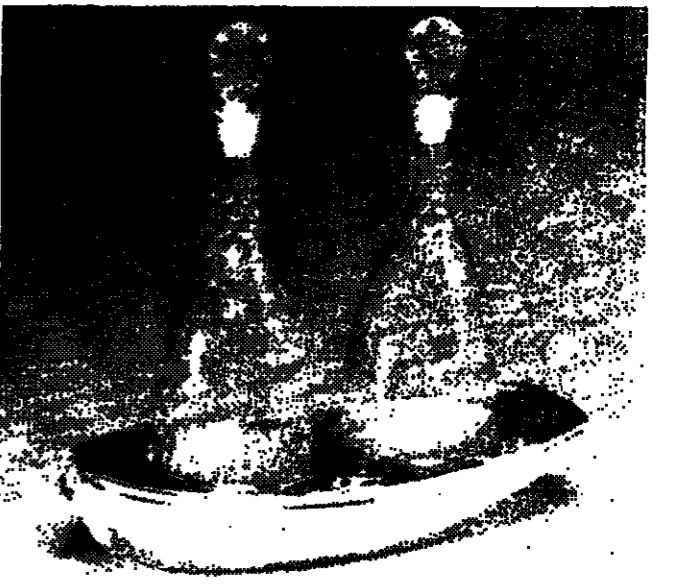
In Tripolis brach ein Brand aus

Die „Philadelphia“ wurde geentert, die Wachen niedergemacht und das Schiff in Brand gesetzt. Ehe sich die Amerikaner zurückzogen, kappten sie die Tauen, und die „Philadelphia“ trieb brennend in Richtung des Pascha-Palastes, vor dem ihre Pulverkammern explodierten. Ein Teil des Palastes und der Stadt geriet in Brand.

Im November 1804 mußte Yussuf Karamanli Pascha vor der amerikanischen Flotte kapitulieren, die libyschen Piraten waren ausgeschaltet. Der tapfere Stephen Decatur erhielt vom Kongreß einen Ehrendegen - und einige neue Siedlungen im Westen der USA nahmen seinen Namen an. (SAD)



Die Collane des Bath-Ordens von Admiral Lord Nelson



Ein „Jolly Boat Coaster“ aus dem Jahr 1779, von John Eames in London

Aller guten Dinge

sind 2,9

Prozent, versteht sich. Denn das ist der effektive Jahreszins, den wir Ihnen jetzt bieten, wenn Sie an einem Citroën Neuwagen interessiert sind. Die Anzahlung beträgt übrigens nur 20% und die Laufzeit dieses Finanzierungsangebotes kann auf bis zu 36 Monate festgelegt werden. Die Finanzierung übernimmt die Citroën Partnerbank, die P.A. Creditbank. Also, in Null Komma nichts wie hin zu Citroën.



CITROËN
Die Kraft der Kreativität.

Wieder Tumulte an den Universitäten Göttingen und Berlin



Minister Geißler war Ziel harter Wurfgeschosse FOTO: HOLGER HOLLEMAN/WDA

Tumulte an der FU Berlin

hrk Berlin
Durch gezielte Störaktionen sprengte am Mittwoch eine kleine Gruppe radikaler Studenten eine Podiumsdiskussion über das geplante neue Berliner Hochschulgesetz. Senator Wilhelm Kewenig wurde ebenso wie Präsident Dieter Heckelmann mit Negerküßen beworfen und niedergeschrien.

Nach einer halben Stunde brach der FU-Präsident die Versammlung ab. Derartige tumultartige Szenen waren seit Jahren nicht mehr an der Freien Universität verzeichnet worden. Präsident Heckelmann sprach von „Störaktionen“ einer Minderheit, die zu einem erheblichen Teil keine FU-Mitglieder gewesen seien.

Das militante Vorgehen der Störer war offenbar zuvor geplant worden. Der von Kewenig vorgelegte Entwurf für ein neues Berliner Hochschulgesetz ist beim CDU-Koalitionspartner FDP umstritten.

Die Polizei wurde vom Angriff der Demonstranten überrascht

dpa, Göttingen
Geschützt hinter einem Wall von Polizei-Plastikschilden hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am Mittwochabend versucht, mit Studenten in der Göttinger Universität zu diskutieren. Seine Ausführungen gingen jedoch in ohrenbetäubendem Protestgeschrei und Pfeifkonzerten der rund 1200 Anwesenden unter. Während der Rede Geißlers hagelte es faule Eier und Stinkbomben, Feuerwerkskörper detonierten und im Saal gab es Schlägereien. Nach Angaben der CDU-Partei zentral handelte es sich bei den Störern teilweise um Punker, mehrheitlich aber um Anhänger der grün-alternativen Hausbesetzerzene, des Kommunistischen Bundes, des Marxistischen Studentenbundes Spartakus und Mitgliedern der Jusos-Hochschulgruppe. Die Polizei setzte mehrfach Tränngas ein.

Der Veranstalter der Diskussion,

der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), hatte die Ausschreitungen vorausgesehen. Schon eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn übten die kräftigsten der RCDS-Ordner, blitzschnell aus entliehenen Polizeischilden ein schützendes Dach über dem Rednerpult zu bilden.

Die Polizei wurde von dem ersten Angriff der Demonstranten überrascht. Bevor die massenhaft im Saal anwesenden Beamten sich versahen, hatten die Störer einen der dicht mit Möbeln verstellten Eingänge überannt und waren auch nicht mehr durch hektisch versprühtes Abwehrgas zu bremsen. Trotzdem kamen mehr als 1000 Geißler-Anhänger oder -Gegner nicht in den Saal. Der RCDS-Vorsitzende Christoph Brand kündigte weitere Veranstaltungen seines Verbandes mit Geißler und anderen Unionspolitikern an.

Karnevalisten feuerten den Agentenjäger

WERNER KAHL, Bonn
Mit Narrenkappe, Flügel und Schärpe saß er jahrelang bei Festzügen des Kölner Karnevalsvereins „Die Große von 1823“ auf der Bühne. „Hansjoachim Tiedge machte hundertprozentig seine Arbeit im Vorstand“, sagte gestern vor dem Spionageausschuß des Bundestages Vereinspräsident Adam d'Haas über den 1985 nach Ost-Berlin geflüchteten früheren Regierungsdirektor im Bundesamt für Verfassungsschutz. Dennoch trennten sich sofort ihre Wege, als Tiedge eines Tages „blau“ zur Vorstandssitzung kam. Für die Karnevalisten des traditionsreichen Vereins war er bereits 1983 das, was der Verfassungsschutz unter einem Sicherheitsrisiko versteht. „So alkoholisiert konnten wir ihn nicht mehr gebrauchen“, sagte der Karnevalist.

Nur die Leitung des Bundesamtes für Verfassungsschutz scheute sich, den Agentenjäger „aus dem Verkehr zu ziehen“, da er im Dienst keinerlei Alkoholprobleme hatte. Amtschef Heribert Hellenbroich, inzwischen entlassen, setzte seine Hoffnung vielmehr auf nachbarschaftliche Hilfe, wie der weitere Zeuge Oberstleutnant a. D. Hans Trömer aussagte. Schon zu Lebzeiten der Ehefrau Tiedges habe die Lebensweise der Familie „soziale Züge angenommen“.

Frau Tiedge sei 1982 in der Karnevalssaison zu ihm, dem Nachbarn, aus „Angst“ gekommen, daß ihr Mann sie „erschlagen“ könnte. Der Pensionär schilderte die private Lebensweise Tiedges dem Sicherheitsreferat im Verfassungsschutz. Es untersteht unmittelbar dem Vizepräsidenten Pehly (SPD). „Typisch“ für die Verhältnisse sei es gewesen, daß Frau Tiedge der Ehefrau eines Nachbarn anvertraut habe: „Passen Sie auf, mein Mann überprüft jetzt Ihren Mann.“ Mit den gestrigen Zeugenaussagen sei erneut bestätigt worden, daß die schon aus Verleumdungsprozessen bekannten Mutmaßungen des SPD-Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel, die zu der Bildung des Untersuchungsausschusses führten, „falsch“ seien, erklärte Hermann Fellner, der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuß.

„Harte“ Videos bald nur in Spezial-Geschäften?

Zimmermann sieht „Handlungsbedarf“ beim Jugendschutz
EBERNARD NITSCHKE, Bonn
Indizierte und „offensichtlich schwer jugendgefährdende“ Schriften dürfen zwar in Leihbibliotheken nicht angeboten werden, wohl aber dürfen in Videotheken Filme, die mit dem gleichen Malikel behaftet sind, verliehen werden.

Ein Vorstoß des Bundesrates, diesen Zustand zu beenden, hat jetzt zu ersten Erfolgen geführt. Gegen den erklärten Widerstand von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im Kabinettdurchgesetz, daß auf diesem Felde „Handlungsbedarf“ besteht und daß keine Rede davon sein könne, nach Ablauf einer Prüfungszeit überhaupt erst zu sehen, „inwieweit“ man den Wünschen der Länder in ihrer Mehrheit nachkommen wolle.

Der Austausch der Argumente, der mit dem Satz von Bundeskanzler Helmut Kohl „Es muß etwas getan werden“ zu Ende ging, wird von Teilnehmern der Runde als „Auseinandersetzung und Dissens“ beschrieben. Die acht Bundesländer, darunter auch Nordrhein-Westfalen und Bremen, die hinter dem zunächst von Bayern alleine, dann von Baden-Württemberg und Bayern erachteten Gesetzentwurf stehen, vertreten den Standpunkt, schon das Erschweren des Zugangs zu jugendgefährdenden Produkten sei ein „wesentlicher Beitrag zum Jugendschutz“.

Druck des Bundesrats
Die seit April 1985 geltende Fassung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften soll dahingehend geändert werden, daß künftig das Anbieten und Überlassen der inkriminierten Erzeugnisse nur noch in „besonderen, das heißt, nicht an andere Geschäfte angegliederten oder unmittelbar aus deren Räumen erreichbaren Ladengeschäften zulässig“ sein soll.

Im Interesse eines baldigen Inkrafttretens des neuen Jugendschutzgesetzes hatte der Bundesrat im vorigen Jahr davon abgesehen, den Ver-

„Die Äußerung Zeidlers spricht Hackethal frei“

DW, Bonn
Ähnlich wie die katholische Kirche hat auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Änderungen des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, zum Verbot der Tötung auf Verlangen und zum Schutz des ungeborenen Lebens scharf verurteilt. Zeidler sei bekannt für Äußerungen, „die sich mit seinem Amt nicht vertragen“, erklärte ihr rechtspolitischer Sprecher Fritz Wittmann (CSU) in Bonn. Schon mehrfach habe er sich „parteilich und ohne Augenmaß, polemisch und undiffizient geäußert“.

Zeidler hatte erklärt, daß das Verbot der Tötung auf Verlangen „eine Insel der Inhumanität als Folge kirchlichen Einflusses auf unsere Rechtsordnung“ sei. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höfner, bezeichnete diese Äußerungen als „ungeheuerlich“ und grundgesetzwidrig.

Dagegen kritisierte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für humane Sterben (DGHS), Hans Henning Atrott, die Meinung Höfners als Intoleranz. Es sei ein Skandal, daß ein Priester wie der Kölner Kardinal indirekt die Abberufung des höchsten Vertreters der Judikative fordere und so die Würde dieses Amtes verletze. Gegen Atrott wird wegen Beihilfe zur Tötung auf Verlangen ermittelt. Von ihm stammte das Gift, das der Arzt Julius Hackethal einer unheilbar kranken Frau zukommen ließ.

Der CSU-Politiker Wittmann meinte, Zeidlers Bemerkungen stellten den typischen Fall eines Eingriffs in ein schwebendes Gerichtsverfahren dar. Hier werde Hackethal von einem Bundesverfassungsrichter freigesprochen, noch bevor sich der erste Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit der Anklage befaßt habe.

Schon in den ersten 30 Amtstagen rief Fischer die Gerichte zur Hilfe

Von D. GURATZSCH
allerersten Handlung als Minister zwei Tage nach seiner Vereidigung: Da hatte er „als entschiedener Gegner eines Eintritts in die Plutoniumwirtschaft“ an der Demonstration gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf teilgenommen – ein Amtsverständnis, das sein bayerischer Kollege Alfred Dick (CSU) ohne Umschweife als „äußerst ungewöhnlich und auch unkollegial“ bezeichnete. Ein Ministeramt, so sah sich Fischer von Dick belehrt, lasse sich „nicht ablegen wie Turnschuhe“. Das Verhältnis Bayerns zu Hessen werde auf diese Weise „einer schweren Belastungsprobe unterworfen“.

Belastungsproben solcher Art scheinen den neuen Mann bislang jedoch wenig zu beunruhigen. So legte

Fischer rettete sich mit der Anrufung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden. Ein geradezu ironischer Auftakt seiner Ministerstätigkeit, waren es doch die Grünen, die in der Vergangenheit wieder und wieder Autorität und Objektivität der Gerichte in Zweifel gezogen hatten. Indessen: Die hessischen Juristen ließen es an Integrität nicht fehlen und sprangen dem 37jährigen Politiker bei.

In einer einstweiligen Verfügung (wie oft sind die Umweltschützer gerade dieses juristische Instrument Sturm gelaufen!) verpflichteten Verwaltungsrichter jetzt die Hauptpersonalräte des Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministeriums, einen gemeinsamen Hauptpersonalrat für das Umweltministerium einzurichten und bei Einstellungen in dem neuen Ressort mitzuwirken. So kann der Minister die Arbeitsfähigkeit seiner aus Abteilungen der drei anderen Ressorts gebildeten Behörde nummehr herstellen.

Die zweite Wunderlichkeit bei Fischers Amtsantritt ist sein erster Zuwendungsbescheid, den er ausgerechnet der Stadt Darmstadt zukommen ließ. 133 000 Mark Zuschüsse bewilligte er der Stadt für den sparsamen und rationalen Umgang mit Energie, wie er im Darmstädter Martinsviertel beispielhaft demonstriert werde. Dabei ist Darmstadt Oberbürgermeister Günther Metzger (SPD) sozusagen der Intimfeind des rot-grünen Bündnisses von Wiesbaden. Über die Grünen sagte er noch vier Tage vor Weihnachten: „Sie nehmen als elitäre Minderheit für sich Exklusivrechte in Anspruch, die nicht nur gegen die Interessen der Bürger, vor allem gegen die Arbeitnehmer gerichtet sind, sondern gegen den Bestand des demokratischen Rechtsstaats.“

Völlig aus dem Rahmen war Fischer indessen auch schon mit seiner



Joschka Fischer (37), der erste grüne Minister FOTO: JUPP DARCHINGER

er sich mit dem Frankfurter Umweltdezernenten an und gab ihm öffentlich dettete Zensuren. Dessen Änderungen an den Sperrgebietsgrenzen für Smogalarm in der Mainmetropole seien „rechtlich bedenklich“ und eine „Irreführung der Öffentlichkeit“, ließ Fischer durch seinen Pressesprecher Georg Dick verkünden – Formulierungen, die schnell die Runde in der sensibilisierten Frankfurter Öffentlichkeit machten.

Hat sich in alldem aber wirklich schon die Handschrift des neuen Ministers abgebildet? Mit Sicherheit nicht. Sein eigentlicher Ehrgeiz liegt offensichtlich auf ganz anderen Feldern. So kehrt in seinen wenigen Erklärungen und Interviews seit seinem Amtsantritt die Ankündigung wie ein Tenor wieder, er werde „dafür kämpfen“, daß die Koalition von Hessen zum „Modell für die Bundesrepublik“ werde. Das zielt nicht nur gegen die neukonstituierten „Linken“ in der eigenen Partei, sondern ist, sozi-

sagen, Auftausatz für die eisige Abweisung, die dem Hessen-Modell von der gesamten Bonner SPD-Spitze widerfährt.

Die politisch-taktische Absicht dabei kann man nicht anders als durchtrieben nennen. Fischer hat die Lehre aus dem saarländischen Wahlkampf gezogen, wo Oskar Lafontaine die Grünen mit der Koalitionsparole erst in die Enge und dann ins Aus trieb. Der Hesse lehrt den Spieß um und will mit der gleichen Taktik nun den Sozialdemokraten die Wähler abjagen. Rau und den „leitenden Herren der SPD“ bescheinigt er „Geschwätz“, wenn sie von einem Bündnis mit den Grünen auf Bundesebene nichts wissen wollen. Die Erfahrung von Hessen, so Fischer lakonisch, lehre doch, „daß Worte Schall und Rauch sind und daß nach dem Wahltag allein Mehrheiten zählen“.

Den Schwerpunkt für seine Umweltpolitik hat Fischer gleich in den ersten Äußerungen nach seiner Nominierung durch die grüne Landesmitgliederversammlung von Neuland am 27. Oktober benannt: Chemiepolitik. Noch zeichnen sich die Konturen undeutlich ab, was der grüne Minister darunter verstanden wissen will. Die ersten Pflöcke hat er jedoch bereits unauffällig eingeschlagen.

Der Paukenschlag, mit dem die „Chemiepolitik“ in Hessen begonnen soll, ist demnach ein Symposium „Chemiestandort Hessen“, bei dem Fischer „alle Beteiligten“ – Betriebe, Gewerkschaften, Wissenschaftler, Bürgerinitiativen und Verbände – an einen Tisch bringen will. Noch in diesem Jahr will er dann selbst ein Konzept für den „Chemiestandort Hessen“ vorlegen, über dessen Tendenz er ebenfalls keinen Zweifel gelassen hat: Die Produktion von Schadstoffen solle künftig bereits an der Quelle, in den einzelnen Firmen als, abgeblockt und vermindert werden.

Eine erste Kostprobe, auf welche Weise das geschehen könnte, hat Fischer vor wenigen Tagen zunächst den für die Genehmigung neuer Produktionsverfahren zuständigen drei Regierungspräsidenten von Hessen in Darmstadt, Gießen und Kassel zu schmecken gegeben. Weil die Darmstädter Behörde in einem, wie sie versichert, „ganz normalen Verfahren“ die Herstellung eines Unkrautvernichtungsmittels „Basta“ für Plantagen in der Dritten Welt genehmigt hatte, sollen die drei Regierungsbehörden nun durch Erlaß angewiesen werden, in künftigen Genehmigungsverfahren Rücksprache mit dem Ministerium zu nehmen. „Basta“, so die Fachleute aus Fischers Behörde, wirft bei der Produktion nämlich 3000 Tonnen zusätzlichen Chememüll ab, die nur unter Risiken verbrannt werden könnten.



West Germany





1

2

Drei der vier Preisträger des Innovationspreises der deutschen Wirtschaft kommen aus

Der Schwabenstreich

Baden-Württemberg. Eine Späth-Folge des dortigen Innovations-Klimas? Die 'Wirtschafts-

der Teams und Tüftler.

woche' informiert umfassend über alles, was in der Wirtschaft wichtig ist. Jeden Freitag neu.



MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHTE.

Malaysia wirbt um deutsche Investitionen

M. WEIDENHILLER, Bonn
Die Deutschen sind in Malaysia willkommen - als Besucher, vor allem aber als Investoren. Auf diesen Nenner lassen sich die Gespräche bringen, die der malaysische Außenminister Tengku Ahmad Rithauddeen mit Vertretern der Bundesregierung, des DIET und des BDI führte. War sein Werben erfolgreich? Die Reaktion sei positiv, meinte der Minister auf einer Pressekonferenz in Bonn. Seine Regierung sei vor allem an Investitionen interessiert, die die im Lande reichlich verfügbaren Rohstoffe wie Kautschuk, Zinn oder Palmöl berücksichtigen.

Immerhin nimmt die Bundesrepublik hinsichtlich der Höhe der Investitionen in dem südostasiatischen Staat den sechsten Platz ein. Innerhalb der EG sind die Deutschen zu dem wichtigsten Handelspartner Malaysias. Um die Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu mindern, und um der verarbeitenden Industrie neue Impulse zu geben, hat die Regierung Mahathir 1985 eine einschneidende Änderung der Investitionspolitik vorgenommen: Die in der Neuen Wirtschaftspolitik (NEP) auf 30 Prozent festgelegte Beschränkung ausländischer Kapitalbeteiligung an Unternehmen ist aufgehoben.

Vor allem wirtschaftliche, aber auch politische Probleme sind es, die die Festlegung eines Termins für Parlamentswahlen in Malaysia erschweren. Eigentlich waren sie schon 1985 ins Auge gefaßt. „Finden 1986 Wahlen statt?“ wurde denn auch der Minister gefragt. „Wenn Mahathir ein Datum weiß, dann ist das sein größtes Geheimnis“, sagte er.

Rithauddeen hatte zuvor bei einem Essen mit Bundesaußenminister Genscher die guten und reibungslosen Beziehungen zu Bonn hervorgehoben. Doch er beklagte, daß - wohl gerade deshalb - so wenige hohe Besucher den Weg nach Kuala Lumpur fänden. Im Februar wird Bundespräsident von Weizsäcker, der den Minister zu einem einseitigen Gespräch empfing, neben Birma und Bangladesch auch Malaysia besuchen.

Auf Kambodscha eingehend, verwies Rithauddeen auf die Notwendigkeit einer politischen Lösung: „Wenn es sie nicht gibt, gibt es in der Region auch keinen Frieden.“ Sorge bereitet Malaysia auch die zunehmende Vietnamisierung Kambodschas.

Frau Thatcher rückt ins Zentrum der Krise

Hitzige Westland-Debatte / Brittan bleibt ungeschoren

REINER GATERMANN, London
Wie ist es zu erklären, daß zwei so profilierte und hochrangige Persönlichkeiten wie Industrieminister Leon Brittan und der frühere Admiral und heutige Vorstandsvorsitzende des britischen Luft- und Raumfahrtunternehmens British Aerospace (BAe), Sir Raymond Lygo, von ihrem Gespräch so völlig konträre Auffassungen mit nach Hause nehmen konnten?

Eine vielstündige, teilweise hitzige Unterhausdebatte brachte nicht viel Klarheit in dieses Mysterium, sie gab Brittan allerdings die Möglichkeit zur Rechtfertigung. Er nutzte sie geschickt, so daß zumindest vorläufig für ihn die Gefahr, seinen Hut als Industrieminister nehmen zu müssen, gebannt sein dürfte. Damit ist jedoch die durch den Rücktritt von Verteidigungsminister Michael Heseltine ausgelöste Regierungskrise, in deren Sturmzentrum neben Brittan immer mehr die Premierministerin rückt, nicht beigelegt.

Irgendwo wird nicht die Wahrheit vorgenommen: Die in der Neuen Wirtschaftspolitik (NEP) auf 30 Prozent festgelegte Beschränkung ausländischer Kapitalbeteiligung an Unternehmen ist aufgehoben.

Vor allem wirtschaftliche, aber auch politische Probleme sind es, die die Festlegung eines Termins für Parlamentswahlen in Malaysia erschweren.

Eigentlich waren sie schon 1985 ins Auge gefaßt. „Finden 1986 Wahlen statt?“ wurde denn auch der Minister gefragt.

Rithauddeen hatte zuvor bei einem Essen mit Bundesaußenminister Genscher die guten und reibungslosen Beziehungen zu Bonn hervorgehoben.

Auf Kambodscha eingehend, verwies Rithauddeen auf die Notwendigkeit einer politischen Lösung.

voll und ganz die Brittan-Version des umstrittenen Gesprächs mit Sir Raymond. Demnach habe er den BAe-Chef lediglich davor gewarnt, daß ein Hinauszögern der Westland-Lösung den nationalen Interessen schaden und protektionistische Stimmen im europäischen Konsortium künftige Geschäfte mit den USA, darunter der Verkauf des Airbus, beeinträchtigen könnten.

Nationale Interessen

Sir Raymond jedoch behauptete, Brittan habe sich darüber beklagt, über das BAe-Engagement im Europa-Konsortium nicht im Voraus informiert worden zu sein, der Minister habe zudem betont, die BAe-Beteiligung schade den nationalen Interessen und deren Rückzug aus dem Konsortium gefordert.

Die Opposition stellte die Frage, was Sir Raymond, dessen Unternehmen zu 80 Prozent von britischen Staatsaufträgen abhängig ist, veranlaßt haben könnte, einen Gesprächsverlauf so anders aufzufassen, als der Minister. Zumindest in der eigenen Fraktion beschimpfte man Leon Brittan, sich ehrlich und offen verteidigt zu haben. Doch sei er „noch nicht ganz aus dem Wald heraus“.

Heseltine, der im Unterhaus hervorhob, keinen Grund zu sehen, seine bisherige Kritik an Frau Thatcher und Leon Brittan zu ändern, lieferte gleich zwei weitere Vorwürfe: Einmal habe „jemand“ in Whitehall dafür gesorgt, daß ein für ihn geplanter Fernsehauftritt bei der BBC abgesetzt wurde; zum anderen habe das Außenministerium den britischen Botschafter in Rom aufgefordert, die italienische Regierung zu veranlassen, sich nicht mehr für das Europa-Konsortium einzusetzen.

Zwischenszeitlich erhielt Heseltine jedoch Unterstützung von den britischen konservativen Abgeordneten im Europa-Parlament. Sie sprachen sich nachdrücklich für eine Europa-Lösung für Westland aus. Die Entscheidung wird heute auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Westland-Aktionäre fallen. Börsenexperten sind der Ansicht, daß das Sikorsky-Fiat-Angebot, das auch vom Aufsichtsrat vorgeschlagen wird, nicht die erforderliche 75-Prozent-Zustimmung erhält.

Cerezo dringt auf aktive Friedenssuche

W. THOMAS, Guatemala-Stadt

Der neue guatemaltekeische Präsident Vinicio Cerezo ist zufrieden mit seiner ersten Amtshandlung: Er glaubt, den Friedensinitiativen in dem Konfliktgebiet Mittelamerika frische Impulse gegeben zu haben. Mit der „Erklärung von Guatemala“ soll der stagnierende Contadora-Prozess aktiviert werden. Außerdem soll „die Diskussion über einen Vorschlag zur Bildung eines mittelamerikanischen Parlamentes“ fortgesetzt werden.

Der Vorschlag, der von Cerezo stammt, kann bei einer Gipfelkonferenz in den nächsten Monaten ausführlicher erörtert werden. Diese Veranstaltung, eine weitere Cerezo-Idee, soll in der guatemaltekeischen Grenzstadt Esquipulas stattfinden.

Neben Cerezo unterzeichneten die Präsidenten von Panama (Eric Arturo Delvalle), El Salvador (José Napoleón Duarte), Nicaragua (Daniel Ortega) und der gewählte Präsident von Honduras (José Azcona Hoyo) die „Erklärung von Guatemala“. Alle waren Gäste der Amtseinführung Cerezos. Costa Ricass Staatschef Monge, dessen Präsidentschaft in wenigen Monaten endet, blieb dem Ereignis fern - wegen Ortes.

Obgleich in der guatemaltekeischen Hauptstadt in den letzten Tagen eine Atmosphäre der Hoffnung herrschte, gab es auch viele skeptische Stimmen. Die salvadorianischen und honduranischen Delegationen äußerten Zweifel, ob die Probleme mit Nicaragua je gelöst werden können. Duarte und Ortega hatten nach der Amtseinführung einen heftigen Wortwechsel. Der amerikanische Vizepräsident George Bush, ein Zeuge des Streits, verließ die Gesprächsrunde.

Duarte teilt die Interpretation der Reagan-Regierung für den Mittelamerika-Konflikt: Die Sandinisten seien die Schuldigen, weil sie die Region durch einen Revolutionsexport destabilisierten. Die Sandinisten beschuldigen dagegen die USA, keine sozialen Veränderungen zu dulden.

Die Friedensbemühungen der vier Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) scheiterten besonders an zwei Forderungen: Die Sandinisten verlangen, daß die Reagan-Regierung ihre Unterstützung für die antikommunistischen Contra-Rebellen einstellt. Die Reagan-Regierung lehnt ab, weil sich die Comandantes weigern, mit den Contras zu verhandeln.

Keine Klarheit über Papandreous Pläne mit dem Amt des Präsidenten

Viele Änderungsvorschläge zur Verfassungsreform / Widerstand der Opposition

E. ANTONAROS, Athen

Seit Anfang dieser Woche debatiert das griechische Parlament heftig über eine politisch wichtige Verfassungsreform, deren erklärtes Ziel die Einschränkung der Vollmachten des Staatspräsidenten ist. Aber einige Änderungsvorschläge, die die sozialistische Parlamentsmehrheit unter Ministerpräsident Andreas Papandreu in letzter Minute einbrachte, lassen Zweifel daran aufkommen, ob das Regierungslager die Prärogativen des Staatsschefs tatsächlich so weitgehend wie ursprünglich angekündigt stützen will.

Die zur Zeit noch gültige Verfassung sieht in der Tat vor, daß der griechische Staatsschef erheblich größere Befugnisse als etwa der französische Staatspräsident hat, aber bei weitem nicht so machtvoll wie der französische Staatspräsident ist. Bisher hat kein griechischer Präsident von diesen Vorrechten Gebrauch gemacht. Aber Papandreu hatte im März letzten Jahres dem Initiator dieser Verfassungs- und damaligen Staatsoberhaupt, Konstantin Karamanlis, die Wiederwahl mit der Begründung verweigert, die Sozialisten wollten die Verfassung reformieren. Darauf

hin war Karamanlis aus Protest vorzeitig zurückgetreten. Das Parlament, das im Mai 1985 aufgelöst wurde, hatte die Reformwünsche der Sozialisten - wie von der Verfassung vorgesehen - in erster und zweiter Lesung verabschiedet. Allerdings haben die Sozialisten ihren Änderungskatalog derart erweitert und umgeschrieben, daß eine neue Debatte erforderlich wurde.

Nach Ansicht der bürgerlichen Opposition, die über 120 von insgesamt 300 Sitzen in der Kammer verfügt, sollte alles beim Alten bleiben. Aufgrund der jetzt noch gültigen Verfassung besteht ein Gleichgewicht zwischen dem Staatspräsidenten und dem Regierungschef. Werden die Änderungen angenommen, so wird der Ministerpräsident mit einer derartigen Machtfülle ausgestattet, daß er praktisch unkontrollierbar wäre, befürchtet die Oppositionsfraktion Konstantin Mitsotakis. Unter anderem widersetzten sich die Konservativen der Abschaffung des geheimen Abstimmungsverfahrens bei der Wahl des Staatspräsidenten durchs Parlament.

Die Sozialisten halten diese Kritik für ungerechtfertigt und weisen darauf hin, daß es ihnen darum geht, die Machtfülle des Staatspräsidenten

dem Parlament, also „dem Volkswillen“ wie sie sagen, zu übertragen. Es sei ihre Absicht, dem Staatsschef nur noch eine Ausführungsrolle zu überlassen, so daß er sich nicht ins politische Tagesgeschäft einmischen kann. Die „politisch kreative Rolle“ müsse dagegen dem Regierungschef vorbehalten werden.

Daß die Sozialisten die Beschneidung der Befugnisse des Staatsschefs mit großer Begeisterung in Angriff nahmen und Karamanlis' Wiederwahl blockierten, rührt von der Befürchtung her, daß Karamanlis während seiner zweiten Amtsperiode aktivier als bisher die Regierungsarbeit beeinflussen könnte. Daher wurde seine quasi-Absetzung damals bejubelt.

Ob Papandreu persönlich immer noch an einer Entmachtung des Staatsschefs interessiert ist, erscheint fraglich. Einige Änderungsvorschläge etwa im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Pattsituationen, lassen eher erkennen, daß der Staatsschef doch nicht so machtlos werden soll. Nicht zuletzt deshalb sind in Athen die Vermutungen nicht aus der Welt zu schaffen, daß Papandreu doch mit dem Gedanken spielt, zu einem späteren Zeitpunkt ins Präsidialamt zu wechseln. (SAD)

Wieder Gerüchte um Abul Abbas

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Reise des führenden PLO-Mitglieds Farouk Kaddumi Anfang Januar nach Moskau hat innerhalb der Arafat-PLO die Frage nach der Zukunft dieser Organisation und ihrer Führung belebt. Es scheint, daß Moskau Arafats Rolle in Nabest nur noch als unbedeutend einschätzt. In diesem Zusammenhang wurden sogar wieder Namen für die Nachfolge des PLO-Chefs genannt, unter anderem auch der des steckbrieflich gesuchten Anführers der Piraten der „Achille Lauro“, Abul Abbas.

Entführung und Mord auf dem Luxusliner sowie die spektakuläre Flucht über Jugoslawien haben dem flüchtigen Arafat-Freund innerhalb der PLO und darüber hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad verschafft, der seine früheren, ebenfalls fast immer mißglückten Attentate auf israelische Ziele in Vergessenheit geraten ließ. Den erfolgreichsten Angriff

führte die Gruppe Abbas, die sich „Palästinensische Befreiungsfront“ nennt, 1981 aus. Damals gelang es vier seiner Männern mit Luftgeleitern in den israelischen Luftraum einzudringen. Sie stürzten ab und wurden festgenommen. Abul Abbas („Vater des Stürmzlers“) ist in Terroristenkreisen als Empfänger von Geldern aus dem Irak, aus Algerien, Libyen und Syrien bekannt. In einem Interview einer in Paris erscheinenden arabischen Zeitung sprach er Ende September jedoch auch von einer Reise in die Sowjetunion, von der Notwendigkeit guter Beziehungen zu Moskau und von der sowjetischen Unterstützung für die Sache der Palästinenser.

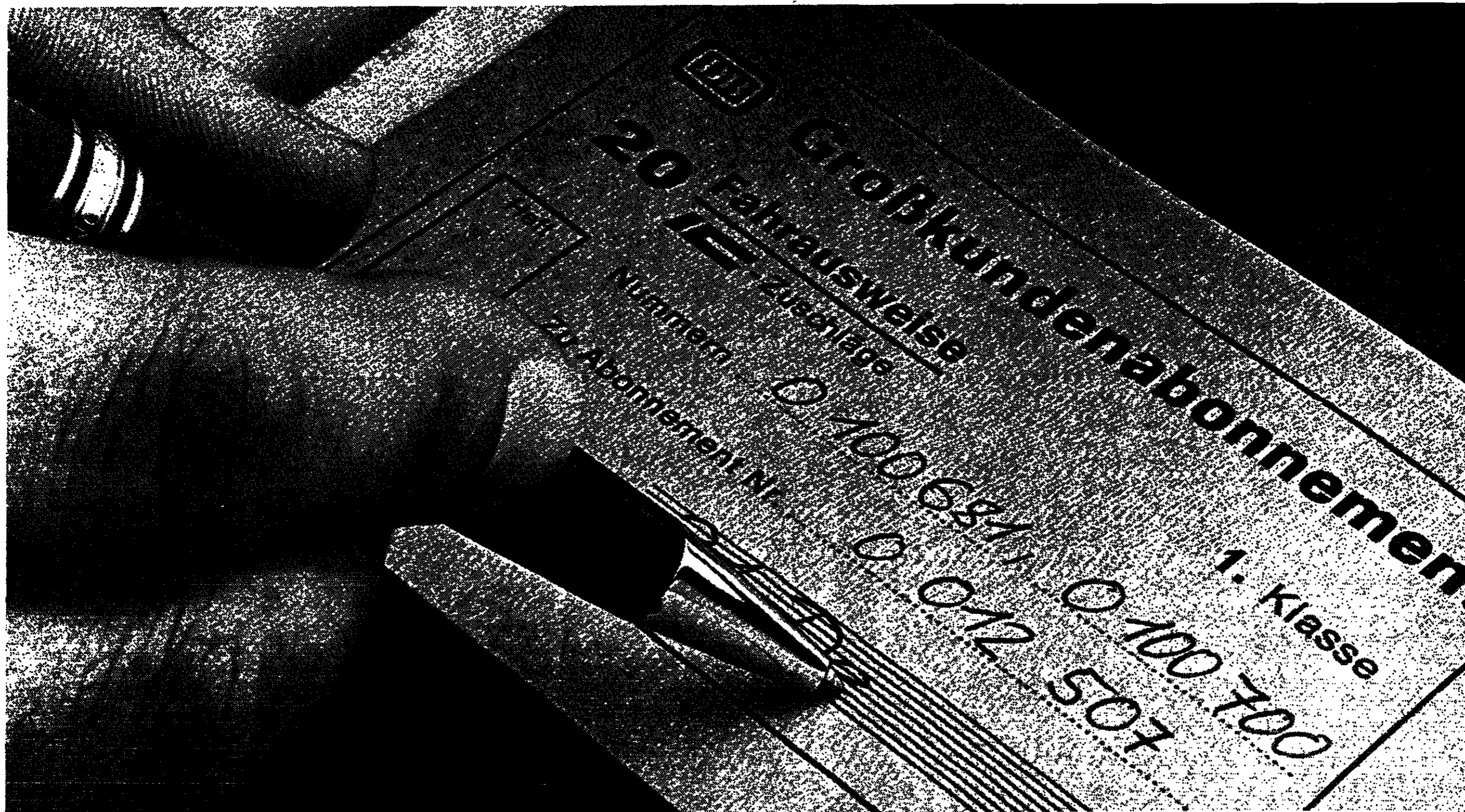
Von der Achille-Lauro-Affäre aber dürften selbst die Sowjets überrascht gewesen sein. Abbas hatte offensichtlich gehofft, durch eine spektakuläre Operation die Sowjets so zu beeindrucken, daß sie ihn als Nachfolger

Arafats aufbauen würden. Die Aktion endete für ihn ähnlich wie eine andere, die er 1977 mit viel Lärm angekündigt hatte. Damals wollte er in der Bundesrepublik inhaftierte Terroristen freipressen. Die Aktion bestand schließlich in einem Raubüberfall auf einen Juwelierladen in Berlin, bei dem rund 6000 Mark erbeutet wurden.

Mehr Chancen auf eine Nachfolge Arafats dürfte Abu Tayeb haben, der Chef der Terrorgruppe und Leibwache Arafats, „Kommando 17“, die sich jetzt in Kairo etablieren will. Auch Abu Dschihad und Kaddumi selbst werden genannt. Allerdings sind in der PLO die Radikalen im Vormarsch, weshalb Leute wie Abul Abbas oder Abu Tayeb trotz ihrer Erfolglosigkeit durchaus eine Chance haben könnten - wenn Arafat einmal aus dem aktiven Terroristenleben zurückgezogen wird.

Die neue Bahn

Wie man rund 3.000 Mark spart.



Man nehme ein Großkundenabonnement der Bahn, wie es alle Firmen, Behörden oder Verbände kaufen können. Man buche 50.000 Bahnkilometer und freue sich beim Bezahlen über den Preis von nur 11.730 Mark. Denn das ist sehr viel weniger, als wenn man

den normalen Fahrpreis bezahlen müßte, nämlich etwa 20 % Will man nicht ganz so oft verreisen, nehme man statt der 50.000 km das 25.000 Kilometer-Kontingent und streiche rund 17,5 % Ersparnis ein. Oder man

wähle das 10.000-Kilometer-Kontingent, bei dem man ca. 15 % spart. Dann greife man nur noch zum Kugelschreiber und zum GKA-Fahrkartennblock und stelle sich ganz einfach selber den gewünschten Fahrausweis aus. Sie sehen: Ein Großkundenabonnement ist

nicht nur billiger, sondern auch noch bequemer. Mehr darüber erfahren Sie bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufsstellen der Bahn. **DB Die Bahn**

Ein ungewohntes Bekenntnis der SPD zum Prinzip der Subsidiarität

Von GEORG BAUER

Das Florett ist dem schleswig-holsteinischen SPD-Opportunisten SPD-Präsidenten Björn Engholm seinen Debattenbeitrag mit wohlkürdigen Angriffen, als die Sozialdemokraten vor wenigen Tagen in Kiel mit einem „Kongress über kommunale Demokratie“ die letzte Phase in der Auseinandersetzung um die Stimmführung für die Kommunalwahl am 2. März einläuteten.

Der in Lübeck Geborene, dessen Heimatstadt man nachsagt, sie halte vornehm Distanz zu dem Rest des Landes, sprach von einem „vordemokratischen Denken der Landesregierung“. Den Vorwurf hängte er an der Politik der Landesregierung gegenüber den Kommunen auf. Diesen bleibe kaum Platz zur freien Entfaltung. Und noch einen zweiten Befehl für das seiner Meinung nach unterentwickelte Demokratieverständnis in der Union führte der Sozialdemokrat an. Mit stillschweigender Unterstützung durch die Landesregierung erbeie man zur Zeit auf der Bundesebene eine „Renaissance des Absolutismus in neuem Gewand“, spannte Engholm unter Hinweis auf die Auseinandersetzung um den Streikrechtparagraphen 116 den Bogen von Bonn nach Kiel.

Als Gegenpol demokratischen und liberalen Bewusstseins präsentierte er die eigene Partei. Er zitierte Freiherr vom Stein und gab zu verstehen, daß die Sozialdemokraten die Ideen des preußischen Reformators auf ihre Fahnen geschrieben hätten. Er kündigte an, daß die SPD die Kommunalverfassung und den Finanzhaushalt ändern werde, sofern sie in nächsten Landtag die Mehrheit stelle. Engholm: „Mit der Änderung wollen wir erreichen, daß die Kommunen über die rechtlichen Möglichkeiten verfü-

gen, alle Fragen, die auf örtlicher Ebene auftauchen, auch auf örtlicher Ebene lösen zu können.“

Mit diesem für Sozialdemokraten ungewöhnlichen Bekenntnis zur Subsidiarität nutzt die SPD eine in Schleswig-Holstein latent schwelende Diskussion um die kommunale Selbstverwaltung. Vor allem die kommunalen Spitzenverbände haben Klagen über die restriktive Politik Kiels gegenüber den Gemeinden geführt und höhere Mittelzuweisungen angemahnt. Treibt die SPD also die Sorge um die Freiräume für Städte und Gemeinden um? Der Vorstoß

Landesbericht Schleswig-Holstein

zielt eher in eine andere Richtung. Das bei den Grünen und auch in der FDP beherrschte Wahlerpotential soll aufgesogen werden.

Für den 2. März hat sich die Partei ein hohes Ziel gesetzt. Sie wolle die stärkste politische Kraft des Landes werden, verminnt man selbstbewußt aus ihren Reihen. Das Unterfangen ist nicht unbeschrieben. Bei der letzten Kommunalwahl im Jahre 1982 schnitt die SPD mit einem Stimmenergebnis von 34,6 Prozent fast katastrophal schlecht ab. Deutliche Verluste mußte sie insbesondere in den vier kreisfreien Städten des Landes hinnehmen. Die CDU kam damals auf einen Stimmenanteil von 50,1 und die FDP von 6,8 Prozent.

Das ehrgeizige Vorhaben der SPD soll mit massiver Hilfe aus Bonn erreicht werden. Stärker als andere Parteien marschiert die SPD-Prominenz aus Bonn und Düsseldorf im hohen Norden auf. Peter Glotz ließ sich blicken, der Parteivorsitzende Willy

Brandt gibt seine Visitenkarte ab, und auch SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau wird kurz vor dem Umzug mit zweitgrößten Abstechern für seine Partei die Trommel rühren.

Mit ihrem Engagement unterstreichen die Sozialdemokraten die bundespolitische Bedeutung der Wahl. Die Entscheidung am 2. März bildet den Auftakt für einen Wahlzyklus, der die bundespolitische Landschaft bis zur Bundestagswahl im Januar des nächsten Jahres mit Abstimmungen in Niedersachsen, Bayern und Hamburg bestimmen wird. Bei allen Abstrichen durch den kommunalen Charakter der Wahl wird auch die Union das Ergebnis aufmerksamer registrieren. Nach dem Waterloo der CDU in Nordrhein-Westfalen wird sich sich vor allem fragen, wie es um ihr Ansehen bestellt ist.

Das Geschehen in Schleswig-Holstein verfolgt sie aber mehr aus der Ferne. Vom CDU-Landesvorsitzenden und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg einmal abgesehen, macht sich die CDU-Spitze im Norden rar. Ministerpräsident Uwe Barbohl muß schon alleine sehen, wie er die Wahl für seine Partei entscheidet.

Anders sieht die Situation bei den Freien Demokraten aus. Die Zahl der Auftritte des FDP-Bundesvorsitzenden im Norden ließ die Beobachter schon Zweifel an der landschaftlichen Herkunft von Martin Bangemann äußern. Sie kolportieren bereits, Bangemanns Vorhaben müßten aus dem Norddeutschen stammen. Das Unter-der-Arme-Greifen des Bundesvorsitzenden hat der politische Zweipunktzwerg namens FDP Schleswig-Holstein auch nötig. Schließlich muß das letzte Ergebnis der Landtagswahl aufgepoliert werden, das wie ein Alptraum auf den Freien Demokraten lastet.

reien Mittelamerikas gebaut. „Ja, die Mädchen und Jungen im Blaubund waren so gut, daß sie gemeinsam mit ihren kubanischen Kollegen das Werk in zwei Jahren und drei Monaten fertigstellten“, werden die „Brigadiere“ gelobt.

Bier auf Kuba, aber keine Frisuren in vielen Landgemeinden des Bezirks Magdeburg. Diesen Mißstand, der auch für die „DDR“-Bürger in anderen Bezirken ein Ärgernis ist, prangert die Magdeburger „Volksstimme“ (SED) an.

Auch für Dauerwellen Wartelisten

Von DIETER DOSE

Dreißig Jahre Nationale Volksarmee - in der „DDR“ wird das nächste Jubiläum vorbereitet. Am 1. März jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem die damals schon seit Jahren bestehenden Einheiten der kasernierten Volkspolizei zur offiziellen Armee wurden.

„Armee für Frieden und Sozialismus“ heißt ein aus Anlaß des Jubiläums erschienenes Buch. „Das Geschichtsbuch“, so das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, „vermittelt dem Leser neue militärische Erkenntnisse, Einsichten und Zusammenhänge, zeichnet ein plastisches Bild vom Werden, Wachsen und Reifen der Hauptkraft unserer Landesverteidigung.“

Für nur 22 Mark ist das Buch (744 Seiten) zu erwerben und damit relativ billig, denn wie vieles andere haben in der „DDR“ auch die Buchpreise angezogen. „Es wendet sich besonders an die jüngeren Bürger“, hebt das „Neue Deutschland“ hervor. Und das SED-Blatt verrät auch, was mit dem Buch in erster Linie bezweckt wird: „Die „Geschichte der NVA“, dessen sind wir sicher, wird dazu beitragen, die sozialistische Wehrziehung in allen ihren Formen zu bereichern, das Verständnis für die Militärpolitik der SED zu vertiefen und die Nationale Volksarmee noch fester im Volk zu verwurzeln.“

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) wartet nicht nur zwischen Ostsee und Thüringer Rennsteig mit „Bestleistungen“ auf. FDJ-„Brigadiere“ haben dazu beigetragen, daß kürzlich beim 37. Jahrestag der Machtübernahme Fidel Castros in Kuba das Bier reichlicher floß. Mit ihrer Hilfe, berichtet die FDJ-Zeitung „Junge Welt“, wurde eine der größten Brau-

reien Mittelamerikas gebaut. „Ja, die Mädchen und Jungen im Blaubund waren so gut, daß sie gemeinsam mit ihren kubanischen Kollegen das Werk in zwei Jahren und drei Monaten fertigstellten“, werden die „Brigadiere“ gelobt.

Bier auf Kuba, aber keine Frisuren in vielen Landgemeinden des Bezirks Magdeburg. Diesen Mißstand, der auch für die „DDR“-Bürger in anderen Bezirken ein Ärgernis ist, prangert die Magdeburger „Volksstimme“ (SED) an.

Aus der Presse von drüben

Bei einer Kontrolle durch die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) sei festgestellt worden, daß es bei den Damen-Frisuren für eine Dauerwelle Wartelisten von Wochen bis zu Monaten gibt. „Derartige Wartelisten sind eine Zumutung für jede Frau, die sich einen wohlfrisierten Kopf wünscht“, läßt die „Volksstimme“ Volkes Stimme zu Wort kommen.

Die Inspektoren stellten fest, daß es nur in 204 von 440 überprüften Gemeinden eine Möglichkeit gibt, sich frisieren zu lassen. Es sei „höchste Zeit, sich ernsthaft zu überlegen, wie man dem gewachsenen Bedarf besser gerecht werden kann“, appelliert das SED-Blatt und verschweigt auch nicht, daß schon vor längerem ein entsprechender Beschluß des Rates des Bezirkes gefordert hat, die „Frisureleistungen“ in den Dörfern zu verbessern.

Ob in der Anfrage einer Leserin an die in Ost-Berlin erscheinende „BZ am Abend“ eine Bosheit steckte? Die Frau wollte wissen, warum die

„DDR“ Tropenmedizin betreibt. Denn dem Normalbürger sind tropische Länder unerreichbare Ziele, sofern sie nicht zum „sozialistischen Lager“ gehören. Die Antwort der „BZ am Abend“ bestätigt, daß der Kreis begrenzt ist: „Viele Werkstätte unseres Landes sind zeitweise in tropischen und subtropischen Ländern als Spezialisten der verschiedenen Fachgebiete tätig. Ein dichtes Netz von Untersuchungs- und Impfstellen in der DDR sorgt dafür, daß in diese Länder ausreisende bzw. von dort zurückkehrende Bürger alles zur Vorbeugung von Tropenkrankheiten Notwendige erhalten.“

In ganzseitigen Anzeigen in verschiedenen „DDR“-Zeitungen, z. B. im „Der Morgen“, wird Nachwuchs für die Handelschiffahrt unter den Schulabgängern gesucht. „Junge Seeleute vertreten unsere Republik würdig im Ausland“, heißt der Werbeslogan. „Unter der Flagge der DDR und mit der blau-rot-blauen Marke am Schornstein fahren unsere Schiffe rund 400 Häfen in vielen Ländern der Welt an“, wird das Fernweh der jungen Menschen geweckt. „Etwas ein Viertel der Außenhandelsgüter der DDR kommen per Schiff über die Meere zu uns und genauso viel von uns zu den Umschlagplätzen in aller Welt.“

Die Anzeige verschweigt auch die Schattenseiten des Seemannsberufes nicht. Die lange Abwesenheit von zu Haus bei „großer Fahrt“, die Härte der Arbeit an Bord und die geforderte Disziplin. „Wer sensibel ist, verkräftet das nicht so leicht.“ Nicht geeignet, so der ausdrückliche Hinweis, ist, wer aus reiner „Abenteuerlust“ bei den „Zentralen Werbebüros der Handelsflotte und Seehäfen“ anknüpft...

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Folge der Hetzkampagne

„Gewalt in Frankfurt“: WELT vom 12. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, die schockierenden Vorgänge von Frankfurt mit dem tätlichen Angriffen auf Oberbürgermeister Wallmann haben in erschreckendem Maße gezeigt, wie weit die Verrohung politischer Sitten als Folge einer wochenlangen verlogenen Hetzkampagne von Funktionären eines mächtigen Interessenverbandes bereits gediehen ist. Man ist dabei, das Gleichgewicht der Kräfte - eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren einer freiheitlichen Demokratie - zu beseitigen.

Bei dieser Koketterie mit der absoluten Macht stößt der Vollblutdemagog Steinkühler in das gleiche Horn wie weiland Jo Leinen, der diese Republik schon vor einiger Zeit „unregierbar“ machen wollte. Mit seinem „Echo“ auf die Frankfurter Vorgänge hat sich der „barmherzige Bruder“ Johannes Rau erneut für das angestrebte Amt des Bundeskanzlers disqualifiziert.

Man muß nicht erst Goethes „Zauberlehre“ und auch nicht Weimars „Beschwerden. Die Kräfte der Zerstörung hierzulande haben sich bereits sichtbar und unüberhörbar formiert.

Und wie paßt diese Haltung der Bundesregierung zu dem ständig mit großem Pathos vorgetragenen moralischen Anspruch nach innen und nach außen?

Es scheint nämlich nur vordergründig so zu sein, als würde die Bundesregierung mit ihrer Außenpolitik die Interessen des deutschen Volkes wahren. Tatsächlich jedoch ist sie weit davon entfernt, wenn man einmal über den Tellerrand des engstirnigen merkantilen Eigeninteresses hinwegsieht.

Die von der Bundesrepublik vorgeführte Außenpolitik ist nicht nur charakterlos, sondern zudem bodenlos dümm. Weil sie uns den Gefahr näher bringt, die USA, deren atomares Schutzschild für uns lebensnotwendig ist, uns gegenüber gleichgültig werden zu lassen.

Wenn die USA, des ständigen Hickhacks mit den Westeuropäern im allgemeinen und den Bundesdeutschen im besonderen müde, eines Tages sagen werden: „Nun macht doch Euren Dreck alleine“, dann gnade uns Gott.

Mit freundlichen Grüßen
Victor Höfberg
Ludwigsburg

Sehr geehrte Redaktion, ich bin Jahrgang 1904 und habe in den 20er und 30er Jahren die Tumulte von links und rechts erlebt. Im Fernsehen sah ich den Angriff auf Oberbürgermeister Wallmann.

Ich will nicht behaupten, daß die jungen Leute von Nazis oder Kommunisten aufgehetzt waren, aber ich muß sagen: Wie sich die Bilder gleichen! Wie schnell Menschen doch immer noch zu solchem Handeln motiviert werden können!

Besser wäre es, die Gewerkschaftsmitglieder aufzuklären, wo die Streikgelder wirklich geblieben sind: verspekuliert in der „Neuen Heimat“.

Mit freundlichen Grüßen
Ernst Jansson
Lutzerath

Bei dieser Koketterie mit der absoluten Macht stößt der Vollblutdemagog Steinkühler in das gleiche Horn wie weiland Jo Leinen, der diese Republik schon vor einiger Zeit „unregierbar“ machen wollte. Mit seinem „Echo“ auf die Frankfurter Vorgänge hat sich der „barmherzige Bruder“ Johannes Rau erneut für das angestrebte Amt des Bundeskanzlers disqualifiziert.

Man muß nicht erst Goethes „Zauberlehre“ und auch nicht Weimars „Beschwerden. Die Kräfte der Zerstörung hierzulande haben sich bereits sichtbar und unüberhörbar formiert.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Grim
Limburg/L.

„Bonn gibt DGB-Mitgliedern an Angriffen auf Wallmann“: WELT vom 12. Januar

Sehr geehrte Redaktion, die tätlichen Angriffe auf den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann sind verabscheuenswürdig, aber sie haben auch ihr Gutes. Beweisen sie doch der Öffentlichkeit auf drastische Weise, wer in unserer Republik über eine tatkräftige Hausmacht verfügt: Die Bürger und die Politiker besitzen sie nicht.

Diese DGB-Kreise betrachten jeden, der nicht unbedingt mit ihren Zielen übereinstimmt, als Faschisten. Von der verwirrten und verunsicherten Polizei kann in derartigen Fällen keine Hilfe erwartet werden; sie erklärt sich schlicht für unzuständig und sieht unbetelligt zu, wie ehrbare

Mit freundlichen Grüßen
Erich Grim
Limburg/L.

„Bonn gibt DGB-Mitgliedern an Angriffen auf Wallmann“: WELT vom 12. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, zum wiederholten Male hat die Bundesregierung den USA die partnerschaftliche Solidarität verweigert, diesmal wegen zu ergreifender Sanktionen gegen das Kadhafi-Regime. Genauso war es anlässlich der Geiselnahme der US-Botschaftsangehörigen in Iran, wo man ebenfalls wirtschaftliche Eigeninteressen vor-

schob, um sich vor tätiger Parteinarbeit zu drücken. Auch die Warnungen der US-Administration vor Abschluß des Gas-Röhren-Abkommens mit Moskau schlug die Bundesregierung in den Wind.

Wie lange glaubt die Bundesregierung die USA irritieren zu können?

Mit freundlichen Grüßen
Ernst Jansson
Lutzerath

Mit freundlichen Grüßen
Christoph Rassek
Göttingen

Abweichung

Sehr geehrte Redaktion, zu dem Artikel „Der Papst und der Dienstweg der ARD“ in der WELT vom 10. Januar habe ich folgendes anzumerken:

Das Erste Programm hat am Sonntag, 22. Dezember 1985, nicht „in einer ARD-Reportage aus Ecuador so wissens über das „Adventiat-Jubiläum berichtet“. Vielmehr hat das Erste Programm an diesem Tage von 17.00 bis 18.00 Uhr, in Abweichung von dem üblichen Programm, aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums des bischöflichen Hilfswerks Adventiat, das die katholischen Kirchen in Süd- und Mittelamerika unterstützt, live über Satellit aus der Aufstellungskirche in Quito/Ecuador einen Gottesdienst übertragen, den der Erzbischof in Quito, der Bischof von Pereira/Kolumbien und Generalsekretär der iberoamerikanischen Bischofs-

konferenz sowie der Weibischof Stehle feierten.

Weibischof Stehle ist nicht nur Weibischof in Quito, sondern auch Geschäftsführer von Adventiat in Essen. In dem Gottesdienst wurde der Dank für das Adventiat-Spendenaufkommen von zwei Milliarden DM - das höchste Aufkommen aller konfessionellen Hilfswerke in der Bundesrepublik Deutschland - nachdrücklich hervorgehoben. Angesichts dieser Spendensendung konnten Dankesworte des Papstes dem ZDF überlassen werden, das das Adventiat-Jubiläum nicht in der gleichen herausragenden Weise berücksichtigt hatte.

Mit freundlichen Grüßen
Dietrich Schwarzkopf
Programmdirektor, ARD
München 2

Lilian Harvey

„In dem sterben Hansel Misch“: WELT vom 11. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr Bericht über Lilian Harvey bedarf einiger Korrekturen. Diese kam sehr wohl mit den Filmfunktionären des Dritten Reiches aus und Dr. Goebbels mißtraute ihr keinesfalls. Sonst hätte die Harvey niemals einen ihrer bezaubernden und geistreichsten Streifen „Capriccio“ - er wird in Ihrem Bericht verschwiegen - unter dem prominenten NS-Filmregisseur Professor Karl Ritter gedreht. Prompt hielt man sie dann auch bei ihrer erneuten Ankunft in Amerika, kurz vor dessen Kriegseintritt, für eine „Nazi-Spionin“.

Ihr Comeback nach dem Krieg war ein ausgesprochener Erfolg. Das deutsche Publikum jubelte ihr zu wie eh und je. Die Presse verließ jedoch die Heimkehrerin, die es im Krieg abgehängt hatte, gegen Deutschland Propaganda zu machen, total.

Mit freundlichen Grüßen
Gerd Knabe
Knallwald-Nausis

Wort des Tages

„Gegen große Vorzüge eines anderen gibt es kein Rettungsmittel als die Liebe.“

Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832)

Personalien

bra sowie der algebraischen und arithmetischen Geometrie nieder. Die aus diesen Arbeiten erwachsenen, heute allgemein gebräuchlichen Begriffe wie Kählerische Differentialrechnung, Kähler-Metrik und Kählerische Mannigfaltigkeit sind Standardbegriffe geworden und in die mathematische Literatur eingegangen.

EHRUNGEN
An Bergwerksdirektor Dr. Friedrich-Karl Bessler, Dinslaken, und den Gewerkschaftern Willi Niekels, Beckinghausen, ist der „Heinrich Braun-Preis“ verliehen worden. Der Preis, der zum fünften Mal vergeben wurde, ehrt Persönlichkeiten, die sich um die Bewältigung sozialer Fragen und um die Stärkung des christlich-sozialen Engagements besonders unter der Arbeiterschaft bemüht haben.

Ministerpräsident Lothar Späth hat den von Land Baden-Württemberg nur selten vergebenen Titel eines „Professors“ an die Schriftstellerin Dr. Gisela Bonn vergeben. Frau Bonn ist Herausgeberin der Zeitschrift „Indo Asia“. Bekannt wurde sie als Autorin und Regisseurin von

24 Dokumentarfilmen für das Fernsehen, die sich vor allem mit Afrika und Asien befassen. Und mit vielen Büchern machte sie sich als Schriftstellerin einen Namen. Ihr letztes Werk „Die indische Herausforderung“ erschien 1985. Zu ihren bekannten Publikationen gehören „Afrika verlißt den Busch“, „Indische Feste“, „Die Welt am Nil“, „Afrika, Dunkle Trommel“ und „Angkor“. Gisela Bonn studierte in Köln und Wien Ethnologie, Kunstgeschichte, vergleichende Religionswissenschaften und Philosophie. Mit ihrem Professorentitel verbunden ist eine Lehrbefähigung.

Mit dem diesjährigen Herbert-Schober-Preis der deutschen Gesellschaft für Photographie (Sektion Medizin) ist Hans-Jürgen Zobel von der Universität Göttingen ausgezeichnet worden. Zobel arbeitet als medizinischer Präparator in der Neurophysiologie und ist dort vor allem mit der Plastination von Hirnscheiden betraut.

WAHLEN
Der Verein der Auslandskorrespondenten in Berlin bestätigte auf seiner Jahreshauptversammlung den bisherigen Vorstand. Hans U-

rich Kersten (Österreich) amtiert weiterhin als erster Vorsitzender. Sein Stellvertreter bleibt Bephan Osadnick-Karab (Schweiz). Schriftführer ist Robert H. Lochner (Schweiz/USA).

Der Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof (BGH), Georg F. Besser, ist zum neuen Präsidenten der Rechtsanwaltskammer beim BGE gewählt worden. Bössler tritt die Nachfolge von Curt Freiherr von Stackelberg an.

SPENDEN
Hannelore Kohl, Präsidentin des Kuratoriums „ZNS“, für „Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems“, hat im Kanzlerwahlkampf in Bonn in diesem Jahr die ersten Spenden entgegen genommen. Der MGF Eintracht Nentershausen überreichte der Frau des Kanzlers einen Scheck über 4500 DM. Die Ehefrauen der Offiziere im Panzerbataillon 154 in Westerbogen überbrachten 2100 DM aus dem Erlös einer Tombola. Seit Bestehen des Kuratoriums konnte Hannelore Kohl inzwischen mehr als eine halbe Million DM für die Rehabilitation von Hirnverletzten zur Verfügung stellen.

GEBURTSTAGE

Der Verleger, Schriftsteller und Journalist Wolf Jobst Siedler wird am 17. Januar sechzig Jahre alt. Der Berliner Siedler, Nachkomme von Schadow und Zelter, wurde nach Studium und journalistischer Tätigkeit 1963 mit der Leitung des Propyläen-Verlags beauftragt, gründete 1980 mit Jochen Severin einen eigenen Verlag und ist seit 1983 als Verleger im Bertelsmann Verlag. Der Autor Siedler, von dem einige Bücher zu historischen, kulturgeschichtlichen und architektur-ästhetischen Fragen stammen, ist beratend in verschiedenen Gremien des Landes Berlin tätig.

Ein Mathematiker ersten Ranges feierte seinen 80. Geburtstag; Professor Dr. Erich Kähler. Der Fachbereich Mathematik der Universität Hamburg ehrt seinen Emeritus am 17. Januar mit einem Kolloquium, an dem unter anderem Professor Mackey von der Harvard University teilnimmt. Kählers ungewöhnliche vielseitige Forschungstätigkeit schlug sich vor allem im Bereich der Differentialgleichungen, der mehrdimensionalen Funktionentheorie, der mathematischen Physik, der Alge-

bra sowie der algebraischen und arithmetischen Geometrie nieder. Die aus diesen Arbeiten erwachsenen, heute allgemein gebräuchlichen Begriffe wie Kählerische Differentialrechnung, Kähler-Metrik und Kählerische Mannigfaltigkeit sind Standardbegriffe geworden und in die mathematische Literatur eingegangen.

EHRUNGEN
An Bergwerksdirektor Dr. Friedrich-Karl Bessler, Dinslaken, und den Gewerkschaftern Willi Niekels, Beckinghausen, ist der „Heinrich Braun-Preis“ verliehen worden. Der Preis, der zum fünften Mal vergeben wurde, ehrt Persönlichkeiten, die sich um die Bewältigung sozialer Fragen und um die Stärkung des christlich-sozialen Engagements besonders unter der Arbeiterschaft bemüht haben.

Ministerpräsident Lothar Späth hat den von Land Baden-Württemberg nur selten vergebenen Titel eines „Professors“ an die Schriftstellerin Dr. Gisela Bonn vergeben. Frau Bonn ist Herausgeberin der Zeitschrift „Indo Asia“. Bekannt wurde sie als Autorin und Regisseurin von

24 Dokumentarfilmen für das Fernsehen, die sich vor allem mit Afrika und Asien befassen. Und mit vielen Büchern machte sie sich als Schriftstellerin einen Namen. Ihr letztes Werk „Die indische Herausforderung“ erschien 1985. Zu ihren bekannten Publikationen gehören „Afrika verlißt den Busch“, „Indische Feste“, „Die Welt am Nil“, „Afrika, Dunkle Trommel“ und „Angkor“. Gisela Bonn studierte in Köln und Wien Ethnologie, Kunstgeschichte, vergleichende Religionswissenschaften und Philosophie. Mit ihrem Professorentitel verbunden ist eine Lehrbefähigung.

Mit dem diesjährigen Herbert-Schober-Preis der deutschen Gesellschaft für Photographie (Sektion Medizin) ist Hans-Jürgen Zobel von der Universität Göttingen ausgezeichnet worden. Zobel arbeitet als medizinischer Präparator in der Neurophysiologie und ist dort vor allem mit der Plastination von Hirnscheiden betraut.

WAHLEN
Der Verein der Auslandskorrespondenten in Berlin bestätigte auf seiner Jahreshauptversammlung den bisherigen Vorstand. Hans U-

rich Kersten (Österreich) amtiert weiterhin als erster Vorsitzender. Sein Stellvertreter bleibt Bephan Osadnick-Karab (Schweiz). Schriftführer ist Robert H. Lochner (Schweiz/USA).

Der Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof (BGH), Georg F. Besser, ist zum neuen Präsidenten der Rechtsanwaltskammer beim BGE gewählt worden. Bössler tritt die Nachfolge von Curt Freiherr von Stackelberg an.

SPENDEN
Hannelore Kohl, Präsidentin des Kuratoriums „ZNS“, für „Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems“, hat im Kanzlerwahlkampf in Bonn in diesem Jahr die ersten Spenden entgegen genommen. Der MGF Eintracht Nentershausen überreichte der Frau des Kanzlers einen Scheck über 4500 DM. Die Ehefrauen der Offiziere im Panzerbataillon 154 in Westerbogen überbrachten 2100 DM aus dem Erlös einer Tombola. Seit Bestehen des Kuratoriums konnte Hannelore Kohl inzwischen mehr als eine halbe Million DM für die Rehabilitation von Hirnverletzten zur Verfügung stellen.

NEU! Beteiligung NEU!

an eigenem, bestehendem Unternehmen geboten, Geschäftszweig Produktion, Werbung, Vertrieb (Waren aller Art). Auf Wunsch auch mit unserem oder auch mit Ihrem Firmennamen-Namensausdruck, weltweit Export-Report-Berufung (aktiv/passiv) in jeder Größenordnung möglich. Managementposten zu vergeben.

Sofort anrufen oder schreiben: Auch am Wochenende erreichbar.

Tel. 0 89 / 7 25 15 38 oder 7 25 45 72

City-Werbung + Produktion Vertriebsgesellschaft

Geschäftsvermittlung, Partnervermittlung, Finanzierungen weltweit

Gaughofenstr. 84, D-8000 München 70

Aussteigen - Einsteigen - 88

Werden Sie Lizenznehmer (Er + Sic) in Südpazifik, Europ. Unternehmen vergibt, Geschäftsstelle (Lizenz), Außen- u. Innen-dienst, Mo.-Fr. 3-4 Std., Jahres-einkommen b. ca. 120 000,- DM, Lizenzgebühr 35 000,- DM erforderlich, kurzfristiger Antritt. Info: Schüler u. Rixen GBR, Postfach, 3352 Bordebohm.

Als Chef ins Warenhaus

Eine SB-Warenhaus-Gruppe, die zu den umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland gehört, plant neue Häuser - auch in südwestdeutschen Raum. Können Sie - nach Einarbeitung - eines dieser Häuser selbständig und unternehmerisch führen? Die Aufgabe ist nicht leicht, entsprechend hoch sind die Verdienstmöglichkeiten. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Sonntag, 18. Januar, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Besondere Herausforderung: Bekleidung, Schuhe, Leder, Helm Bek (Stellv.), Peter Jostsch, Hans-Ulrich Malsbren, Dr. Ewald Krieger, Peter Philipp

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,50 einschließlich Porto und Steuern. Auslandsendungen DM 30 einschließlich Porto. Der Preis des Leserscheinabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abbestellfrist beträgt ein Monat im Voraus schriftlich möglich.

Bei Nichtzustellung ohne Versuchen des Postboten oder infolge von Störungen der Arbeitsdienste bestanden keine Ansprüche gegen den Verlag. Abbestellfrist: Abbestellungen können nur im Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 15. des laufenden Monats im Verlag schriftlich erfolgen.

Anteilige Publikationsstellen der Zeitschrift WELT:
Anteilige Publikationsstellen der Zeitschrift WELT sind: Bonn, Göttingen, Hamburg, Köln, München, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Tübingen, Wiesbaden, Zürich.

Anteilige Publikationsstellen der Zeitschrift WELT:
Anteilige Publikationsstellen der Zeitschrift WELT sind: Bonn, Göttingen, Hamburg, Köln, München, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Tübingen, Wiesbaden, Zürich.

Anteilige Publikationsstellen der Zeitschrift WELT:
Anteilige Publikationsstellen der Zeitschrift WELT sind: Bonn, Göttingen, Hamburg, Köln, München, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Tübingen, Wiesbaden, Zürich.

Venezuela
Haben Sie Schulden in Venezuela?
Erfahrener Geschäftsmann, gebürtiger Venezolaner, Dipl.-Volks-Betriebswirt, übernimmt für Sie die Durchsetzung Ihrer offenstehenden Forderungen gegenüber venezolanischen Geschäftspartnern. Schnelle Abwicklung garantiert.
J. Hernandez, Isla 22, 1. Tel. 0 33 84 / 67 11
Adr.: Apartado 88670, Caracas 1063 A, Venezuela
Tel. 02 87 42 oder 9 79 30 61

Hilfe - es brennt!

Der wunde Punkt! Kinder wissen sich oft nicht zu helfen, wenn Lebensgefahr droht und niemand in der Nähe ist. Wichtig: Ihr Kind sollte Sie immer erreichen oder...

wenigstens eine Notrufnummer auswendig können. Wer in unserem Land etwas für Kinder tut, tut das Beste für die Zukunft.

Fragen Sie uns - wir helfen weiter. Helfen auch Sie mit - durch Ihre Spende: Fisch-An-München, Kfz-Nr. 440 888. Deutsches Kinderhilfswerk e. V., Langwieder Hauptstr. 4, 8000 München 60.

Das Deutsche Kinderhilfswerk e. V. dankt für die kostenlose Einschaltung dieser Anzeige.

**Wer ist bis heute über
sechsmillionenmal
gebaut worden?**

**Wer hat sich in aller
Welt bewährt?**

**Wer ist sparsam und
robust?**

Wer ist überall beliebt?

**Wer hat die große
Auswahl an Modell-
Ausführungen?**

**Wer ist denn nun die
Nr. 1?**

**Ich bin's,
der Transporter.**



**Volkswagen –
da weiß man, was man hat.**

Mauss kann nicht zwangsweise angehört werden

dpa, Bückeburg
Der umstrittene V-Mann von Polizei und Versicherungen, Werner Mauss alias „Claude“, wird dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtags nicht zwangsweise zur Vernehmung vorgeführt werden können.

Der Niedersächsische Staatsgerichtshof in Bückeburg lehnte in seiner gestern verkündeten Entscheidung zwei diesem Ziel dienende Klagen von rund 60 SPD- und FDP-Abgeordneten aus Parlament und Untersuchungsausschuss ab. Die Abgeordneten wollten erreichen, daß Mauss sich persönlich zu dem von ihm erhobenen Vorwurf äußert, ein Juwelier in Hannover habe einen Raubüberfall mit Millionenschaden lediglich vorgetäuscht.

In einer ersten Stellungnahme gegenüber der dpa sagte der Rechtsvertreter der klagenden Landtagsabgeordneten, Professor Hans-Peter Schneider, die Entscheidung des Gerichts sei eine „verheerende Entscheidung gegen die Rechte der Opposition“.

„Claude“ machte vor einiger Zeit erneut Schlagzeilen, als bekannt wurde, daß der Bundesnachrichtendienst Ende der 70er Jahre ihn mit Spenden der Industrie zum Aufspüren von Terroristen angeworben hatte.

Arbeitszeit als Wahlkampfthema

IG Metall fordert mindestens sechs Prozent / Mayr: Wir halten an 35-Stunden-Woche fest

DW, Frankfurt

Die IG Metall will in diesem Jahr für die rund 3,5 Millionen Arbeitnehmer in der Metallindustrie zunächst eine kräftige Lohnerhöhung durchsetzen, um danach über die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu verhandeln. Der IG-Metall-Vorstand habe auf seiner Klausurtagung am Dienstag und Mittwoch beschlossen, Forderungen von sechs bis 7,5 Prozent zu stellen, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Mayr gestern in Frankfurt. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge sollten fristgerecht zum 31. März gekündigt werden. Gleichzeitig habe der Vorstand beschlossen, die tariflichen Bestimmungen zur Wochenarbeitszeit bis Ende 1986 zu kündigen.

Die Arbeitgeber wollen sich heute zu den Forderungen der IG Metall äußern. In den Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst wollen die Arbeitgeber nach Informationen von dpa zum Auftakt der zweiten Verhandlungsrunde drei Prozent mehr Lohn und Gehalt anbieten. Das Angebot soll eine Laufzeit von 14 Monaten haben. In den unteren Einkommensgruppen sollen die allgemeinen Zulagen gleichzeitig um 27 Mark erhöht werden. Die ÖTV hatte für die 2,3 Millionen Beschäftigten Bund, Ländern und Gemeinden sechs Prozent mehr Einkommen gefordert.

Die IG Metall hat nach den Worten Mayrs durch ihren Vorstandsbeschluss „ein ganz klares Signal gesetzt, daß wir an der Forderung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich als vorrangigem Ziel der Tarifpolitik festhalten“. Der für Tarifpolitik im IG-Metall-Vorstand zuständige Hans Janßen kündigte an, der Streit um weitere Arbeitszeitverkürzung könne durchaus Thema des Bundestagswahlkampfes werden. Janßen: „Ich will die Parteien zwingen, sich im Wahlkampf mit diesem Problem der Arbeitslosigkeit auseinanderzusetzen“. Der Gewerkschafter versuchte dem Eindruck entgegenzutreten, der Vorstandsbeschluss zur Tarifpolitik sei durch die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Präzisierung der Bestimmungen über die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit motiviert. „Bitte unterstellen Sie nicht, daß der Paragraph 116 AFG das Leitmotiv für die Beschlüsse des Vorstandes ist“, sagte Janßen.

Mayr äußerte indirekt die Bereitschaft, mit den Arbeitgebern über eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zu diskutieren. „Flexibilisierungs- und Differenzierungskonzepte, die ausschließlich Kapitalinteressen dienen, lehnen wir aber ab“, betonte der Gewerkschafter Mayr.

Mit den beabsichtigten „spürbaren Einkommensverbesserungen“ soll, so der Gewerkschaftschef, den sozia-

len Bedürfnissen der Metallarbeiter ebenso Rechnung getragen werden wie der „wirtschaftlich notwendigen Steigerung der Binnen-nachfrage“. Janßen begründete das Forderungsvolumen mit gestiegenen Unternehmenserträgen und einer überdurchschnittlich guten Absatz- und Gewinnentwicklung in der Metallverarbeitung. Die Forderung setze sich aus einer für 1986 erwarteten Preissteigerungsrate von zwei Prozent, einem Produktivitätszuwachs von drei Prozent und einer „Umwerteilungskomponente“ von ein bis 2,5 Prozent zusammen.

Janßen sprach von „verteilungspolitischen Fehlentwicklungen in den vergangenen drei Jahren“. So seien die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um netto 33,2 Prozent angestiegen, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit aber nur um neun Prozent.

Die Exportüberschüsse in der Metallverarbeitung im vergangenen Jahr hätten bei mehr als 160 Milliarden Mark gelegen, die Produktion sei um 9,5 Prozent und die Produktivität um 6,5 Prozent gestiegen. Außerdem hätten die Unternehmen 1984 trotz des Arbeitskampfes und 1985 trotz Einführung der 38,5-Stunden-Woche „erhebliche Gewinnsteigerungen“ erzielt. Die Lohnstückkosten seien dagegen gesunken.

Bundestag von Entschuldigung beeindruckt

PETER PHILIPPS, Bonn

Hermann Fellner, 35-jähriger Bundestagsabgeordneter der CSU aus Amberg, trat gestern mittag im Bundestag zum zweiten Mal schweren Gang an diesem Tag an, wendete sein Manuskript noch zweimal in den Händen, zuckte nervös mit den Fingern:

„Ich habe mich in der vergangenen Woche zur Frage der Entschuldigungsleistungen für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter geäußert. Ich bedauere meine Äußerungen, nehme sie uneingeschränkt zurück und entschuldige mich bei den Betroffenen.“ Zum ersten Mal in seiner noch jungen parlamentarischen Laufbahn bekam Fellner an dieser Stelle den erleichterten Beifall der Abgeordneten aller Fraktionen. Das böse Wort von dem „Eindruck“, daß „die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert“, war öffentlich zurückgenommen, nachdem sich Fellner bereits am Vormittag bei Werner Nachmann, dem Präsidenten des Zentralrates der Juden, entschuldigt hatte.

Hermann Fellner registrierte offensichtlich die Reaktion des Parlaments gar nicht, las wie im Trance weitere seine Worte vom Blatt: „Ich bin betroffen, daß meine Äußerungen offenbar genau das Gegenteil dessen bewirkt haben, was ich mit meiner Bemerkung bezwecken wollte. Deshalb: Ich bitte um Entschuldigung.“ Sprach's und ging zu seinem Platz in der zweiten Reihe der Unionsfraktion zurück - er hatte den schweren Gang hinter sich gebracht. Der SPD-Abgeordnete Gerd Weisskirchen, mit dem ihn sonst nicht viel verbindet, kam quer durch den Saal, legte ihm die Hand auf die Schulter.

Es waren nicht viele Parlamentarier im Plenarsaal anwesend, als über Fellner und den eigentlichen Tagesordnungspunkt, die Wiedergutmachungsleistungen an NS-Opfer, diskutiert wurde. Aber das allgemeine Erschrecken über die unbedruckten Äußerungen des Abgeordneten-Kollegen hatte offenbar dazu beigetragen, daß man miteinander auf einem hohen Niveau debattierte. Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai zog sich dabei wie ein roter Faden durch alle Beiträge, bei Heinz Westphal (SPD) wie bei Gerhart Baum (FDP) und Paul Laufs (CDU): „Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen.“



Mitterrand umarmt General von Sandtrott. Der deutsche Offizier erhielt das Kreuz eines Kommandeurs der Ehrenlegion. FOTO: Witschel/DPA

Begegnung in Baden-Baden

Keine Annäherung zwischen Mitterrand und Kohl über „Hermes“

Co, Bonn

Die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich muß nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl auch in dem „wichtigen Bereich der Sicherheit ihren Ausdruck finden“. Diesem Zweck diene der gemeinsame Truppenbesuch des Kanzlers und des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in Baden-Baden. Kohl: „Es war eine Demonstration für den gemeinsamen Willen zur Verteidigung der Freiheit.“

Vor der Presse äußerte der Kanzler die Überzeugung, „daß wir in den nächsten Monaten noch eine Reihe von Gelegenheiten haben werden, um Fortschritte auf diesem Wege der Zusammenarbeit speziell im Sicherheitsbereich deutlich zu machen, bei gemeinsamen Manövern unserer Streitkräfte, bei der intensiven Abstimmung gemeinsamer Strategie und - was ich besonders wichtig finde - bei der in Aussicht genommenen gemeinsamen Ausbildung der führenden Nachwuchskräfte im Offizierskorps.“

Das halbtägige Treffen in dem regenverhangenen badischen Heilbad hatte mit einer militärischen deutsch-französischen Begrüßungszeremonie und einer Feldparade französischer Einheiten begonnen. Gepanzerte Fahrzeuge berühmter Regimenter ratterten an Kohl und Mitterrand vorbei, Hubschrauberformationen dröhnten nur zehn Meter über dem Boden. Dann zogen sich Kanzler und Präsident zu einem einstündigen Gespräch zurück.

In einer anschließenden Pressekonferenz unterstrich Mitterrand die nationale Verteidigungswelt Frankreichs über seine Atomwaffen. Allerdings ließ er die Bereitschaft zu Konsultationen mit Bonn für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung erkennen. Der Kanzler erklärte sich mit der Entwicklung der Gespräche darüber zufrieden. Keine Annäherung gab es jedoch in der Frage der französischen Raumfähre „Hermes“: Mitterrand wiederholte den Wunsch nach einer deutschen Beteiligung, zu der der Kanzler sich im Augenblick nicht instande erklärte.

...worauf Sie sich verlassen können:

Januar 1986 7 DM B1747E

Industriemagazin

Das Magazin der Wirtschaft

Volks-Garide
die Biopa-
Kasapole

Der
Rolle-
Rück

Verstandspräsident
Wolfgang Röter

Kreml bleibt bei seiner Strategie

NATO bewertet Initiative zurückhaltend / Wörner: Es kommt darauf an, zu Taten überzugehen

cvb, Brüssel/Bonn

Mit betonter Zurückhaltung ist der Abrüstungsvorschlag des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in der NATO begrüßt worden. Es wurde als bemerkenswert bezeichnet, daß der Kreml-Chef am Vorabend der vierten Genfer Verhandlungsrunde erneut den Weg in die Öffentlichkeit gesucht habe. Mit Propaganda sei dem Problem der Rüstungskontrolle jedoch nicht beizukommen, hieß es in NATO-Kreisen. Wenn ein Staat in dieser Weise öffentlich agiere, setze er sich dem Verdacht aus, den Verhandlungspartner unter Druck setzen zu wollen, um strategische Vorteile zu erzielen. Gorbatschow unterseide sich in dieser Hinsicht von seinen Vorgängern dadurch, daß er das Propagandainstrument noch intensiver einsetze.

Eine erste Analyse ergab, daß der Vorschlag an wesentlichen Gesichtspunkten der sowjetischen Strategie festhalte. Insbesondere sei erkennbar, daß Moskau weiter daran zu arbeiten scheine, Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen. In der ersten Etappe sollten alle Atomwaffen reduziert werden, die das Territorium der beiden Supermächte erreichen könnten. Das stelle Washington

vor das Dilemma, sich zwischen der eigenen Sicherheit und der seiner europäischen Bündnispartner entscheiden zu müssen.

Das sowjetische Verlangen, in der ersten Etappe die Mittelstreckenwaffen der USA und der Sowjetunion in Europa zu beseitigen, bleibe im Hinblick auf die Einbeziehung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in die Kategorie strategischer Waffen unklar. Die Einschränkung, die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen solle nur in Europa gelten, werde die Frage auf, was die Sowjetunion mit den mobilen SS-20-Mittelstreckenraketen unternehmen wolle, die von Asien aus weite Teile Europas bedrohten. Offenbar wolle die Sowjetunion ihre Kurzstreckenraketen erst nach 1997 abbauen. Nach dem sowjetischen Vorschlag wäre die Konsequenz, daß die Bundesrepublik Deutschland über viele Jahre auf wesentliche Elemente der nuklearen Abschreckung verzichten müsse, während die Sowjetunion sie weiter mit ballistischen Raketen bedrohen könne.

Die sowjetische Definition des amerikanischen SDI-Programms als „Weltraumangriffswaffen“ wird nach NATO-Voraussage in Genf zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten führen. Es sei offensichtlich, daß Moskau das SDI-Projekt fürchte. Schließlich sei angesichts der sowjetischen Forderung, alle Atomwaffen zu beseitigen, die Frage zu stellen, was aus der sowjetischen konventionellen Überlegenheit werden solle.

Der FDP-Verteidigungsexperte Olaf Feldmann meinte in Bonn, daß ohne das Weltraumforschungsprogramm SDI die sowjetische Offerte vermutlich nicht zustande gekommen wäre. Er bewerte die den Vorschlag des sowjetischen Parteichefs als einen „genialen Eröffnungszug“ der sowjetischen Seite.

Die Bundesregierung begrüßte die neuen Vorschläge Gorbatschows und erklärte, daß sie diese gemeinsam mit ihren Bündnispartnern sorgfältig prüfen werde. Dabei werde auch die Frage von Bedeutung sein, ob die Sowjetunion bereit sei, allen Staaten in Europa das gleiche Recht auf Sicherheit einzuräumen. Verteidigungsminister Manfred Wörner nahm zu der Gorbatschow-Initiative in der aktuellen Stunde des Parlaments zur Stationierung amerikanischer Marschflugkörper im Hinderück Stellung. Er erklärte, es komme jetzt darauf an, zu Taten überzugehen. (SAD)

chen Meinungsverschiedenheiten führen. Es sei offensichtlich, daß Moskau das SDI-Projekt fürchte. Schließlich sei angesichts der sowjetischen Forderung, alle Atomwaffen zu beseitigen, die Frage zu stellen, was aus der sowjetischen konventionellen Überlegenheit werden solle.

Der FDP-Verteidigungsexperte Olaf Feldmann meinte in Bonn, daß ohne das Weltraumforschungsprogramm SDI die sowjetische Offerte vermutlich nicht zustande gekommen wäre. Er bewerte die den Vorschlag des sowjetischen Parteichefs als einen „genialen Eröffnungszug“ der sowjetischen Seite.

Die Bundesregierung begrüßte die neuen Vorschläge Gorbatschows und erklärte, daß sie diese gemeinsam mit ihren Bündnispartnern sorgfältig prüfen werde. Dabei werde auch die Frage von Bedeutung sein, ob die Sowjetunion bereit sei, allen Staaten in Europa das gleiche Recht auf Sicherheit einzuräumen. Verteidigungsminister Manfred Wörner nahm zu der Gorbatschow-Initiative in der aktuellen Stunde des Parlaments zur Stationierung amerikanischer Marschflugkörper im Hinderück Stellung. Er erklärte, es komme jetzt darauf an, zu Taten überzugehen. (SAD)

Kontroverse um WELT-Artikel von Friedhelm Ost

p. p. Bonn

Mehr als zwanzig Minuten stand die WELT gestern im Zentrum der Bundestags-Debatte: Die SPD hatte in der Fragestunde Auskunft darüber begehrt, ob ein Beitrag von Regierungssprecher Ost in der WELT vom 6. Januar („In der Wirtschaftspolitik hat die SPD nicht aus Fehlern gelernt“) mit dem „Gebot der Mäßigung und Zurückhaltung gemäß Bundesbeamtengesetz“ zu vereinbaren sei. Der Abgeordnete Gansel rügte die „Verbalinjurien“. Duve sprach von „Schimpfkanonaden“ und immer wieder wurde - unter Anspielung auf Ost-Vorgänger Boenisch - nach einer Genehmigung für Nebentätigkeit gefragt. Staatsminister Vogel stellte, mit der WELT in der Hand, für das Bundeskanzleramt fest: Der Ost-Beitrag sei „Ausfluß schriftstellerischer Tätigkeit“, also nicht genehmigungspflichtig, und „so weit mir bekannt, ohne Honorar“. Im übrigen müßten bei der Auslegung des Beamtengesetzes auch die Pflichten berücksichtigt werden, die „das Amt auferlegt“, in diesem Fall die Vertretung der Politik der Bundesregierung. Ost habe „die Grenzen gewahrt“.

„Skinheads“ sollen schärfer überwacht werden

hs, Hamburg

Was bei der linksextremistischen Szene in Hamburg möglich war - eine bessere Durchdringung durch die Sicherheitskräfte - müßte auch bei den Skinheads erreichbar sein. Auf diese Taktik läuft die Forderung des Hamburger SPD-Fraktionsvorsitzenden Henning Voscherau hinaus. In der Bürgerschaft sagte das Mitglied der Kontrollkommission des Verfassungsschutzes, die zielgerichtete Arbeit der Sicherheitsbehörden muß verstärkt werden. Voscherau ent-schuldigte sich öffentlich für den Mord an dem 26-jährigen Türken Ramazan Avci, der am Heiligen Abend von Skinheads erschlagen worden war. Der Politiker warnte davor, die Skinheads als „dumpe gewalttätige Gefolgschaft“ zu mißbrauchen. Neofaschismus werde zur Bedrohung, wenn selbsternannte Führer auf dumpe Schlägertrupps zurückgreifen. Innensenator Rolf Lange bestritt, daß die Skinheads den Charakter einer rechtsextremistischen politischen Organisation hätten. Es sei jedoch erkennbar, daß „Ausländerhaß und Rassismus zum Grundelement ihrer Identität geworden ist“.

Haftstrafen im Prozeß um SMH-Bank

cd, Frankfurt

Wegen Betrugs mit einem Schaden von 60 Millionen Mark wurden gestern im ersten Akt des Prozesses gegen die Verantwortlichen der SMH-Bank Haftstrafen gegen drei Angeklagte verhängt. SMH-Gesellschafter Wolfgang Stryj wurde zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Die Haftstrafen von einem Jahr und neun Monaten für Mitgesellschafter Hans-Hermann Münchmeyer, für das intakt gebliebene Hamburger Haus der Bank zuständig, und von einem Jahr für den früheren Sekretariatsleiter Ralf Rene Lucius, wurden zur Bewährung ausgesetzt.

In den meisten Punkten der Anklage wurde das Verfahren wegen geringfügigkeit eingestellt. Übrig blieb nur der Vorwurf des Betrugs. Stryj und Münchmeyer hätten aktiv dazu beigetragen, die schon 1983 bestehende Schieflage gegenüber drei Banken, von denen sich die SMH-Bank 60 Millionen Mark geliehen hatte, zu verschleiern. Münchmeyer bekannte sich dazu lediglich im Rahmen seiner Gesamtverantwortung als persönlich haftender Gesellschafter der Bank.

Gutschein für ein kostenloses Exemplar des Industriemagazin

Name _____ Position _____

in Firma _____

W/ Anschrift _____

Hier abonnieren und mit Ihrer Visionen oder mit Ihrer Anschrift versehen anwenden an: Industriemagazin, Postfach Nr. 30-22, 8000 München 45

Unnötiger Streit

Mk. - Prinzipiell steht der Wettbewerb hoch im Kurs. Wenn es jedoch konkret wird, dann halten die Betroffenen oft wenig davon. Dies zeigt der Streit über die Bauarbeiten an der DDR. Wer die Konkurrenz aus Staatshandelsländern nicht mehr zum Zuge kommen lässt, kann mit Beifall rechnen.

Formalrechtlich können öffentliche Auftraggeber nach der Verdingungsordnung Teil B selbst auf Subunternehmer Einfluß nehmen, bestimmte Anbieter sogar ausschließen. Dies steht jedoch im Gegensatz zu Teil A der Verordnung. Danach sollen die Ausschreibungen für alle Anbieter frei sein, wobei sie auch kommen. Dafür wie für den Abbau von Subventionen ficht die Bundesregierung vehement auf allen internationalen Konferenzen. Nur Worte?

Es bleibt der Dumping-Verwurf, der leicht erhoben wird, wenn man nicht zum Zuge gekommen ist. Dies können die angeblich Betroffenen doch vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft überprüfen lassen. Dieses ist einmal auch geschehen. Dabei hat sich gezeigt, daß Angebot aus der DDR bewegt sich zwar am unteren Ende, aber durchaus im Rahmen des Marktüblichen. Und bei dem Arbeitsplatz-Argument wird berücksichtigt, daß Firmen aus der Bundesrepublik der DDR rund doppelt so viele

Dienstleistungen verkaufen, wie sie von dort beziehen. Dies gilt auch für Bau- und Montagearbeiten. Trotz der Flaute am Bau: Es sollte schon darauf geachtet werden, daß nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Wer billiger anbietet, steht nicht unbedingt außerhalb der Legalität.

Goldrausch

cd. Frankfurt. Fast alle Erklärungen, die für den Anstieg des Goldpreises um gut 30 Dollar auf rund 360 Dollar herumgereicht werden, sind nach Meinung intimer Marktkenner, gelinde gesagt, Quatsch. Die tatsächliche Ursache des unerwarteten Goldpreises: Zwei große Käufer, einer aus der Golfregion und einer aus Südostasien, haben seit Mitte Dezember für mehr als eine Milliarde Dollar Gold angekauft. Niemand weiß, warum. Die seit einem Monat beobachtete Nachfrage der Großkäufer in Zürich und vor allem in London hat das Angebot technisch knapp gemacht. Aber nicht allein deswegen ist der Goldpreis jetzt so deutlich ausgebrochen, sondern vor allem, weil sich jetzt die internationale Spekulation auf das gelbe Metall stürzt. Und wenn, wie jetzt geschah, auch Notenbanken mitspekulieren, dann ist der Markt der massiven Nachfrage einfach nicht mehr gewachsen. Da immer noch alles gilt, was bis vor kurzem gegen die Goldanlage sprach, kann man sich beim Mitspielen leicht die Finger verbrennen.

SOZIALVERSICHERUNGEN / Hohe Beiträge überfordern die Arbeitnehmer

Bundesbank: Leistungskürzung wird in den 90er Jahren unvermeidlich

Die Sozialversicherungen kommen wegen zusätzlicher Belastungen vor allem aus demographischen Gründen in den 90er Jahren in die Klemme, daß ihre gesetzlichen Leistungen eingeschränkt werden müssen. Denn Beitragsrückstellungen sind nicht mehr zu verantworten, weil sie das für die langfristige Sicherung der Rentenfinanzierung notwendige Wirtschaftswachstum bremsen. Zu diesem alarmierenden Schluß kommt die Bundesbank in einer im Januar-Bericht veröffentlichten Analyse.

Von 1990 bis zum Jahr 2000 müßten rund 2,5 Millionen weniger 20- bis 60jährige die Sozialversicherungsleistungen für fast 1,5 Millionen mehr Personen im Alter von 60 Jahren und darüber finanzieren müssen. Dadurch würde nicht nur die Rentenversicherung belastet. Wegen der erheblich über dem Durchschnitt liegenden Gesundheitsleistungen für ältere Menschen würden sich auch die ohnehin schon bestehenden finanziellen Probleme bei der Krankenversicherung noch verschärfen, prognostiziert die Bundesbank.

Günstiger beurteilt die Notenbank die Entwicklung bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum und zunehmender Beschäftigung werde es der Rentenversicherung noch möglich sein, ihre Rücklagen trotz bereits beschlossener Beitragssenkungen aufzustocken. In der gesetzlichen Krankenversicherung schließt die Bundesbank einen weiteren Anstieg der Beitragssätze nicht aus.

Die Erhöhung der Beiträge für die drei großen Sozialversicherungszweige (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) in den letzten 15

Jahren um ein Drittel auf 35 Prozent der versicherungspflichtigen Entgelte werfe die Frage auf, ob damit die Leistungsbereitschaft der Erwerbstätigen und die Wirtschaftskraft der Unternehmen nicht überfordert werden. Für die Bundesbank bestehe kein Zweifel am Zusammenhang zwischen der steigenden Abgabenbelastung und der Zunahme der „Schattenwirtschaft“.

Hohe Sozialversicherungsbeiträge schränken für die Arbeitnehmer die Möglichkeiten zu konsumieren oder zu sparen. Von einem alleinverdienenden Arbeitnehmer mit zwei Kindern, so rechnet die Bundesbank vor, kassieren Fiskus und Sozialversicherungen bei 4000 Mark monatlichem Bruttoverdienst von jedem zusätzlich verdienten Hundertmarkschein 37,50 Mark, und von Ledigen und „Doppelverdienern“ Ehepaaren sogar mehr als die Hälfte. Wenn zusätzliche Leistung aber immer weniger durch zusätzlich verfügbares Einkommen honoriert werde, so werde ein wesentliches marktwirtschaftliches Steuerungselement beeinträchtigt. Die Bundesbank weist auch auf einen anderen negativen Aspekt hin:

US-HAUSHALT

Vor der Zwischenwahl nur zaghafte Defizitschnitte

H.A. SIEBERT, Washington. Zum ersten Mal nach der Unterzeichnung des Haushaltsausgleichsgesetzes (Gramm-Rudman Bill) durch Präsident Reagan haben die Budgetbüros des Weißen Hauses und des Kongresses automatische Defizitkürzungen vorgelegt. Sie zeigen, daß der Gesetzesentwurf leicht 1986, aber kaum danach zu erfüllen ist. Kritik wird es schon 1987, wenn die Ausgaben um rund 53 Mrd. Dollar (136 Mrd. Mark) gekappt werden müssen.

Nach den durchschnittlichen Berechnungen beider Institutionen wächst das Defizit im Finanzjahr 1986, das am 1. Oktober begonnen hat, von 211,9 auf 220,5 Mrd. Dollar. Für die restlichen sieben Monate (Stichtag: 1. März) sind Kürzungen um 11,7 Mrd. Dollar vorgeschrieben, so daß ein Defizit von rund 209 Mrd. Dollar verbleibt. Zu mehr haben sich Exekutive und Legislative nicht durchringen können, da im November gewählt wird. Das Ergebnis ist, daß die ursprünglich anvisierte Haushaltslücke um 37 Mrd. Dollar übertrafen wird.

Für die internationalen Finanzmärkte ist vor allem interessant, welche Konjunkturdaten der Budgetkalkulation zugrunde gelegt worden sind. So geht das Haushaltsbüro des Weißen Hauses davon aus, daß Amerikas Bruttoinlandsprodukt im Kalenderjahr 1986 nominal um 6,9 und real um 3,5 Prozent zunimmt. Die Verbraucherpreise erhöhen sich um 3,3 Prozent. Auf der Basis des Fiskaljah-

res macht die Arbeitslosenquote 6,9 Prozent, der Zins für dreimonatige Treasury Bills 7,3 und für zehnjährige Notes 9,2 Prozent aus.

Das Haushaltsbüro des Kongresses sagt ein geringeres Nominal- und Realwachstum (6,5 und drei Prozent) sowie kurzfristige Zinsen von 6,9 Prozent voraus. Ansonsten stimmt es mit der Administration überein.

Um die Defizitschnitte zu erreichen, werden, wie im Gesetz verankert, der Verteidigungsetat und die zivilen Programme (außer Sozialversicherung und Zinsendienst) um jeweils 5,85 Mrd. Dollar, also die Hälfte, gekürzt. Damit tritt erstmals seit 1973 der Fall ein, daß die Aufwendungen für die Verteidigung unter dem Vorjahr liegen. Nicht angetastet werden soll aber das Raketenabwehrprogramm SDI.

Die Axt trifft im zivilen Bereich das Landwirtschaftsministerium (minus 1260), die Gesundheitsfürsorge für Rentner (375), Erziehung (171), Studentendarlehen (9,6) und den Massenverkehr (minus 373 Mill. Dollar). Im US-Verteidigungsministerium fehlen für Personal 200, für die Beschaffung und Entwicklung jeweils 900 Mill. Dollar.

Das ist aber erst der Anfang. Um 1991 einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen, müssen Kongreß und Administration 1987 das Defizit auf 144 und danach in jedem Jahr um 36 Mrd. Dollar drücken. Das ist ohne höhere Einnahmen nicht machbar.

Schweden auf neuem Kurs

Von GOTTFRIED MEHNER, Stockholm

Schweden ändert seinen wirtschaftspolitischen Kurs. Damit verbunden ist auch eine neue - durchaus vernünftige - Arbeitsteilung. Finanzminister Kjell-Olof Feldt erstellt ein Sparbudget, der (neu geschaffene) Lohnminister Bengt Johansson sorgt dafür, daß die Lohnrunde 1986 nicht die Verbindung zum wirtschaftlich Tragbaren verliert.

Feldt hat seinen Part bislang relativ gut gespielt: In dem von ihm präsentierten Budgetentwurf bleiben die Ausgaben prozentual hinter den Einnahmen um zwei Prozentpunkte zurück; das Haushaltsdefizit sinkt zudem auf rund 49 Milliarden Schwedenkronen (15,8 Milliarden Mark); das ist der niedrigste Wert seit sieben Jahren. An der Börse kam die Botschaft an: Bankaktien zogen an.

Die straffe Haushaltsführung und die Entlastung der Geldpolitik, um sie nicht weiter zu überfordern, bieten die Möglichkeiten für einen weiteren Abbau der Zinsen. Die Reichsbank hat die nächste Runde gestern schon eingeläutet, indem sie ankündigte, daß die Banken beim Verkauf von Wechseln ab heute statt mit 10,5 nur noch mit 9,5 Prozent belastet werden. Bereits im vergangenen Juli hatte die Reichsbank den Diskontsatz von 11,5 auf 10,5 Prozent gesenkt.

Es spricht für Feldt, daß er den schwedischen dritten Weg als Sackgasse erkannt hat. Die Schweden hatten versucht, die Inflation ohne eine harte Sparpolitik zu dämpfen und dennoch das Beschäftigungsziel nicht zu verletzen. Letzteres gelang den Skandinaviern. Die Arbeitslosigkeit spielt in Schweden kaum eine Rolle - beispielsweise im Vergleich zur Bundesrepublik.

Die Inflation flammte jedoch auf. Sie reagierte anders als erwartet auf den eingeschlagenen Mittelweg. Die Folge: Mit seinen aufgeblähten Preisen verlor Schweden internationale Wettbewerbsfähigkeit. Und dies wiederum gefährdet in dem stark exportorientierten Land am Ende der Arbeitsplätze.

Die Regierung hat das erkannt und Abschied von dem „dritten Weg“ genommen; auch wenn es schwerfällt. Zur Einsicht zwang die sich schnell verschlechternde Situation in der Zahlungsbilanz. Zudem steht Schweden am Rande einer Rezession. Diese

Konstellation übt Druck auf die Regierenden aus. Aber wirkt er sich auch auf die Lohnpolitik aus?

Feldt macht sich hier die Arbeit recht einfach: Das Ergebnis der Lohnrunde 1986 veranschlagt er mit 5,5 Prozent. Das ist aber ein unrealistisch niedriges Niveau. Denn diese Steigerung wird schon durch die Überhänge aus den vorangegangenen Runden verzehrt. Die Warnung Feldts, daß selbst eine Einigung auf diesem Niveau die Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich mindere, wird daran nichts ändern.

Daß die Lohnpolitik weiter die offene Flanke ist, darauf deuteten schon die Aktionen im Vorfeld der Tarifverhandlungen hin: Die Kinder-schwester fordern ein Plus von 30 Prozent und drohen mit Streik für Abschlüsse bei allem unter 15 Prozent, die Polizeibeamten machen mit einer Aktion „An einem Tag waren wir alle krank“ auf sich aufmerksam, selbst die Kirchenbediensteten dürsten nach einer deutlichen Erhöhung ihres Entgeltes.

Als Lohn für tarifpolitische Zurückhaltung hat die Regierung mit einer baldigen Einkommensteuerkorrektur gewunken. Jedoch haben die Gewerkschaften ihre Ablehnung schon verkündet.

Lohnpolitische Fragen bewerten Schweden meist zu niedrig. Sie meinen, ihr Land hätte schon immer hohe Abschlüsse gehabt. Und: Arbeit gibt es genug, man muß sie nur richtig verteilen. Doch diese Auffassung hat zu einer Überbeschäftigung im öffentlichen Sektor geführt, der inzwischen 60 Prozent - gemessen am Bruttoinlandsprodukt - ausmacht. Daß dieser Sektor, vor allem, wenn er noch die Lohnführerschaft reklamiert, die größte Hypothek des schwedischen Gesundheitsprozesses ist, dämmert den wenigsten.

Vor vier Jahren stand Schweden schon einmal an diesem Punkt. Damals wurde keine Anpassung in Gang gesetzt; Schweden wertete einfach ab. Es übertrug seine Probleme ins Ausland. Schweden sollte diesmal davon absehen. Das mit staatlichen Eingriffen überfrachtete Land muß endlich die Bedeutung der Lohnpolitik erkennen. Ein Lohnstopp im öffentlichen Dienst wäre ein Anfang, der Zeichen setzte.

AUF EIN WORT



Japaner sind selbstbewußt geworden, von der Leistungsfähigkeit ihrer Industrie überzeugt und nur zum Kauf von europäischen Produkten zu bewegen, wenn sie japanischen Erzeugnissen wirklich überlegen sind. Prospekte mit vielen technischen Einzelheiten und zähe Verhandlungen möglichst in japanischer Sprache sind - ebenso wie Kundendienst - nach japanischen Maßstäben Voraussetzung für den Erfolg.

Klaus Lindhorst, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan, Tokio

Vizeweltmeister im Reisen

cd. Frankfurt. Die Deutschen sind zwar nach den USA nur noch Vizeweltmeister im Auslandsreisen. Dennoch haben sie mit etwa 20 Prozent Anteil an den Reiseausgaben aller westlichen Industrieländer ein entscheidendes Gewicht. Im letzten Jahr haben deutsche Auslandsreisende ihre Ausgaben nach Schätzung der Bundesbank um sechs bis sieben Prozent auf etwa 42 Mrd. DM gesteigert. Viel stärker als die Ausgaben haben die deutschen Einnahmen zugenommen. Die Bundesbank schätzt, daß Ausländer etwa 17,5 Mrd. DM und damit zwölf Prozent mehr als 1984 in der Bundesrepublik ausgegeben haben.

„SCHNELLER BRÜTER“

Riesenhuber bleibt trotz Widerstand optimistisch

Der Brutreaktor „Schneller Brüter“ im nordrhein-westfälischen Kalkar wird nach Erwartung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber Ende 1986, spätestens 1987 nuklear beladen. Der Minister begründete seine Einschätzung bei der Vorlage eines Berichts über die „Nukleare Energieforschung“ in der Bundesrepublik mit seinem „Vertrauen“ in die nordrhein-westfälische Landesregierung. Zur Aufnahme des Betriebs steht noch die Genehmigung Nordrhein-Westfalens aus.

Mit der zeitgerechten Fertigstellung der beiden Demonstrationsanlagen, des Schnellen Brütters wie des ebenfalls in Nordrhein-Westfalen bei Hamm errichteten Hochtemperaturreaktors THTR 300, liege die Planung für Nachfolgeprojekte von jetzt an ausschließlich in den Händen der Industrie und der Energiewirtschaft.

ARBED-SAARSTAHL

Heute neuer Versuch zur Lösung der Probleme

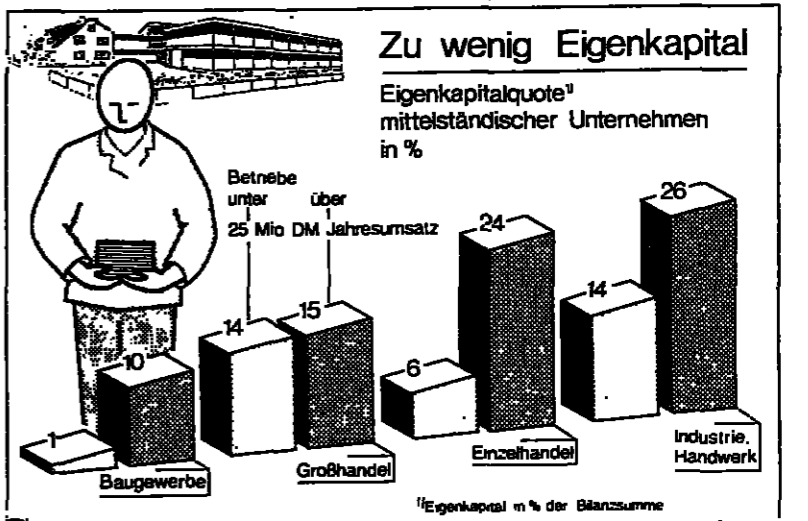
Mk. Bonn. In Bonn wird heute ein weiterer Versuch gestartet, um die Probleme von Arbed-Saarstahl zu lösen. In der Landesvertretung des Saarlandes trifft Landeswirtschaftsminister Hans-Joachim Hoffmann mit Vertretern der Banken, der Gewerkschaften, Arbed und der Dillinger Hütte zusammen. Von Seiten der Bundesregierung nehmen die Staatssekretäre Dieter von Würzen aus dem Wirtschaftsministerium und Hans Tietmeyer aus dem Finanzministerium teil. Dabei geht es neben der Umschuldung auch um „neues Geld für Arbed“. Allerdings wird von dem Gespräch noch keine Entscheidung erwartet. Wie verläuft, müsse diese auf höherer Ebene fallen.

Die saarländische Regierung hatte angekündigt, daß sie noch für diesen Monat eine Entscheidung anstrebe. Dabei geht es um die Treuhänder-Lösung für Arbed. Und zwar soll die saarländische Investitions-Kreditbank SIKB 76 Prozent der Geschäftsanteile von der Arbed-Mutter in Luxemburg zum symbolischen Preis von einer Mark übernehmen. Gleichzeitig soll mit der Dillinger Hütte ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen werden, dessen Ziel nach der Sanierung eine industrielle Lösung sein soll, also entweder Übernahme durch die Hütte selbst oder durch andere private Partner.

In den Gesprächen geht es vor allem um den Beitrag des Bundes zur Entscheidung des Konzerns. Zwischen 1978 und 1985 hat der Bund etwa mehr als 700 Millionen Mark an Bürgschaften gewährt. Erwartet werden weitere Zuwendungen. Allerdings hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg klargestellt, daß der Bund auf die Wünsche nicht eingehen könne.

Die deutsche Kernenergie hat sich nach der Erklärung des Ministers erfolgreich am Inlandsmarkt wie auch international durchgesetzt. Sie leistet einen umweltfreundlichen Beitrag zur unabhängigen heimischen Stromversorgung. Die 16 in der Bundesrepublik betriebenen Kernkraftwerke mit einer Leistung von 17 Gigawatt erzeugen zur Zeit etwa 30 Prozent des deutschen Stroms. Ihre Wirtschaftlichkeit sei mit 84 Prozent „Weltspitze“. Ihre Wirtschaftlichkeit werde nicht mehr bezweifelt. Da die konkurrierenden Energieträger Kohle und Braunkohle mit einem verschärften Umweltbewußtsein belastet seien, werde der Vorsprung der Kernenergie mindestens erhalten bleiben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Mittelständische Unternehmen stellen jeden zweiten Arbeitsplatz in der Bundesrepublik, sind aber durch unzureichende Kapitalausstattung gefährdeter als Großunternehmen. Die Kapitalbeschaffung über die Börse bleibt ihnen versperrt. Von den erwirtschafteten, nicht ausgeschütteten Gewinnen wird schon vor der Entscheidung über die Gewinnverwendung der größte Teil weggesteuert. Unternehmen mit weniger als 25 Millionen DM Jahresumsatz können so im Durchschnitt nur etwa ein Zehntel ihres gesamten Kapitalbedarfs aus eigenen Mitteln decken. Der Rest muß geborgt werden.

Hohe Steuer-Belastung der Unternehmen

München (dpa/VWD) - Die Erträge neu gebildeten Unternehmenskapitals werden in der Bundesrepublik mit durchschnittlich 44,2 Prozent deutlich höher besteuert als in USA (knapp 30 Prozent) und Japan (20 bis 30 Prozent). Dagegen ist die Besteuerung in Großbritannien (37,4 Prozent) ähnlich hoch. Zu diesem Schluß kommt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München) in einem Modellvergleich zwischen diesen vier Ländern. Untersucht wurde die Grenzsteuerbelastung der Kapitalbildung. Auch bei der Besteuerung nicht ausgeschütteter Gewinne liegt laut Ifo die Bundesrepublik mit 62 Prozent Steuern an Bund, Länder und Gemeinden (zusammen mit Österreich) an der Spitze und vor Japan (57 Prozent). Zudem werde sich der Abstand zu Frankreich, USA (beide etwa 50 Prozent) und Großbritannien (40 Prozent) auf den nächsten Plätzen noch vergrößern, wenn diese Länder - wie geplant - ihre Körperschaftsteuersätze weiter senkten.

über eine marktbeherrschende Stellung verfüge. Der SPD-Obmann im Wirtschaftsausschuß, Uwe Jens, sprach in diesem Zusammenhang von einem ordnungspolitischen Problem ersten Ranges.

Diskontsatz gesenkt

Stockholm (dpa/VWD) - Der Diskontsatz in Schweden wird mit Wirkung vom 17. Januar von 10,5 Prozent auf 9,5 Prozent gesenkt. Dies gab die schwedische Reichsbank bekannt. Die letzte Diskontsenkung - von 11,5 auf 10,5 Prozent - war am 12. Juli 1985 erfolgt.

Goldpreis zieht an

Frankfurt (dpa/VWD) - Der US-Dollar notierte am Donnerstag in Frankfurt mit 2,4550 DM nach 2,4690 DM am Mittwoch. Auf den Goldmärkten zogen die Preise weiter an: 359,60 (346,75) Dollar lautete das Londoner Vormittags-Fixing für die Feinunze, die 1985 meist nur knapp über 300 Dollar gelegen hatte. Das Frankfurter Goldfixing lautete 28 250 (27 430) DM für den Kilobarren.

Neuer Aktionär

London (dpa/VWD) - Nach tagelangen Spekulationen über einen Käufer von Westland-Aktien hat der Hansson-Trust den Erwerb von 14,98 Prozent der Anteile an dem britischen Hubschrauber-Hersteller bekanntgegeben. Obwohl ein Sprecher der Gesellschaft keine Stellungnahme zur Position des neuen Anteilseigners abgeben wollte, vermuten Beobachter, daß der Trust bei der heutigen Hauptversammlung das Sikorsky-Beteiligungsangebot unterstützt.

Höherer Stromverbrauch

Frankfurt (DW) - Das Konjunkturbarometer Strom stand 1985 im dritten Jahr auf hoch: Der Stromverbrauch aus dem Netz der öffentlichen Versorgung stieg um 3,4 Prozent auf 345,7 Milliarden Kilowattstunden. 1984 hatte der Verbrauch 334,2 Mrd. kWh betragen. Das meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt, nach ersten Erhebungen. Neben der Kältewelle im Januar, die einen sprunghaften Anstieg von rund zehn Prozent brachte, spiegelt der Zuwachs vor allem die gute Auslastung der deutschen Wirtschaft.

Koordinierte Zinssenkung?

Washington (rtr) - Die Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann über eine von US-Finanzminister James Baker angestrebte koordinierte Zinssenkung auf dem Treffen der Fünfergruppe am kommenden Wochenende haben Verwirrung gestiftet. Weder Baker noch das gastgebende britische Finanzministerium wollten sich dazu äußern. Bangemann hatte nach einem Gespräch mit Baker in Washington gesagt, sein amerikanischer Kollege vertrete die Auffassung, eine koordinierte Zinssenkung könne verschuldeten Ländern entscheidend helfen.

Bedenken gegen Fusionen

Bonn (dpa/VWD) - Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich gestern anläßlich der geplanten Verschmelzung der Daimler-Benz AG mit der AEG mit der Frage von Großfusionen befaßt. Der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Erhard Kantzenbach, erklärte vor dem Gremium, das Bundeskartellamt werde die Fusion Daimler-AEG untersagen müssen, falls AEG auf einigen nicht unbedeutenden Märkten

MÖBELWIRTSCHAFT

Der Messeverlauf in Köln bestätigt die Hoffnungen

H.L. Köln. „Ein Aufatmen geht durch die Möbelwirtschaft.“ In dieser Aussage der Verbände der Branche zur Halbzeit der Internationalen Möbelmesse in Köln, spiegelt sich die Erleichterung darüber, daß die ersten Hoffnungen nicht getrogen haben. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen, so erklärten gestern die Vertreter aus Industrie und Handel, sei man ziemlich sicher, bereits im Monat Januar 1986, auf den traditionell zehn Prozent vom Jahresumsatz der Branche (Industrie 1985: 19 Mrd. DM, Handel: 17,6 Mrd. DM) entfallen, den entsprechenden Vorjahreszeitraum um mindestens zehn Prozent zu übertreffen.

Auch der bisherige Verlauf der Messe sei „weit besser als erwartet“. Untermass werde dies durch die Tatsache, daß „so gut wie alle“ Ausstellungsstücke bereits vom

als Musterstücke gekauft wurden. Der Verbraucher könne also damit rechnen, früher als bisher von den neuen Trends des Wohnens „sichtbar“ informiert zu werden. Speziell die deutsche Möbelindustrie erwartet aus diesem Vorgang „schnelle Anschlußaufträge“, denn 90 Prozent der Fertigung seien inzwischen Endkundenbezogen.

Insgesamt setzt die Branche 1986 auf ein überdurchschnittliches Wachstum bei Einzel- und Polstermöbeln sowie - für sie selbst aufgrund des Geburtenrückgangs überraschend - bei Einrichtungen für das Kinderzimmer. Darüber hinaus scheint sich im Export, der schon im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von rund acht Prozent auf 3,8 Mrd. DM das Minus des Wirtschaftszweigs in Grenzen hielt, ein weiterer Anstieg abzuzeichnen.

BATTELLE-INSTITUT / Die Bundesrepublik im Jahr 2000 - Ein globales Szenario

Computer-Bilder einer rosigen Zukunft

HEINZ STÜWE, Bonn. Was wäre im Jahr 2000, wenn die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Empfehlungen des Jahres 1986 konsequent verwirklicht würden, wenn also der Staat sich weitgehend aus dem Wirtschaftsprozeß zurückziehe, die Subventionen ebenso striche wie die Transferzahlungen an Private, die Versorgungssysteme einschränke, wenn der Arbeitsmarkt flexibel gestaltet, der EG-Binnenmarkt hergestellt und die internationale Schuldenkrise überwunden würde?

Die Antwort liegt jetzt vor. Sie heißt Deutschland-Szenario 2000, umfaßt eine Datendiskette mit fünf Daten mit einem Handbuch und kann für 25 000 Mark beim Battelle-Institut, Frankfurt, erworben werden. Und so sieht das Ergebnis aus: Eine neue risikofreudige Unternehmensegeneration bildet den mobilen Kern einer Wirtschaft, deren Dynamik auf privatwirtschaftlichen Antrieben be-

ruht. Die verstärkte Selbstvorsorge bei Privatleuten und Unternehmen und die damit verbundene Übergang zu Versicherungssystemen verhilft der Wirtschaft zu einer besseren Kapitalversorgung und erlaubt ein schnelles Innovationstempo.

Flexibilität heißt das Leitmotiv. Auf dem Arbeitsmarkt geht es neben 17 Millionen dauerhaft Beschäftigten neun Millionen, die „fluktuierend beschäftigt“ sind. Die Arbeitslosen Zahl liegt unter der Millionen-Grenze. Der Arbeitsmarkt funktioniert. Die verfügbaren Einkommen haben sich stärker differenziert, insgesamt wird aber nicht weniger verdient als heute.

Bei hoher Investitionsneigung liegt das Wirtschaftswachstum zwischen drei und 3,5 Prozent. Wachstumseffekte sind der Maschinenbau, die Kommunikation und der Dienstleistungssektor. Probleme hat neben der schrumpfenden Landwirtschaft auch der Konsumgütersektor, da wegen

der hohen Kosten für die Daseinsvorsorge weniger Geld für langlebige Konsumgüter bleibt.

Mit Science-fiction haben solche Szenarien nach Ansicht von Klaus W. Staehle, Geschäftsführer des Instituts, nichts zu tun. „Wir machen auch keine Trend-Extrapolation, es geht vielmehr um das Beschreiben möglicher Zukünfte“, erklärte er in Bonn bei der Vorstellung des Deutschland-Szenarios. Darin ist das Zukunftsbild „Wirtschaftliche Dynamik“ nur eines von dreien. Die anderen legen einen dirigistischen, die Wirtschaft lenkenden Staat und eine strukturerhaltende Wirtschaftspolitik („Weiterwachsen im verlorenen Sozialstaat“) zugrunde. Das Durchspielen dieser Möglichkeiten soll - so die Zielsetzung - alle, die langfristig zu planen haben, vom eindimensionalen Denken wegführen und ihnen helfen, schnell und flexibel auf Veränderungen zu reagieren.

WELTBÖRSEN

Wall Street hat sich erholt

New York (DW) - Die New Yorker Effektenbörse hat sich wieder erholt. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte...

London (fu) - Die Londoner Börse hat turbulente Tage hinter sich. Zunächst fiel der Financial-Times-Index für 30 führende Werte...

Wohin tendieren die Weltbörsen? Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche...

des Rücktritts von Verteidigungsminister Heseltine; dann kam es am vergangenen Freitag zu einem technischen Zwischenhoch...

Paris (J. Sch.) - Nach einer Konsolidierungsphase zogen die französischen Aktienkurse am Mittwoch wieder an. Die Berichtswerte blieben aber gleichwohl negativ...

THYSSEN HANDELSUNION / Rekordumsatz mit Renditeabfall - Ausgleich für Rückschlag in den USA erhofft

Unbeirrter Vormarsch auf die Auslandsmärkte

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wider eigenes Erwarten hat die Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf, nach extrem hohem Vorjahresplus von fast 20 Prozent ihren Weltumsatz auch 1984/85 (30. 9.) noch um gut fünf Prozent gesteigert...

Die Ertragsentwicklung jedoch erlitt durch Ergebnisrückgang bis in die Verlustzone bei Auslandstöchtern einen deutlichen Knick nach unten. Da dies bei den Auslandstöchtern aus dort zuvor in zweistelliger Millionenhöhe thesaurierten Gewinnen aufzufangen war...

Inlandsnachfrage soll wieder steigen

dpa/VWD, München

Mit einer deutlichen Belebung der Inlandsnachfrage rechnet die deutsche Bau- und Baustoffmaschinenindustrie 1986. Dagegen stagniert nach Angaben von Peter Jungen, Vorsitzender des Ausstellerrats der Internationalen Fachmesse für Baumaschinen...

Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung habe zwar nicht immer positive Folgen für die Bauwirtschaft gehabt. Langfristig seien aber Grundlagen für eine Stärkung der Bauwirtschaft im Inland geschaffen worden...

besserem Jahresüberschuss ihre Gewinnabführung an die Organumutter Thyssen AG steigern können. Diese erhält nebst den über andere Konzerngesellschaften gehaltenen Anteilen an Handelsunion-Töchtern eine Gesamtschüttung von 38,1 (34,4) Mill. DM.

Mit dem Hinweis „Ertragsinbußen bei Auslandstöchtern“ umschreibt der Vorstand den offenbar krassen Ertragsrückgang der weit ausgedehnten Tochtergesellschaften der Thyssen Handelsunion AG, deren Umsatz 1984/85 (30. 9.) noch um gut fünf Prozent gesteigert wurde...

Die Wende zum Besseren ist nun aber auch bei der New Yorker Tochter bereits aktuell. Das große Engagement im US-Kohlensortiment zahlt sich

beim Dollarkursabstieg wieder aus. Für die auch administrativ strukturierten (Stahlunion-) Exportlieferungen in die USA, im Berichtsjahr bereits auf 0,62 (0,8) Mill. t Walzstahl/Röhren gesunken, bietet sich wenigstens Teilausgleich durch Stahllieferungen nach China, die sich 1984/85 auf 0,3 Mill. t verdreifachten und diese Menge schon im ersten Quartal von 1985/86 erreichten.

Der nun in den Ruhestand gehende Vorstandssprecher Fritz Wölter (63), der von BAT Batig-Konzern kommende Dieter Vogel (44) als Vorstandsvorsitzender ablöst, sieht in solchen Beispielen des Weltgeschäfts die Bestätigung für den Langfristkurs der Handelsunion.

In ihrem mit 30 Sparten weltweit betriebenen Geschäft hat die Handelsunion 1984/85 unter anderem 3,6 (3) Mill. t Schrott, 5 (4,9) Mill. t Kohle, 5,6 (5) Mill. t Mineralöl und 7,7 (7,5) Mill. t Walzstahl/Röhren verkauft. Tonnen, für die der Inlandmarkt längst zu eng ist. So kam auch das Stahlhandelsvolumen bereits mit 3,2

(3,1) Mill. t aus Exporten und mit abwärts 2,4 Mill. t aus „internationalen Tradinggeschäften“ gegenüber nur 2,1 (2) Mill. t Inlandsabsatz.

Unbeirrt von negativen Ertragsüberraschungen wie 1984/85 sieht der Vorstand künftig Schwerpunkt beim Ausbau von Export und Auslandsniederlassungen. Geordnet werden muß dabei vor allem der Haustechnik-Bereich der immer noch umsatzstärksten Tochter Schulte, deren einschlägige Läger jetzt modernisiert werden.

Table with 3 columns: Thyssen-Handelsunion, 1984/85, % change. Rows include Weltumsatz, Inlandsabsatz, Export, etc.

Audi ist mit 1985 sehr zufrieden

sz, München

Mit einer Umsatzsteigerung von rund 9,2 Prozent auf etwa 9,5 Mrd. DM kann die Audi AG, Ingolstadt, auf ein „erfolgreiches“ Geschäftsjahr 1985 zurückblicken. Getragen wurde das Wachstum, wie aus einem ersten Überblick hervorgeht, von der günstigen Absatzsituation auf den Auslandsmärkten...

Die Produktion in den beiden Werken Neckarsulm und Ingolstadt stieg 1985 um etwa 20 000 auf 390 000 Pkw. Dabei gab es Nachfrageverschiebungen zu den Modellreihen Audi 80, Audi 90 und dem Coupé. Der Produktionsanteil des Quattro habe sich gegenüber 1984 fast verdoppelt. Investiert wurden von Audi 1985 rund 900 (500) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter nahm um etwa 1100 auf 36 500 zu, dem höchsten Belegschaftsstand in der Unternehmensgeschichte.

Bayer: Namensrecht zurückgekauft

J. G. Düsseldorf

Für 25 Mill. Dollar hat die Bayer AG, Leverkusen, dem US-Pharmakonzern Sterling Drug Inc., New York, das Recht abgekauft, wenigstens für die große Palette ihrer zur industriellen Weiterverarbeitung bestimmten Produkte ab sofort das Warenzeichen „Bayer“ in den USA wieder zu benutzen...

Sterling Drug wird die Warenzeichen „Bayer“ und „Bayer-Kreuz“ für sein nordamerikanisches Aspirin-Geschäft weiter benutzen. Die Firma hatte diese Rechte 1919 aus dem nach dem Ersten Weltkrieg in den USA beschlagnahmten Bayer-Vermögen erworben. Bayer sieht in der jetzigen Regelung einen „wesentlichen Schritt“ zur besseren Identifikation seines Engagements auf „dem größten Inlandsmarkt der Welt“...

NAMEN

Dierk Hartwig („Börsen-Zeitung“) wurde zum Vorsitzenden des Clubs Frankfurter Wirtschaftsjournalisten gewählt. Er tritt an die Stelle von Claus Derringer (WELT), der nach vierjähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte. Geschäftsführer wurde Erich Erlenbach („Frankfurter Allgemeine Zeitung“) als Nachfolger von Peter Reiler („Stuttgarter Zeitung“), der dieses Amt acht Jahre ausübte; neuer Kassierer wurde Klaus-Friedrich Otto („Bank und Markt“).

Thomas Hoyer, Sohn des Gründers und geschäftsführenden Gesellschafters der Hoyer GmbH Internationale Fachspektion, ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1985 zum weiteren Geschäftsführer neben Wilhelm Ladehoff bestellt worden.

Dr. Gerhard Wacker (48), Vorsitzender der Geschäftsleitung der Suchard GmbH, Lörrach, ist mit Wirkung vom 1. März 1986 zum weiteren Vorstandsmitglied der Salamander AG, Kornwestheim, bestellt worden.

Manfred Larowicz zeichnet seit dem 1. Januar 1986 im Vorstand der Deutschen Lloyd Lebensversicherung AG und der Deutschen Lloyd Versicherung AG, München, für das Ressort RUK und Sachversicherungen verantwortlich. Er löst Karel Bleckx ab, der in den Ruhestand getreten ist.

Der Bankier Dr. Ulrich Worringer ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Er hatte 1959 neben Friedrich Simon das Bankhaus Friedrich Simon KGaA in Düsseldorf gegründet und war bis zur Umwandlung der Bank in eine AG (1975) Partner. Mit seinem Ausscheiden aus dem Vorstand wechselte er 1977 in den Aufsichtsrat, dem er bis zu seinem Tode angehörte.

BAUKNECHT / Mit der Umsatzentwicklung zufrieden

„Weiße Ware“ hat Zukunft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Noch genügend Saiz“ im Markt für Hausgeräte sieht Hendrik A. van der Stek, Vorsitzender der Geschäftsführung der zu Philips gehörenden Bauknecht Hausgeräte GmbH, Stuttgart. Die Umsatzentwicklung des Unternehmens sei gut, die Erträge befriedigend, und man blicke zuversichtlich in die Zukunft. Zu den positiven Perspektiven zähle, wie Vertriebsgeschäftsführer Dieter Gallist ergänzt, daß die Zahl der Hausgeräte europaweit bis 1986 um über zehn Prozent zunehmen werde, was dem Absatz „weißer Ware“ Chancen eröffne. Überdies baue man auf das verbesserte Konsumklima. Es werde für das laufende Jahr eine Ausweitung des europäischen Marktes für Hausgeräte um real 2,5 Prozent erwartet.

Die in Europa vorhandenen Überkapazitäten in dieser Sparte werden auf etwa zehn Prozent geschätzt. Beim Konzentrationsprozeß der Branche seien inzwischen die westlichen Umgruppierungen vollzogen worden. Danach vereinigen - so Gallist - in Europa sechs Anbieter über 90 Prozent der Kapazitäten auf sich, nämlich Electrolux/Zanussi (20 Prozent), Philips/Bauknecht (13 Prozent), Bosch/Siemens (10,5 Prozent), Thomson (6,5 Prozent), AEG (5,5 Prozent) und Miele (5,5 Prozent). Doch stecke in der Industrieszene noch immer Bewegung.

In den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985/86 (30. 4.) stieg der Umsatz der Bauknecht-Gruppe um gut zehn Prozent auf rund 650 Mill. DM. Ein ähnliches Wachstum wird für die verbleibenden vier Monate erwartet. Im ganzen Geschäftsjahr 1984/85 war der Gruppenumsatz um rund sieben Prozent auf 877 Mill. DM gesteigert worden, wobei der Exportanteil am Umsatz auf knapp 55 (50) Prozent zunahm. Das

ITALIEN / Leichte Probleme in der Herrenkonfektion

Konkurrenz aus dem Ausland

GÜNTHER DEPAS, Florenz

Der italienischen Herrenkonfektion bläst der Wind auf den Auslandsmärkten neuerdings ins Gesicht, nachdem sie in den letzten Jahren auf dem westeuropäischen und auf dem US-Markt starke Zuwachsraten erzielte. Wie die Ausstellergespräche auf der in Florenz veranstalteten Herrenmode-Messe Pitti Uomo gezeigt haben, sind die Hersteller in den meisten Fällen froh, wenn sie ihre Exportpositionen halten können.

Trotzdem ist die Stellung der italienischen Herrenkonfektion als größter Brancheneporteure in Westeuropa noch immer unbestritten. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres (letzte Angaben) exportierte der Bereich Waren im Wert von 1037 Mrd. Lire, 13,2 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit, während die Gesamtausfuhr der italienischen Konfektionsindustrie in derselben Zeit um 17,8 Prozent auf 2406 Mrd. Lire zunahm.

Die verlangsamte Exportentwicklung verursacht vor allem die hohe Inflations- und Kostendynamik in Italien (Inflation 1985: 8,6 gegenüber 10,8 Prozent 1984, die Lohnstückkosten erhöhten sich gegenüber dem vergangenen Jahr um fünf bis sechs Prozent). Dadurch wird die Luft zum Atmen dünner und der Markt enger. Gleichzeitig hat sich in einem Teil der Auslandsmärkte die Nachfrage sichtbar abgeschwächt, während die Inlandskonkurrenz zugenommen hat. Im vergangenen Jahr waren die Partnerländer der Gemeinschaft an

Wachstum fand in allen Produktbereichen statt. Etwa ein Viertel des Umsatzes entfällt auf die Sparte Kühlen und Gefrieren, 30 Prozent Wäsche/Trocknen, zehn Prozent Spielzeug, zehn Prozent Kochen und Backen. Stark aufwärts tendiert das Geschäft bei Mikrowellenherden, wo der Sättigungsgrad in der Bundesrepublik bislang erst bei drei bis vier Prozent liegt.

Der Gewinn des vergangenen Geschäftsjahres habe „etwas über halbwegs“ - so van der Stek - der längerfristig angepeilten Nettoumsatzrendite von drei Prozent ausgemacht. Der hier feststellbare Fortschritt ermutigt das Bauknecht-Management bei ihren Investitionsvorhaben, weiter in der Offensive zu bleiben. Seit November 1982, als sich Bauknecht unter dem Konzernnach von Philips formierte, wurden (bis Ende 1985) Sachinvestitionen von insgesamt 100 Mill. DM durchgeführt. Die Planungen sehen bis 1988 weitere 125 Mill. DM Investitionen vor, wovon allein 45 Mill. DM für die Neugestaltung des Werks Schorndorf enthalten sind, das zu einer der modernsten Fabriken für Wasch- und Trockengeräte in Europa ausgebaut werden soll.

Das Werk Calw wurde bereits neu strukturiert, und für das Geschirrspüler-Werk Neunkirchen/Saar wird ein entsprechendes Investitionsprogramm vorbereitet. Die Zahl der Beschäftigten bei Bauknecht lag am Jahresende mit 4300 Mitarbeitern um rund 200 über dem Vorjahr, was hauptsächlich durch Neueinstellungen für das Schorndorfer Werk bedingt war. Etwa 750 Mitarbeiter der Firmengruppe sind im Ausland beschäftigt. Das ursprüngliche Konzept, die Bauknecht-Gruppe als selbstständige Einheit zu führen, gelte unverändert.

ITALIEN / Leichte Probleme in der Herrenkonfektion

Konkurrenz aus dem Ausland

der italienischen Ausfuhr von Herrenkonfektion mit nahezu unverändert etwa über 59 Prozent beteiligt die EFTA-Länder mit 14 (16) Prozent. Dafür stieg der Anteil der USA von beinahe zehn auf über 14 Prozent. In den vergangenen zwei Jahren gelang es den italienischen Herstellern, die Einbußen auf den westeuropäischen Märkten durch den höheren Absatz in den Vereinigten Staaten voll auszugleichen. Branchenbeobachter fürchten inzwischen aber, daß der US-Markt nicht zuletzt infolge des schwächeren US-Dollars diese Ausgleichsfunktion in den kommenden Monaten nicht mehr ausüben instande sein wird.

Ähnliche Schwierigkeiten beginnt die italienischen Herrenkonfektion auch in der Bundesrepublik zu zeigen, ihrem größten Absatzmarkt. Ein Alarmsignal zeigt, daß der Anteil des westdeutschen Marktes am Export der Herrenkonfektion in den letzten vier Jahren bereits von 26,5 auf nur noch knapp über 24 Prozent zurückgegangen ist. In der Bundesrepublik ist hauptsächlich italienische Herrenkonfektion mit Topgenre gefragt, die aber keine Menge macht, sowie die Konfektion jener Hersteller, die an den strengen Maßstäben des deutschen Marktes, vor allem beim Preis-Leistungs-Verhältnis, gemessen werden. Da genügt der reine Modeinhalt allein nicht mehr, auch wenn, wie Pitti Uomo gezeigt hat, die Kreativität in der italienischen Herrenmode nach wie vor international bestmündig ist.

USA / OECD: Zunahme der Staatsverschuldung treibt Zinsen und Preise in die Höhe

Dollar ist immer noch überbewertet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der US-Dollar ist immer noch überbewertet, meint das OECD-Sekretariat in seinem Bericht zur amerikanischen Wirtschaftslage. Sowohl zum Abbau des Leistungsbilanz wie Budgetdefizits sei ein weiterer Wertverlust nötig. Aber im Interesse der Preisstabilität und zur Erhaltung des internationalen Vertrauens in die amerikanische Währungspolitik dürfte dies nicht zu schnell, sondern müsse entsprechend den Erklärungen der „Fünfergruppe“ (die fünf großen Industrienationen) durch koordinierte Interventionen „progressiv“ herbeigeführt werden.

Eine Verzögerung der Wechselkursanpassung sei nicht riskant, heißt es in dem Bericht. Er verweist auf die Gefahren protektionistischer Tendenzen, welche durch übermäßige Einfuhren infolge eines immer noch zu starken Dollars ausgelöst werden könnten. Aber die OECD erwartet doch, daß sich der Importanstieg von real sieben Prozent 1985 in diesem Jahr auf 3,3 Prozent abschwächt, nachdem er 27 Prozent 1984 erreicht hatte. Gleichwohl würde das US-Leistungsbilanzdefizit von 102 über 128 auf 148 Milliarden Dollar zunehmen. Wie lange das Ausland ein Defizit in dieser Höhe durch den Kauf amerikanischer Aktiva zu finanzieren bereit wäre, sei allerdings eine offene Frage. Während die Auffassungen darüber, wie lange sich die USA ein hohes Leistungsbilanzdefizit leisten

können, auseinandergehen, herrscht darüber Einigkeit, daß das Budgetdefizit der USA zu hoch ist. Washington wird deshalb ausdrücklich die schnelle Reduzierung dieses Defizits empfohlen, und zwar auch im internationalen Interesse. Die Staatsverschuldung erscheint der Organisation weniger bedenklich. Jedoch würde es bei einem weiteren Anstieg bald den Punkt erreichen, an dem die zu seiner Überwindung notwendigen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen „politisch unakzeptabel“ werden. Dann aber wäre die Notenbank zu einer Zinserhöhungspolitik gezwungen, die der Inflation Auftrieb geben und zum Versiegen des Zustroms von Auslandskapital führen müßte.

Nachdem die USA 1984 mit ihrem starken Wirtschaftswachstum von 6,8 Prozent wesentlich zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur beigetragen hatten, fiel 1985 ihre Expansion auf 2,5 Prozent und damit leicht unter den OECD-Durchschnitt (2,8 Prozent). Bis Mitte 1987 wird diese Rate nach Sekretariatsschätzungen unter drei Prozent bleiben, was vor allem unter dem Aspekt der Preisstabilisierung als noch befriedigend angesehen werden könnte.

Trotz verhältnismäßig hoher Zinssätze von (langfristig) elf Prozent blieb die amerikanische Inflationsrate 1985 mit etwas über drei Prozent ziemlich schwach, obwohl zuletzt die Dollarbaute die Einfuhr verteuerte. Die Arbeitslosenquote werde ihren im Expansionsjahr 1984 erreichten

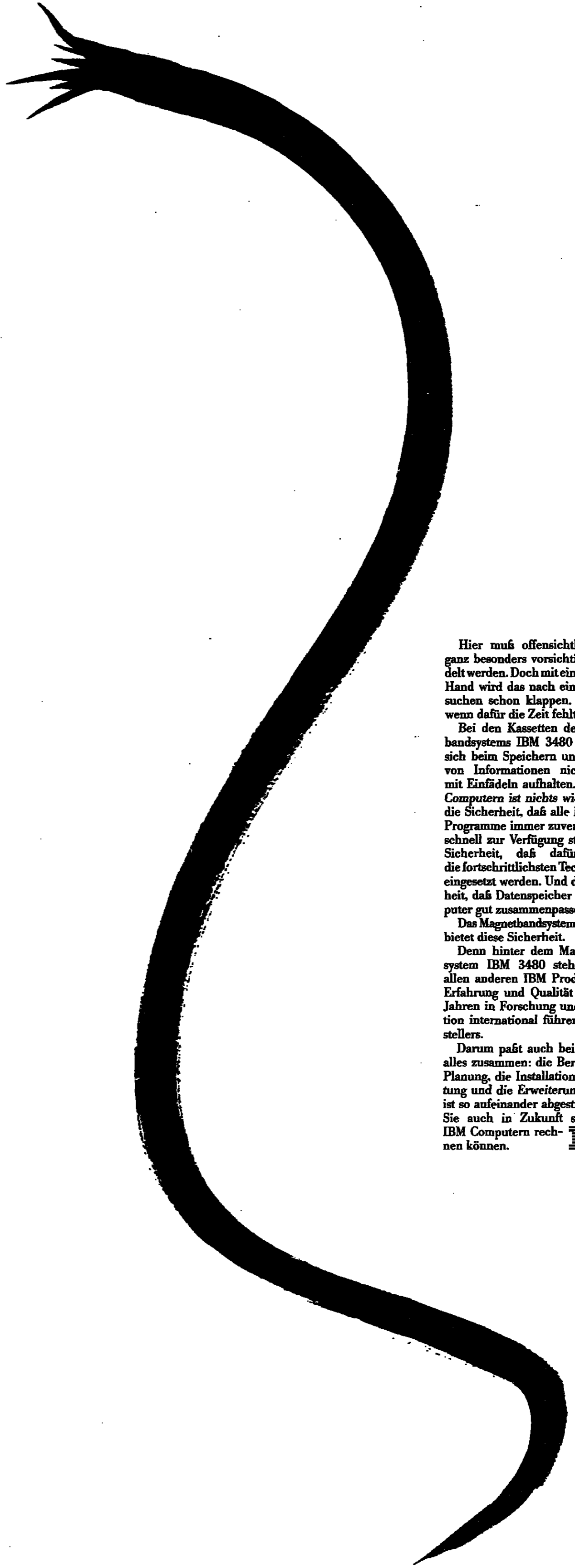
Tiefstand von 7,5 Prozent nicht überschreiten. Die Zahl der Beschäftigten würde allerdings 1986 nur noch um 1,5 Prozent zunehmen, nach 2,5 Prozent 1985 und 4,1 Prozent 1984.

Während sich der Verbrauchsanstieg unter dem Druck der inzwischen auf 82 Prozent der Einkommen ausgewachsenen privaten Verschuldung abzumildern droht, erwartet die OECD eine leichte Belebung der produktiven Investitionstätigkeit, obwohl die ausländischen Investitionen in den USA etwas zurückgehen dürften. Allerdings waren die Investitionen in den letzten Jahren trotz der hohen US-Zinsen außerordentlich stark geblieben. Die Unternehmensinvestitionen erreichten von 1980 bis 1984 nicht weniger als 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Das Ungleichgewicht zwischen der schwachen privaten Spartätigkeit und der hohen Investitionstätigkeit kann nach Ansicht der OECD nicht allein durch monetäre Maßnahmen überwunden werden. Konkrete Maßnahmen zur Lösung des Problems empfiehlt die OECD aber nicht. Abschließend wird in dem Bericht festgestellt, daß die USA wegen ihrer Bedeutung in der Weltwirtschaft Verantwortung für ein inflationstreibendes dauerhaftes Wirtschaftswachstum in der OECD-Zone trage. Das bedeutet die Überwindung der Ungleichgewichte (Budget- und Leistungsbilanzdefizite) und die Förderung eines freien Welthandelsystems (Abbau des Protektionismus).

Advertisement for Jaguar cars. Text: 'Der eiserne Gentleman. Ein Jaguar hat die vornehme Eigenschaft, auch in Ausnahmesituationen die Haltung zu bewahren. Seine aus dem Rennsport übernommene Fahrwerk-aufhängung gewährleistet auch bei Eis und Schnee exzellente Bodenhaftung. Das serienmäßig eingebaute Sperrdifferential garantiert zusätzliche Sicherheit. Kein anderes Automobil dieser Klasse bietet diese einzigartige Kombination von Tradition und neuer technischer Perfektion - und eine so glänzende Preis-Leistungs-Bilanz. Für Gentlemen, die bei aller Freude am Luxus eiskalt kalkulieren können.' Includes images of Jaguar Coupé, Limousine, and Cabriolet models, and the Jaguar logo with 'WHAT A CLEVER INVESTMENT' slogan.

Kennen Sie das Problem?



Hier muß offensichtlich etwas ganz besonders vorsichtig eingefädelt werden. Doch mit einer ruhigen Hand wird das nach ein paar Versuchen schon klappen. Was aber, wenn dafür die Zeit fehlt?

Bei den Kassetten des Magnetbandsystems IBM 3480 muß man sich beim Speichern und Abrufen von Informationen nicht länger mit Einfädeln aufhalten. Denn bei Computern ist nichts wichtiger als die Sicherheit, daß alle Daten und Programme immer zuverlässig und schnell zur Verfügung stehen. Die Sicherheit, daß dafür ständig die fortschrittlichsten Technologien eingesetzt werden. Und die Sicherheit, daß Datenspeicher und Computer gut zusammenpassen.

Das Magnetbandsystem IBM 3480 bietet diese Sicherheit.

Denn hinter dem Magnetbandsystem IBM 3480 steht wie bei allen anderen IBM Produkten die Erfahrung und Qualität eines seit Jahren in Forschung und Produktion international führenden Herstellers.

Darum paßt auch beim Service alles zusammen: die Beratung, die Planung, die Installation, die Wartung und die Erweiterungen. Alles ist so aufeinander abgestimmt, daß Sie auch in Zukunft sicher mit IBM Computern rechnen können.



BERLINER VOLKSBANK / Ertragslage verbessert

Kundeneinlagen gestiegen

Die Berliner Volksbank (West) eG feiert in diesem Jahr gleich zwei Jubiläen. Vor 40 Jahren - am 16. Januar 1946 - wurde das Institut gegründet...

KAUFRING / Grohag-Flop kostete über 30 Millionen DM - Konzentration auf Innenstädte

Mit neuem Konzept „gesundwachsen“

HARALD POSNY, Düsseldorf Für die durch verstreute Erfahrungen mit der 1983 übernommenen Tochter Grohag-Handel GmbH gelutete Kaufring eG, Düsseldorf, folgt nach Monaten der Diagnose...

GHH / Sieben MAN- gegen sechs Holding-Aktien

Neue Führungsstruktur

J.G. Düsseldorf beteiligt, wird für den Aktienumsatz (Stämme gegen Stämme, Vorzüge gegen Vorzüge und Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1985) ihr Aktienkapital um 91,3 auf 674,6 Mill. DM erhöhen.

YMOs Aktiengesellschaft Industrieprodukte Oberthausen. Bezugangebot. Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat beschlossen, das Grundkapital um DM 22.500.000,- durch Ausgabe von Inhaber-Stammaktien und stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien zu erhöhen...

Für verbesserten Umweltschutz in Berlin. Die Schwerpunkte: Bau des neuen Heizkraftwerkes Reuter West mit modernster Umwelttechnik. Unser Ziel: 74% weniger Schwefeldioxid - 80% weniger Stickoxide - Dafür investieren wir 2500 Millionen DM.

KUNDE VERTRIEBS- STEUERUNG TELEFON- MARKETING DIRECT- MARKETING KONZEPTION Polyconsult Unternehmensberatung mbH. Suche Industrie- testposten. Jurist. Ungewöhnlich selbständig machen. Unternehmensberatung.

STADT KOPENHAGEN 74% Deutsche Markt-Anteile von 1971 - WKN 461 041/50 - Resteinlösung. Die bisher nicht ausgelasteten und noch im Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen der Serie 3 - WKN 461 043 - Serie 5 - WKN 461 045 - mit den Stücknummern...

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL 74% Deutsche Markt-Anteile von 1971 - WKN 459 541/50 - Resteinlösung. Die bisher nicht ausgelasteten Teilschuldverschreibungen der Serie 6 - WKN 459 545 - mit den Stücknummern...

Großes Einkaufszentrum in Nordwest-Niedersachsen sucht Betreiber für einen gut eingeführten Restaurations-Betrieb. Kurs auf Karriere. Es geht um Offshore- und Schiffsreparaturen, -umbauen und -geräte.

Vollständiger Jahresrückblick 1985. 12,80 DM. Jetzt überall wo es Bücher und Zeitschriften gibt. Ein Buch für 1,20 in Wort und Bild. Brauchen Sie mehr Informationen?

weizeris Die eigenen in Fi van ein

Schweizerischer Bankverein (Deutschland) AG eröffnet:

Die Gründung einer eigenen Tochterbank in Frankfurt am Main war für uns ein logischer Schritt.

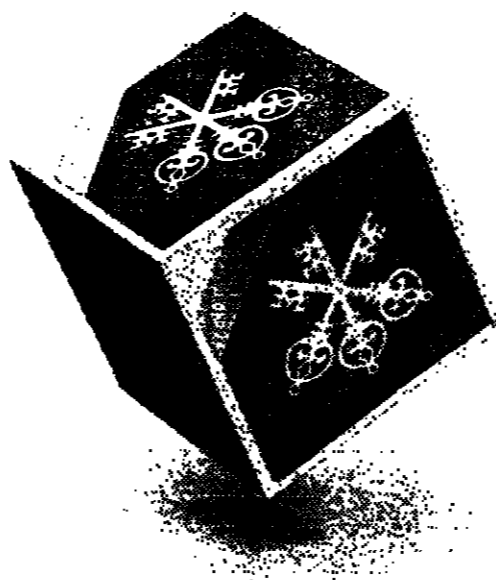
«Sie ist die Fortsetzung unserer jahrzehntelangen, guten Beziehungen zu Unternehmungen, Banken und anderen Geschäftsfreunden in der Bundesrepublik.

Die große und weiter wachsende internationale Bedeutung der deutschen Währung und des Finanzplatzes Frankfurt haben uns zu diesem Schritt bewogen.

Mit der eigenen Gründung einer Schweizer Bank nach deutschem Recht setzen wir einen neuen dynamischen Akzent in das Landschaftsbild des Finanzplatzes Frankfurt.

Unsere Dienstleistungen in der Bundesrepublik werden dank der Präsenz in Frankfurt noch vielseitiger und noch besser auf die individuellen Bedürfnisse unserer Kunden abgestimmt sein.»

Dr. Francis Christe
Generaldirektor,
Schweizerischer Bankverein
Vorsitzender des Aufsichtsrates,
Schweizerischer Bankverein
(Deutschland) AG



**Schweizerischer
Bankverein
(Deutschland) AG**

Ulmenstraße 30
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon: (069) 714 01-0
Telex: 415 252-0
Telegramm: swisbank

The key Swiss bank

Tochtergesellschaft des Schweizerischen Bankvereins · Filiale de la Société de Banque Suisse · Subsidiary of Swiss Bank Corporation
Generaldirektion in CH-4002 Basel, Aeschenplatz 6, und CH-8022 Zürich, Paradeplatz 6. Über 200 Niederlassungen in der ganzen Schweiz. Niederlassungen, Vertretungen und Tochtergesellschaften in 28 Ländern auf allen 5 Kontinenten.

Lintas Zürich SBV 3685 F

Table with 2 columns: Country/Market (Amsterdam, London, Hongkong) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Kopenhagen, London) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Luxemburg, Madrid) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (New York) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Paris) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Johannesburg) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Stockholm) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Tokio) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Zürich) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Inlandszertifikate) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Auslandszertifikate) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Optionshandel) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (WELT-Aktion-Indizes) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Kursverlierer (Frankfurt)) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Junge Aktien) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisen und Sorten) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisen und Sorten) and various stock indices with their respective values.

Table with 2 columns: Country/Market (Devisen und Sorten) and various stock indices with their respective values.

Sehr. Wenn sie erfüllen, was HICOM erfüllt



Mit HICOM von Siemens ist heute Realität, was woanders noch Zukunftsmusik ist: Die zeitgleiche Übermittlung von Sprache, Bild, Text und Daten auf ein und derselben Telefonleitung. Statt Telexnummer, Fax-Nummer, Telefonnummer und Terminal-Kennung nur noch eine Kommunikationsadresse.

Wie wirtschaftlich HICOM für Ihr Büro ist, erfahren Sie von Ihrem Berater im nächsten Siemens-Büro oder von Siemens AG, Infoservice 132/122, Postfach 153, 8510 Fürth.

Table with columns for 'Bundesanleihen', 'Bundesprior', 'Länder - Städte', 'Sonderinstitute', and 'Bundesschatz'. It lists various government bonds and their prices.

Table with columns for 'Industrieobligationen', 'Optionsanleihe', 'Währungsanleihen', 'Wandelanleihen', and 'Frankfurt'. It lists industrial bonds and other financial instruments.

Table with columns for 'DM-Anleihen', 'Euro-Geldmarkt', 'Geldmarkt', 'Euro-Geldmarkt', and 'Geldmarkt'. It lists German marks bonds and money market data.

Table with columns for 'Devisenmarkt', 'Geldmarkt', 'Euro-Geldmarkt', and 'Geldmarkt'. It lists foreign exchange market data and money market information.

Table with columns for 'Devisenmarkt', 'Geldmarkt', 'Euro-Geldmarkt', and 'Geldmarkt'. It lists foreign exchange market data and money market information.

Table with columns for 'Devisenmarkt', 'Geldmarkt', 'Euro-Geldmarkt', and 'Geldmarkt'. It lists foreign exchange market data and money market information.

Table with columns for 'Devisenmarkt', 'Geldmarkt', 'Euro-Geldmarkt', and 'Geldmarkt'. It lists foreign exchange market data and money market information.

Table with columns for 'Devisenmarkt', 'Geldmarkt', 'Euro-Geldmarkt', and 'Geldmarkt'. It lists foreign exchange market data and money market information.

Table with columns for 'Devisenmarkt', 'Geldmarkt', 'Euro-Geldmarkt', and 'Geldmarkt'. It lists foreign exchange market data and money market information.

Table titled 'Warenpreise - Termine' listing various commodities like wheat, oil, and metals with their respective prices and terms.

Table titled 'Wolle, Fasern, Kautschuk' listing prices for wool, fibers, and rubber.

Table titled 'NE-Metalle' listing prices for non-ferrous metals like aluminum, copper, and zinc.

Table titled 'Devisenmarkt' listing exchange rates for various currencies.

Table titled 'Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO' listing yields and prices for mortgage-backed securities.

Table titled 'Messinglegierungen' listing prices for brass alloys.

Table titled 'Deutsche Alu-Gießlegierungen' listing prices for German aluminum casting alloys.

Table titled 'Edelmetalle' listing prices for precious metals like gold and silver.

Table titled 'Internationale Edelmetalle' listing prices for international precious metals.

Table titled 'Erkältung - Rohstoffe' listing prices for raw materials used in refrigeration.

Table titled 'Westl. Metalllegierungen' listing prices for Western metal alloys.

Table titled 'Kaffee' listing prices for coffee beans.

Table titled 'Kautschuk' listing prices for rubber.

Table titled 'Kartoffeln' listing prices for potatoes.

Table titled 'Euro-Yen' listing exchange rates between the Euro and Yen.

Table titled 'Scheit' listing prices for various types of wood.



NACHRICHTEN

Rallye geht weiter

Bamako (sid) - Die Wüstenrallye Paris-Dakar wird trotz des tödlichen Unfalls ihres Erfinders und Cheforganisators Thierry Sabine fortgesetzt. Das verkündete Sabines Nachfolger Patrick Verdooy nach Rücksprache mit den Teams. Einige Fahrer aber wollen direkt nach Dakar fahren, wo die Rallye erst am 22. Januar beendet wird. Fraglich bleibt, ob das Rennen auch noch im nächsten Jahr stattfindet.

Braun fuhr wieder nicht

Mexico City (dpa) - Auch am Mittwoch Radprofi Gregor Braun, in Mexico City einen Stundenweltrekord aufzustellen. Zum Zeitpunkt des Starts war es zu kalt (null Grad).

ZAHLEN

HANDBALL Bundesliga, Männer, 15. Spieltag: Dortmund - Dankersen 25:18, Göttingen - Essau 21:18, Gammertshausen - Hofweier 31:20, Lemgo - Schwaning 20:28, Großwallstadt - Bietlichsdorf 28:22, Glinzburg - Kiel 25:20. - Frauen: Hannover - Guts Muths Berlin 17:17.

BASKETBALL Bundesliga, Herren, 17. Spieltag: Oldenburg - Leverkusen 69:68, Bayern - Bamberg 77:64, Gießen - Langen 107:85, Göttingen - Osnabrück 98:88, SSV Hagen - Charlottenburg 92:74, Köln - TSV Hagen 100:77.

RAD Bremer Sechstagesrennen, Endstand: 1. Thaurau/Kristen (Deutschland) 727 Punkte, 2. Pijnen/Frank (Holland/Dänemark) 713, 3. Freuler/Hermann (Schweiz/Liechtenstein) 690, eine Rd. zur: 4. Clark/Moser (Australien/Italien) 420, 5. Tourme/Wilde (Belgien) 403, zwei Rd. zur: 6. Wiggins/Doyle (Australien/England) 346.

TISCHTENNIS Europaliga, 5. Spieltag: Deutschland - Frankreich 3:4 (Böhm - Götien 18:21, 15:21, Wosik - Bircheau 17:21, 24:22, 21:18, Nemes - Daviaud 21:12, 18:21, 21:14, Roßkopf/Petzner - Bircheau/Parietti 19:21, 21:18, 17:21, Roßkopf/Nemes - Parietti/Daviaud 10:21, 21:18, 18:21, Böhm - Bircheau 21:19, 21:11, Wosik - Götien 21:10, 18:21, 19:21), Ungarn - Polen 3:4, CSSR - Holland 7:0, Jugoslawien - Schweden 2:5.

VOLLEYBALL Europapokal, Herren, Viertelfinale Hinspiel: Sofia - Leverkusen 3:0. - Europapokal, Damen, Viertelfinale: Zagreb - Lohhof 1:3. - CEV-Pokal, Damen, Viertelfinale, Hinspiel: Feuerbach - Houten 3:0.

GEWINNZAHLEN Lotto: 9, 15, 18, 20, 36, 37, 38. Zusatzzahl: 16. - Quoten: 1: 670 291,20 Mark, 2: 25 780,40, 3: 4087,10, 4: 84,70, 5: 7,30. - Spiel 77: 1 4 1 8 0 5 8. (Ohne Gewähr).

TISCHTENNIS / „Olga Nemes - number one“

Leben in der Fremde, nur mit Schläger und Ball

KLAUS BLUME, Königswinter „Schauspielerin“, sagt sie, das würde etwas. Träume einer 17-jährigen. Denn auf der Hauptstraße dreht sich niemand nach ihr um. Und in einem Café in Königswinter tun es die alten Damen nur, weil sie lauthals lachen muß, als die Kellnerin sagt: „Und nun kommt die Herrentorte für die Dame.“ Dame? Gar ein Star? „Olga Nemes - number one.“ Sie sagt es langsam, genüßvoll. „Hört sich schön an, nicht wahr?“

Olga Nemes aus Saarbrücken, 17 Jahre alt, 1,58 m groß, ist immerhin Europas beste Tischtennis-Spielerin. „1988 in Seoul will ich Olympiasiegerin werden“, sagt sie. Sicher, sie hat schon so manche renommierte Chinesin bezwungen, doch greift sie da nicht vergebens nach den Sternen? „Alles ist möglich“, sagt sie. Und dann: „Ich weiß, es geht.“

Was so etwas wie die Richtschnur ist, nach der sie lebt. So war es, als sie im November 1983 heimlich die rumänische Mannschaft verließ, damals bei den Schweizer Meisterschaften in Olten. Sie verstand kaum etwas anderes als Rumänisch und Ungarisch, als sie sich, ohne Papiere, nur mit einem Notgroschen um den Hals und dem Tischtennis-Schläger in der Hand, auf den Weg nach Deutschland machte. 15 Jahre alt war sie damals und hatte gerade in England das europäische Ranglistenturnier gewonnen. Vom „Wunderkind“ war in der englischen Presse zu lesen.

„Alles Quatsch“, sagt sie heute. „Als ich dabei bei meinem Vater in Rumänien Tischtennis lernte, war ich gerade fünf Jahre alt. Und weil wir nicht viel Platz hatten, mußte ich immer neben der Platte stehen. Dadurch ist der Weg, den der Ball von Schläger zu Schläger zurücklegen kann, noch kürzer als gewöhnlich. Da muß man sich spüren. Daher kommen wahrscheinlich meine blitzschnellen Reflexe.“

Das hat ihr zumindest geholfen. Sie hat mit 15 Jahren Fuß fassen können, als Profi im Westen. Heute lebt sie in einer 58 Quadratmeter großen Wohnung in Saarbrücken. Und sie besitzt inzwischen neben dem rumänischen endlich auch den deutschen Paß. „Wenn ich im Juni achtzehn werde“, sagt sie, „muß ich die rumänische Staatsbürgerschaft zurückgeben.“ Sie wird es tun, denn falls ihre Eltern

TENNIS / Gilbert Überraschungssieger beim Masters-Turnier in New York

Müde, ausgelaugt, nicht austrainiert McEnroes Karriere am Wendepunkt

H. J. POHMANN, New York Da saß er nun auf seinem Klappstuhl und wirkte während der Pressekonferenz nach seinem Spiel wie ein Häufchen Elend. Soeben hatte John McEnroe beim Tennis-Masters-Turnier in New Yorker Madison Square Garden in der ersten Runde gegen den Kalifornier Brad Gilbert mit 7:5, 4:6, 1:6 verloren und damit für die erste Sensation gesorgt.

Wahrscheinlich sind McEnroe in diesen Minuten, als ihn die Journalisten mit Fragen bombardierten, Hunderte von Gedanken durch den Kopf gegangen. Und ohne in ihn hineinschauen zu können, eins steht fest: Mit dieser Niederlage ist die Karriere des 26 Jahre alten McEnroe an einem Wendepunkt angelangt.

Nach einer Saison ohne Erfolg in einem der sogenannten Grand-Slam-Turniere (Paris, Wimbledon, Flushing Meadow, Melbourne), dafür aber erwarteten Niederlagen müssen Parallelen zu seinem einstigen Weggefährten Björn Borg gezogen werden. Der entschloß sich vor vier Jahren, im gleichen Alter und nach einer Serie von Niederlagen, urplötzlich zum Rückzug. Eine Situation, vor der auch der ungeliebte John McEnroe steht.

Innerhalb von zwölf Monaten ist aus dem New Yorker ein anderer Mensch geworden. Beim letzten Masters-Turnier war er noch die überragende Persönlichkeit im Herren-Tennis. Gestern morgen (MEZ) wirkte er wie ein gezähmtes Wild. Ängstlich und

aufs höchste erregt, präsentierte er sich 9798 Zuschauern nur noch als ein Schatten seiner selbst. Ihm ist, so scheint es, jede Freude am Tennisspielen verlorengegangen. Ja, fast hat es den Anschein, als ob der Zweite der Weltrangliste psychisch ausgebrannt ist. Der Mann, der da auf dem blauen Untergrund in der Arena agierte, war nicht mehr der Tennis-Künstler vergangener Tage. Hier stocherte er, körperlich nicht austrainiert, mit dem Schläger herum, schubste die Bälle über das Netz anstatt sie zu schlagen: Kaum ein erster Aufschlag, der ins Feld kam, unzählige Fehler an der Grundlinie, erschreckend schwache Reaktionen bei Flugbällen am Netz.

Und wenn McEnroe später „vom besten Match des Brad Gilbert“ sprach, dann ist dies nur Augenwischerei. Der 24 Jahre alte Kalifornier erwischte zwar einen guten Tag, „hatte aber im Traum nicht an einen Sieg geglaubt. Nein, hier helfen McEnroe, der es gewohnt ist, an sich selbst hohe Maßstäbe anzulegen, keine Sentimentalitäten. Hier hilft nur eines: hartes Training. Nur wenn er bereit ist, sofort schlagtechnisch und körperlich zu arbeiten, dann hat er die Chance, wieder den Platz an der Sonne zurückzuerobieren. Ansonsten wird er nur noch einer von vielen sein. Ion Tiriac, Boris Beckers Manager, gibt ihm nur bis Mai Zeit: „Wenn er es bis dahin nicht schafft, kommt er nie mehr nach oben.“

Wobei sich alle Experten darüber

im Klaren sind, daß McEnroe immer noch über das größte spielerische Potential der weltbesten Profis verfügt. Doch die Zeit läuft gegen ihn, im Februar ist die Hochzeit mit der Schauspielerin Tatum O'Neal auf Long Island angesagt, das erste Kind ist unterwegs.

Mit Problemen dieser Art hat Ivan Lendl nicht zu kämpfen. In New York präsentierte sich bislang ein Weltranglisten-Erster, der vor Selbstvertrauen nur so strotzt. Was er mit dem bemitleidenswerten Tomas Smid in der ersten Runde anstellte, grenzte schon fast an eine Demütigung. Mit 6:1, 6:0 fertigte er seinen 29 Jahre alten Landsmann ab und ließ ihn dabei wie einen hilflosen Schüler aussehen. Ob Aufschlagasse oder direkte Punktgewinne mit der Vor- und Rückhand - keine Frage: Hier spielte der Turnierfavorit Nummer eins auf.

Verblickend dabei auch die äußere Wandlung des 1,88 m großen Tschechoslowaken, der in Connecticut wohnt. Jahrelang wirkte er auf die New Yorker blaß und verschüchtert, jetzt geht er mit erhobenem Kopf über den Platz und lächelt Gegner und Publikum gleichermaßen mit dem Ausdruck der Überlegenheit an. Lendl hat sein Ziel erreicht und wird nun als die Nummer eins der Welt auch vom kritischen Publikum der Welt, den New Yorkern, respektiert.

Weiter spielen: Jarryd - Nyström (beide Schweden) 6:8, 6:1, 6:4, Mayotte (USA) - Noah (Frankreich) 6:4, 6:4.

SKI-WELTCUP

Zweiter Sieg in der Abfahrt für Gutensohn

Im letzten Winter war die 19 Jahre alte Österreicherin Katrin Gutensohn zweite der Weltmeisterschaft - wegen irgendeines Zufalls sagten die Kritiker und Experten. Gestern nun stand sie im Zielraum der alpinen Abfahrtsstrecke von Puy St. Vincent (Frankreich) und sagte: „Ich fühle mich in der Lage, eine Siegesserie hinzulegen. Mit jedem Rennen steigt mein Selbstbewußtsein.“ Katrin Gutensohn gewann zum zweiten Mal in diesem Winter eine Weltcup-Abfahrt. In 1:31,17 Minuten verries sie die Schweizerin Brigitte Oerthli (1:31,23) und Laurie Graham aus Kanada (1:31,42) auf die nächsten Plätze.

Marina Kiehl aus München besitzt dieses Selbstbewußtsein offensichtlich nicht. Im oberen, technisch anspruchsvollen Teil der Strecke verschenkte sie ihre Chancen auf einen Sieg: „Ich habe einen schweren Fehler gemacht, aber ich habe mehr erwartet als Rang sechs.“ Mit dieser Platzierung war sie beste deutsche Läuferin. Regine Mösenlechner, am Wochenende in Badgastein noch Vierte, belegte Platz zehn, Katrin Stotz erhielt als 14. die ersten Abfahrtspunkte ihrer Karriere.

Im Gesamtweltcup liegen nun Maria Walliser (Schweiz), die als Achte ins Ziel kam, und Erika Hess mit 152 Punkten gemeinsam an der Spitze. Hinter der Schweizerin Vreni Schneider (116 Punkte) folgen, ebenfalls punktgleich, Marina Kiehl und Katrin Gutensohn auf Platz vier (99).

Der Italiener Michael Mair war schnellster Läufer beim Training zur Weltcup-Abfahrt in Kitzbühel (heute ab 12.10 Uhr live im Fernsehen/ARD). Für die 3500 m lange Strecke benötigte er 2:04,84 Minuten. Markus Wasmeier kam auf 2:06,98 Minuten.

Drei Fehlschüsse kosteten Olympiasieger Peter Angerer den Sieg im ersten Biathlon-Weltcup der Saison. In Antholz (Südtirol) belegte er, mit drei Strafminuten belastet, nach 1:05:05,6 Stunden den vierten Platz hinter dem Sowjetrussen Valeri Medwedew (1:03:19,9), dem Südtiroler Gottlieb Tascher (1:04:41,9) und dem zweiten Russen Sergej Bulligin (1:04:49,9). Schweden gewann in Bohinj (Jugoslawien) die 4 x 10-km-Langlaufstaffel der Männer vor der UdSSR. Die deutsche Mannschaft belegte Platz neun.

STANDPUNKT / Suche nach besserer Zukunft

Mitten im Wellental sucht der Deutsche Tischtennis-Bund (DTTB) seine sportliche Zukunft. Vor Wochen sagte DTTB-Präsident Hans Wilhelm Gäh, man brauche nach 30 Jahren Breitensport endlich mal wieder ein Spitzensport-Signal. Vorläufig steht dieses Signal auf Rot, denn der Nationalmannschaft droht nach der 3:4-Niederlage wieder der Abstieg aus der Europaliga.

Der Gang in die Zweitklassigkeit könnte sich jedoch als Heilmittel erweisen. Chef-Bundestrainer Charles Roesch wäre endlich in der Lage,

den lange angestrebten und immer wieder aufgeschobenen Generationswechsel zu vollziehen.

Eine Klasse tiefer ist es leichter, Erfahrung zu sammeln und trotzdem zu gewinnen. Vielleicht ist dies einigen Herren im DTTB gar nicht so unwillkommen. Das Wirken im stillen Kämmerlein der Zweitklassigkeit muß so übel nicht sein. Der Verband ist auf Aufschwung bemüht, vor einem Jahr wurde das Tischtennis-Zentrum in Duisburg geschaffen, um dort den besten Nachwuchs zu schulen. In den näch-

sten drei Jahren sollen alle vier Landesverbände ein eigenes Zentrum dieser Art erhalten. Die EM 1988 gilt nur als „mittelfristiges Ziel“.

1989 muß aber auf alle Fälle Rechenschaft abgelegt werden über den Fünfjahresplan der DTTB-Oberen. Dann finden die Weltmeisterschaften im eigenen Land statt (Dortmund), und dann darf nicht immer wieder auf die Zukunft verwiesen werden, sondern muß die Gegenwart für sich sprechen.

DIETMAR FUCHS

IN BESTECHENDER FORM - KRAFTVOLL UND ZUVERLÄSSIG.



Der neue Transit setzt Zeichen. Mit mehr Leistung bei geringeren Verbrauchswerten, beeindruckender Ladekapazität und ausgeprägter Wirtschaftlichkeit.

Starke Form. Der neue Transit verkörpert in konsequenter Form wirtschaftlichen Nutzen. Er verbindet funktionales Äußeres und moderne Technik zu sichtbarem Fortschritt in dieser Transporterklasse.

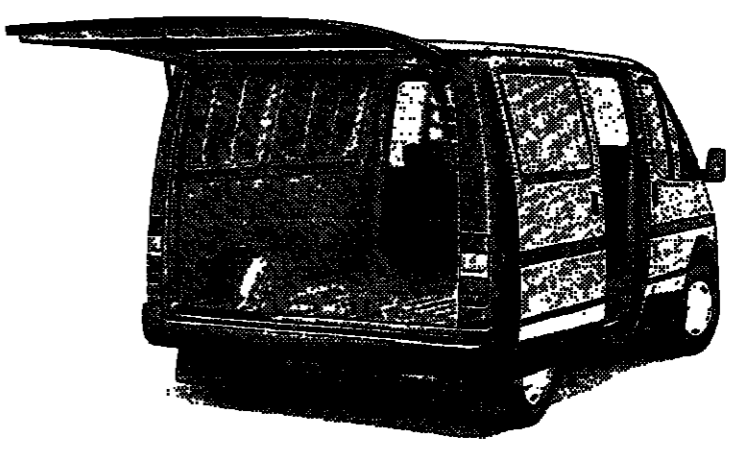
Starkes Programm. Der neue Transit hat ein anpassungsfähiges Programm mit 32 Modellen für alle Einsatzbereiche. Als Kombi, Kasten, Bus und Windlauf mit zwei Radständen, bzw. drei Radständen bei Pritsche und Fahrgestell.

Starke Leistung. Den neuen Transit gibt es in sechs Nutzlastklassen von 0,8 bis 1,9 t. Eine stabile Basis für Ladevolumen von 6,0 m³, 6,6 m³ und 8,4 m³. Das alles kommt kraftvoll zum Einsatz mit sparsam spritzigen Motoren: dem 1,6-l-Benziner mit 46 kW (63 PS), dem 2,0-l-Benziner mit 57 kW (78 PS), beide für wahl-

weisen Betrieb mit verbleitem oder unverbleitem Normalkraftstoff. Und dem fortschrittlichen 2,5-l-Diesel-Direkteinspritzer mit 50 kW (68 PS). Kraftstoffverbrauchsdaten nach DIN 70030 für Transit PKW-Modelle bei Standard-Hinterachsübersetzungen (Normal-/Diesel-Kraftstoff).

Table with 4 columns: Modell, Motor Liter, Leistung kW/PS, Verbrauch (l/100 km) konstant/Stadt/verkehrt. Rows include FT 100 Kombi, FT 100 Kombi, FT 100 Kombi.

Starke Details. Der neue Transit ist für den harten Alltag gerüstet. Mit neuer Technologie und in stabiler Leichtbauweise, um Gewicht zu sparen und die Transportleistung zu erhöhen. Mit Schiebetüren in Palettenbreite. Und einer praxisorientierten Ausstattung, die durch Funktionalität und Ergonomie den Arbeitsablauf bestimmt. Rundum also ein klares Konzept mit vielen Stärken. Robust, sparsam, zuverlässig und zukunftsweisend.



Abgebildete Ausstattungen entsprechen nicht unbedingt der Standardausführung.

DER NEUE TRANSIT Ford

Frösche: Giftige Schönheiten aus Lateinamerika

Die Brut aus der Tasche

Eine amerikanische Forscherin hat sie einmal die „Borgias unter den Fröschen“ genannt. In ihrer Heimat, den tropischen Regenwäldern Lateinamerikas, tragen sie mit ihren nächtlichen Rufen zur charakteristischen Klangkulisse bei. Hierzulande findet man sie seit einigen Jahren auch als Farbtupfer in exotischen Aquarien: die Pfeilgiftfrösche.

Daß die Indianer die giftigen Sekrete der Hautdrüsen dieser oft bunt gefärbten Tiere benutzen, um ihre Pfeile damit zu präparieren, ist weit hin bekannt. Darüber hinaus besitzen die Frösche aber auch höchst ungewöhnliche Verhaltensweisen bei der Aufzucht ihrer Jungen. Über sechs Jahre zogen sich die Aufnahmen des Tierfilmers Heinz Schmidbauer hin, bis er die ausgefallene Fürsorge der

Kaltblütige Juwelen im Tropenwald - ZDF, 21.15 Uhr

Fröscheiern für ihren Nachwuchs auf Zellulose gebackt hatte.

Den Hauptanteil an der Gruppe der Giftfrösche stellen die beiden Familien der Baumsteiger (Dendrobatiidae) und Blattsteigerfrösche (Phylllobatiidae). Bei diesen Tieren ist das Männchen für die Suche und Auswahl eines geeigneten Eiablageplatzes zuständig - meist ein Blatt dicht über der Wasseroberfläche. Die Paarungszeit fällt in den Beginn der Regenperiode. Wenn dann das Weibchen nach eingehender Begutachtung mit der Örtlichkeit einverstanden ist, fordert es das Männchen auf, sich auf seinen Rücken zu setzen. Es legt dann den Laich ab, anschließend setzt sich das Männchen darauf und befruchtet die Eier.

Das Gelege wird dann mehrere Wochen vom dem Männchen bewacht und mit Feuchtigkeit versorgt. Wenn die Kaulquappen (Larven) ausgeschlüpfen, verläßt das Männchen sie, sich auf seinem Rücken festzusaugen. Sie werden dann noch ein paar Tage umhergetragen und schließlich in einer geeigneten Wasserstelle abgesetzt, wo sie sich zu den ausgewachsenen Tieren entwickeln.

Eine besonders raffinierte Methode zum Schutz der Brut haben die (ungiftigen) Makifrösche entwickelt, die zu den Laubfröschen gehören. Die Tiere suchen sich ein Blatt aus, das höchstens 60 Zentimeter über der Wasseroberfläche hängt. Männchen und Weibchen halten dann mit ihren Hinterbeinen die Ränder des Blattes

nah der Spitze so zusammen, daß ein Trichter entsteht. In ihn drückt das Weibchen ein „Portion“ Eier, die das Männchen sofort befruchtet. Dann rückt das Pärchen am Blatt ein Stück weiter und setzt die Prozedur fort, bis das gesamte Blatt eingerollt ist. Die Ränder werden dabei von dem klebrigen Laich zusammengehalten. So entsteht eine Schutzhülle für die Brut. Wenn die Larven aus den Eiern schlüpfen, fallen sie durch die untere Öffnung ins Wasser.

Gleichfalls zu den Laubfröschen gehören die Beutelfrösche, bei denen das Weibchen auf dem Rücken eine Hauttasche trägt. Direkt nach Ablage und Befruchtung werden die Eier in diesem Beutel verstaubt. Bis die Larven weit genug entwickelt sind, werden sie in dieser bequemen und sicheren Kinderstube herumgetragen. Schließlich öffnet das Weibchen die Tasche mit ihren Hinterbeinen und entläßt unzählige quicklebende Junge ins Wasser.

Schmidbauer filmte dieses Verhalten übrigens nicht im tropischen Regenwald, sondern holte sich die Tiere ins heimische Aquarium. Nur in einer solchen künstlichen Umgebung ist es möglich, Kamera, Beleuchtung und Hintergrund so zu arrangieren, daß die kleinen Tiere wirklich gut ins Bild kommen. Die Beschaffung der Frösche war dabei noch das geringste Problem. Seit einigen Jahren blüht ein schwunghafter Handel mit solchen Tieren, um die exotischen Bedürfnisse der zahlreichen Aquarienliebhaber zu befriedigen. Leider geht bei dem langen Transport der größte Teil der Tiere ein, so daß die Liebhaber den Bestand dieser tropischen Tiere ernsthaft gefährdet.

Daß der Tierfilmer so lange für seine Aufnahmen brauchte, erklärt sich einmal aus der nachtaktiven Lebensweise der Tiere. Es dauerte lange, bis sich die Tiere an das zum Filmen notwendige helle Licht gewöhnt hatten. Außerdem haben die einzelnen Arten nur eine begrenzte Fortpflanzungsperiode. Zwar konnte Schmidbauer das Paarungs- und Brutverhalten künstlich auslösen, indem er die Luftfeuchte im Aquarium erhöhte, dennoch mußten die Tiere während dieser Zeit Tag und Nacht beobachtet werden, um diese bislang einmaligen Bilder zu erhalten. Bei Tierfilmen entstehen daher immer mehrere Projekte gleichzeitig, damit nicht zuviel kostbare Zeit verloren geht.

LUDWIG KÜRTE

Frankenstein - und kein Ende

Einst mahnten die Alten mit dem weisen Spruch: „Vieles, aber nicht vielerlei!“ Leider hielten sich die Verantwortlichen der Redaktion Kennzeichen D (ZDF) nicht daran. Nicht weniger als sechs verschiedene Themen, noch dazu versehen mit langatmigen Zwischenkommentaren, wurden in der 45minütigen Sendung zu behandeln versucht: Sie reichten von Ableben des Gewerkschafters Heinz Brandt über die Opfer der Zwangssterilisation während der NS-Zeit bis hin zu der angestrebten strafrechtlichen Verfolgung der Graffiti-Wandsprüher unter Beachtung des Strafmaßes für mitteldeutsche Sprühkollegen (Systemvergleich total).

Aber nicht genug damit. Da mußten noch die Schlagzeilen vergangener Zeiten, die Profilierungssprüche des FDP-Abgeordneten Walter Döring auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen eingearbeitet werden. Allerdings nicht sachlich auf Ziel und Zweck hin geordnet und gesichtet, sondern künstlerisch wertvoll gewissermaßen mit Frankenstein'schen Filmausschnitten, Trickbild-Szenen und Gruselmusik, wie es sich eben für ein politisches Magazin gehört.

Diese Vorliebe fürs Künstliche blieb auch den Zuschauern im Beitrag „Tanz in Thüringen“ erhalten. Die Ostherriner Starschauspieler und gelegentliche Regisseurin Ursula Karusseit von der dortigen Volksbühne inszeniert das Stück der Friederike Roth, „Der Ritt auf die Wartburg“, in Osnabrück. Vier westdeutsche Frauen, Spaniens und der Südseezone überdrüssig, hoffen, das Gute nicht mehr in der Ferne zu finden. Sie finden es auch auf der Wartburg nicht, versteht sich, aber das vollständige Ergebnis wird die Osnabrücker Aufführung zeigen.

Eingeführt wurde dieser Beitrag mit den Worten des Dramatikers Heiner Müller, die westdeutsche Jugend fühle sich zunehmend stärker vom ursprünglichen Leben in der „DDR“ angezogen. Eine Meinung, die offensichtlich auch die Redaktion teilt. Dort versteht man nicht, daß die zweifelslos vorhandene „altdeutsche Haltung“ der Mitteldeutschen nichts anderes ist als eine selbstgewählte Überlebensstrategie, um der Vereinahmung durch den allmächtigen Staat zu entgehen. Zudem blieben den Mitteldeutschen die wissen-

schaftlich-technische Revolution und die Folgewirkungen psychologischer Erkenntnisse bisher weitgehend vorzuenthalten. Allerdings künstlerisch betrachtet: Trickfilm, Gruselmusik... PETER FISCHER

Ehekrise in der Bananenrepublik

Zwischen „Schwarzwaldkinik“ und „Tatort“, zwischen betülcher und reißerischer Serienunterhaltung also, hält unser Fernsehen ab und an auch ein Plätzchen für das anspruchsvolle, kritische TV-Spiel frei. Politische Aufklärung, verpackt in die Geschichte einer kriselnden Ehe, präsentiert uns der NDR mit einem Zweiteiler namens Cortaga, der zähen Story eines deutschen Paares in einem fiktiven mittelamerikanischen Land.

Jungmanager Mike Berger (Heiner Lauterbach) soll im Auftrag eines multinationalen Konzerns die Bananenproduktion auf Vordermann bringen. Seine Frau Eva (Sissy Höfner), ein attraktives, unausgefülltes Persönchen, das seinetwegen in Hamburg ihr Medizinstudium aufgegeben hat, wandelt sich bald zur engagierten Sozialarbeiterin. Aus dem „Schnecken“, wie er sie zu nennen pflegt, wird eine immer aggressivere Kämpferin gegen Armut, Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Eva legt sich auf herzerreißend naive Art mit dem gesamten System an. Am Schluß des ersten Teils sieht es dann so aus, als würde die revolutionäre Bewegung die Oberhand gewinnen. Die Bananenrepublik ist somit ein Pulverfaß geworden.

Woran liegt's nun, daß unsereins wenig Neigung verspürt, das Geschehen am kommenden Mittwoch weiter zu verfolgen? Die ermüdenden Kamerafahrten durch Bananenplantagen, durch Armenviertel mit Bretterbuden und schlammigen Wegen würden auch in einem Dokumentarfilm langweilen. Problembeußt für fremde oder unwürdige Zustände machen sie jedenfalls nicht. Und so böse es klingen mag - aber das soziale Engagement der Managergattin wird nicht glaubwürdiger dadurch, daß sie grüblerisch fragt: „Das kann doch nicht alles sein - sich den Bauch vollschlagen, Samba tanzen, und da oben stirbt ein Kind!“ Bedauerlich, wie hier ein wichtiges Thema (Regie: Edwin Marian) mit solchem Mangel an innerer Spannung verplätschert. CORNELIA REISER

KRITIK

Table with TV program listings for ARD/ZDF, SAT 1, and RTL-plus, including times and program titles.

Beste Unterhaltung, seit es Fernsehen gibt:

Advertisement for Hörzu magazine featuring a photo of a man in a tuxedo holding a book titled 'FLOTOW' and large stylized text 'HÖRZU'.

Loriot, der Opern-Narr

Der unbekannte Vicco von Bülow - HÖRZU präsentiert ihn farbig und ausführlich als Regisseur der Oper „Martha“ von Friedrich von Flotow.



Mit dem großen Gewinnspiel - diese Woche wieder Preise für 50.000,- DM!

Gutenberg sei's geklagt

P. Jo. - Den Beruf gibt es nicht mehr. Handsetzer kann man nicht mehr lernen. Die Setzkästen sind aus- oder zum Parkplatz für Miniaturnippes derangiert worden.

Die Technik, die seit Gutenberg's Zeiten bis in unser Jahrhundert den Alltag und die Kunst des Buchermachens bestimmte, ist zu einer Rarität geworden.

Ganz so urtümlich geht es beim Greno-Verlag in Nördlingen zwar nicht zu. Aber auch dort setzt man auf die alten guten Bleichstäben, weil sie schöner und schärfer als der Fotosatz drucken.

Außerdem ist man überzeugt, daß das Hervorheben der altkühnlichen Technik sogar ein Verkaufsargument ist. Jedenfalls wird sie in der Werbung gebührend herausgestellt.

In unserer Zeit ist der Mann, der Johannes Gensfleisch zum Gutenberg hieß und dessen Tot laut Lexikon im Jahre 1488 erfolgte, zum zweiten Mal gestorben.

Und das Wissen hat Methode

Wissenschaften scheinen von Zeit zu Zeit zwangsläufig Krisen zu durchlaufen, jedenfalls deuten die fast turnusmäßig wiederkehrenden Grundlagen-Diskussionen der Fachvertreter in diese Richtung.

Wenn man demnach die Etablierung der inzwischen im dritten Jahr erscheinenden Zeitschrift ausdrücklich begrüßt, so bedarf es offensichtlich der Begründung dafür, daß man der Selbstreflexion der Geisteswissenschaften ein eigenes Forum schafft.

Zunächst ist dazu festzustellen: Die Krisenanfälligkeit von Wissenschaften und Wissenschaftsgruppen hängt nicht allein vom Zustand ihrer Methodologien ab, sondern auch von ihrer Rolle im Gefüge der Wissenschaften und von der gesamtgesellschaftlichen Situation.

Der Begriff der Geisteswissenschaften selber hat sich geändert. Die Konzeption des deutschen Philosophen und Geschichtstheoretikers Wilhelm Dilthey (1833-1911), die Geisteswissenschaften seien nicht nur dem Gegenstande nach - der Erforschung des Menschen - sondern auch ihrer Methode gemäß gegenüber den Naturwissenschaften selbständig, ist aus vielen Gründen fragwürdig geworden.

Deshalb entstehen erneut die Fragen nach der Einheit der Geisteswissenschaften und nach der Beziehung ihrer verschiedenen Zweige zueinander. Sind etwa die historischen Wissenschaften die Material- und Beispieldlieferanten für die sogenannten systematischen Geisteswissenschaften, leistet also die historische Anthropologie nur Kartendienste für die systematischen Menschenwissenschaften?

Diese provokierenden Bemerkungen beweisen die Aktualität und Notwendigkeit einer Reflexion auf Struktur und Funktion der Geisteswissenschaften in der kulturellen Gegenwart.

Diese Fragen treten auch nicht nur die methodologischen Fragen, sondern zudem die Fragen nach der Rolle der Geisteswissenschaften innerhalb der Gesamtkultur und nach dem Verhältnis der Menschen- zu den Naturwissenschaften. Beide Fragen können, wie mir scheint, in systematischem Zusammenhang miteinander behandelt und beantwortet werden.

Unabhängig von der Frage der methodologischen Einheit der Geisteswissenschaften und ihrer entsprechenden Verschiedenheit von den Naturwissenschaften kann man in Anknüpfung an eine erhellende Formulierung des Konstanzer Philosophen Jürgen Mittelstraß das naturwissenschaftliche Wissen als „Verfügungswissen“, das geisteswissenschaftliche dagegen als „Orientierungswissen“ kennzeichnen.

Dieser Mangel geht zu Lasten der Geisteswissenschaften. Grob gesprochen scheinen sie der Öffentlichkeit im allgemeinen nicht mehr die Informationen zur Verfügung zu stellen, die diese zu Recht von ihnen erwarten.

Zu diesen Fragen tritt der Zweifel daran, daß die historischen Wissenschaften ohne Erklärung auskommen können, sowie eine Vielzahl weiterer komplizierter Fragen zum Verhältnis der Methoden in den historischen und den systematischen Wissenschaften vom Menschen.

Diese provokierenden Bemerkungen beweisen die Aktualität und Notwendigkeit einer Reflexion auf Struktur und Funktion der Geisteswissenschaften in der kulturellen Gegenwart.

Dilthey-Jahrbuch für Philosophie und Geschichte der Geisteswissenschaften, Bd. 1-3 (1962-1965), hrsg. v. Fritzjohr Rodt, 304 S., 7,- DM, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen; Einzelpreis 74 Mark, Abo.-Preis 84 Mark.



Bilder und Geschichten eines Innentheaters: Marguerite Hoppe (links) und Barbara Nüsse in Heribert Sasses Berliner Inszenierung von Marguerite Duras „Savannah Bay“

Berlin: „Savannah Bay“ von Marguerite Duras

Tropfende Traumworte

Diesem Stück vorsätzlicher Undeutlichkeit, Marguerite Duras' „Savannah Bay“, kommt man mit klaren Worten kaum bei. Es ist unerklärbar. Es ist auch gar kein „Stück“ im dramatischen Sinne.

So hier: Was erblickt der Zuschauer? Auf der weiten Vorbühne zwei Frauen, die eine ältere, ist eine selbig abgetakelte Schauspielerin.

gelingt nicht. Oder es gelingt nur in variablen Vermutungen, jeweils andersdeutig, doch. Ein kluger Dialog der weichen Undeutlichkeit. „Bilder und Geschichten“ wogen heran wie das Meer.

Die Hoppe ist, trotz ihrer doch eher handfesten Bühnenscheinung, erstaunlich treffend. Sie memoriert ihre ständig vagen Träume wie eine exakt sich Erinnernde.

Deutscher Rockmusiker-Verband: Tips und Trends

Mit Udo zu neuen Ufern

Klagen über die Ungerechtigkeiten des Lebens gibt es immer wieder zu hören bei Nachwuchsmusikern in westdeutschen Ländern. Es mangelte an Übungsräumen und Auftrittsmöglichkeiten.

Vertreter im Lüneburger Eigenverlag herausgeben, ist diese Linie nachzuverfolgen. Man kritisiert die Zurückhaltung westdeutscher Plattenfirmen bei der Vertragsunterzeichnung mit deutschen Künstlern.

Mit diesem Lamentieren will es der Deutsche Rockmusiker-Verband e.V. nicht bewenden lassen. Seit 1964 bemühen sich die Aktiven des DRV, des Dachverbands der „Arbeitsgemeinschaft Rockmusiker in Deutschland“ und des „Bundesverbandes Deutscher Musikinitiativen“, um die Sammlung hiesiger Rockmusiker.

Auch in der Zwischenzeit, bis zur Neuerscheinung des nächsten Jahrgangs, ist für Informationen über den Rockmusiker-Verband gesorgt. Die führende Fachzeitschrift „Fachblatt“ veröffentlicht monatlich Vereinsmitteilungen und praktische Tipps zum Musikalltag.

In den etablierten Musikvereinigungen und auch in den Ministerien hat man den Wert dieser zentralen Rockmusiker-Adresse inzwischen erkannt. Davon zeugte eine fruchtbare Zusammenarbeit im letzten Jahr, dem „Europäischen Jahr der Musik“.

Nicht jammern und ideologisch anklagen, sondern den eigenen Weg selbst organisieren und dabei nach Mitstreitern in allen Lebensbereichen suchen, heißt nämlich die Devise. Im „Rockmusiker-Buch '66“, den DRV-

Matthäus: Schutzpatron des Finanzpersonals

Berufsmäßige Sünder

Auf der Hitliste allgemeiner Beliebtheit standen die Zoll- und Finanzbeamten noch niemals oben. Das wird sich auch kaum ändern. Niemand läßt sich gern bildlich oder realiter in die Tasche greifen. Mag diese natürliche Aimosität auch ein von heute zu heute zivilisierter äußern als etwa zu biblischen Zeiten, so ist der Grundeffekt doch schwer zu unterdrücken.

Es verrät einen feinen Sinn für Humor und Selbstironie (und einen bemerkenswerten Kunstsin), wenn sich der Bund der Deutschen Zollbeamten die Triester Miniatur als Patronatsbild gewählt hat. Es zielt als Titelbild zugleich auch ein von Richard Müller herausgegebenes Büchlein über den „Zöllner-Apostel Matthäus, Schutzpatron des Finanzpersonals“. Müller ist nicht nur der Bundesvorsitzende der Deutschen Zollbeamten, sondern auch Präsident der Union des Finanzpersonals in Europa, wie ja auch Matthäus zugleich als Schutzheiliger der französischen Douaniers, der italienischen Finanzieri sowie ihrer niederländischen und luxemburgischen Kollegen fungiert.

Sie fanden ihn unter ihresgleichen, den heiligen Matthäus nämlich, der vor seiner Berufung zum Apostel im galiläischen Kafarnaum den Zoll dienst versah. Das war ein ganz mißer Job damals; kein Vergleich zu heute. Die Zöllner und Steuereintreiber wurden, auch in der Bibel, als „berufsmäßige Sünder“ in einem Atem mit Dinnern, Süßfern und Gottlosen genannt. Mit dergleichen verkehrte man nicht.

Darum ist es nicht verwunderlich, daß auch die Jünger Jesu den neuen Apostel keineswegs begeistert aufnahmen. Daß Jesus Christus ein notorischer Nonkonformist war, hatten sie inzwischen begriffen; sie waren schon allherd von ihm gewöhnt. Aber diese Berufung eines allerorts verachteten Zöllners in die Elite der zwölf engsten Gefolgsmänner ging den biederen Fischern und Handwerkern denn doch über die Hut.

Alfons und Jutta Pausch haben in dem schmalen Bildband Matthäus-Darstellungen der abendländischen Kunstgeschichte zusammengefaßt und erzählen nebei bei in knappen Kapiteln die Kulturgeschichte des Zolls und der Finanzen, die niemals endend wird. Zollstrahlen wird es immer geben in dieser Welt. Der Fachmann Matthäus ist ein guter Schutzpatron, er läßt seine Zöllner nicht verkommen. Auch die Europäische Zollunion bedeutet für sie noch lange nicht Matthäi am letzten epl.

Alfons und Jutta Pausch: „Der Zöllner-Apostel Matthäus“. Verlag des BDK, Bonn, 74 Seiten, 33 Abbildungen, 19,90 Mark.



Matthäusengel am Annoschrein (1185) in der Benediktinerabtei Siegburg

KULTURNOTIZEN

DDR-Kunstartage werden erstmals in Bremen abgehalten. Sie werden am 28. Februar mit einer Buchausstellung und Autorenlesungen eröffnet.

Die Shakespeare-Tage in Weimar, die vom 24. bis 27. April stattfinden werden, stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Utopie und Geschichte bei Shakespeare“.

Das Basler Ballett unter Leitung von Hans Spoerli ist von der Volksrepublik China zu einer Tournee eingeladen worden (11. bis 20. Februar).

Der Hibbeheimer Dem wurde jetzt auf die „Liste des Kulturberbes der Menschheit“, die die Unesco führt, aufgenommen.

Die Anfänge des Impressionismus in Frankreich dokumentiert eine umfangreiche Ausstellung in der We-

shingtoner National Gallery of Arts (bis 6. April).

JOURNAL

PEN besorgt über inhaftierte Autoren

Die Situation der Schriftsteller und Journalisten hat sich nach einem Bericht des PEN, der jetzt auf seinem Kongreß in New York veröffentlicht wurde, im letzten halben Jahr weltweit verschlechtert.

Europäische Opernhäuser: gemeinsames Abonnement

Erstmals legen führende europäische Opernhäuser ein gemeinsames Abonnement auf. Für auswärtige Abonnenten sollen bei bestimmten Vorstellungen der Bayerischen Staatsoper München, der Wiener Staatsoper sowie der Mailänder Scala, des Théâtre National de l'Opéra Paris und des Grand Theatre de Liceu in Barcelona je 100 Karten zur Verfügung stehen.

Deutschsprachige Filme für Berlinale nominiert

Vier deutschsprachige Filme sind bisher für den Wettbewerb der 36. Internationalen Filmfestspiele in Berlin (14.-25. 2) nominiert worden. Es handelt sich um die Filme „Flucht in den Norden“ von Ingeborg Engström (Bundesrepublik), „Stammheim“ von Reinhard Hauff (Bundesrepublik), „Heidelberger“ von Wolfgang Paulus (Bundesrepublik und Österreich) und „Haus am Fluß“ von Roland Gräf (DDR).

Musikfonds wählt seinen ersten Vorstand

Der im letzten Sommer in München gegründete „Musikfonds für Musikurheber“ mit Sitz in Berlin hat jetzt seinen Vorstand gewählt: Peter Ruzicka, Siegfried Ernst und Erich Schulze als Vorsitzende. Parallel zum bereits bestehenden Literatur- und Kunstfonds versteht sich der Musikfonds in Ergänzung zum deutschen Musikrat als Einrichtung zur besonderen Förderung der Musikurheber.

Jean Cassou †

Der Schriftsteller und Kunstkritiker Jean Cassou ist im Alter von 88 Jahren in Paris gestorben. Cassou war Mitbegründer des Verlags „Editions de Minuit“, der schon während des Krieges begann, die namhaftesten modernen Autoren aufzulegen. Während der Haft unter dem Vichy-Regime schrieb Cassou „33 Sonette aus dem Gefängnis“, nach dem Krieg war er Kustos des Museums für Moderne Kunst in Paris. Cassou, gebürtiger Spanier, schrieb mehrere Romane (u. a. „Das Buch von Lazarus“) und übersetzte Cervantes und Unamuno.



Australien: Wo Emus die Picknick-Körbe plündern

Seite VIII

Nicht immer sorgt die Air-condition für ein gutes Klima

Seite III

Reichenhall: Modernes Kurhaus für das Bad mit Tradition

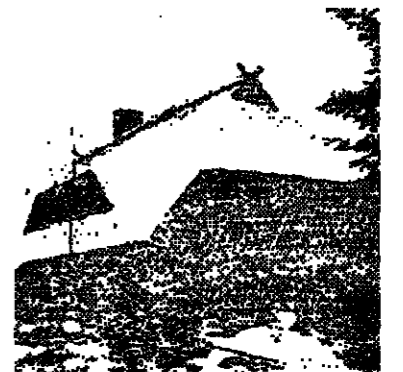
Seite V

Schach mit Großmeister Pachmann, Rätsel und Denkspiele

Seite VII

Gourmettip: Französisch-Deutsches im Botheler Landhaus

Seite VIII



Die drei Ladies von Cotswolds bitten zum Frühstück

Genau genommen erstrecken sich die wie ein Walfrücken geformten Berge der Cotswolds in einer Länge von 80 Kilometern...

aneinander, daß keine modernen Eindringlinge diese Harmonie stören konnten.

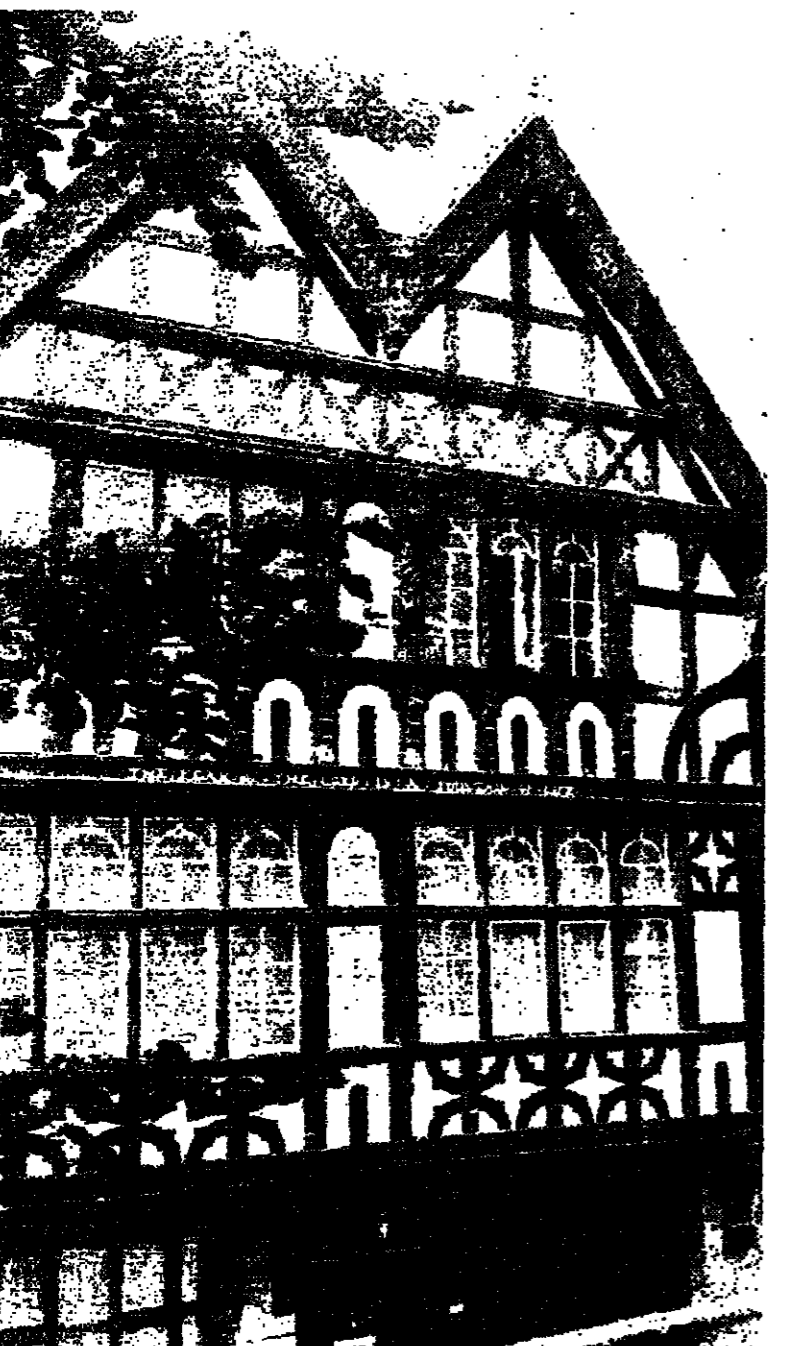
of the Cotswolds" gehören zweifellos zur Spitze englischer Privatunterkünfte.

ner Gruppe von zwanzig, die sich in der Gegend als Farm- und Bett- und Frühstückswirten zusammengelassen hatten.

agency-Häusern. Cirencester, die einmal zweitgrößte römische Stadt in England...

NACHRICHTEN

Neuer Charter-Flugsteig
Düsseldorfs Rhein-Ruhr-Flughafen fertigt jetzt Linienfluggäste und Charterurlauber unter einem Dach...



Einen Käseshop findet der Besucher in Chesters Einkaufsarkaden nicht

Wer Chester hört, denkt an Käse - nur die Stadtväter und Propagandisten dieser alten, nordwestlichen Stadt tun das nicht.

Stadtteil, ohne daß Langeweile aufkommt. Bis in die Gegenwart bauen die Bürger in dieser Weise.

das hehre Ziel des Parlamentarismus.) Die Stadt Chester hielt damals übrigens zum König und büßte es bitter unter Cromwell.



Billiger an den Nil
Reisen an den Nil werden vom 31. Januar an bei Helios Reisen bis zu 500 Mark billiger.

Ob das Fachwerk in Chester tragende oder lediglich schmückende Funktion hat, ob es sich um ein echtes "tudor", "Stuart" oder "Georgian"-Haus handelt...

Das schwarzweiße Fachwerk prägt das Stadtbild und ist neben den "rows" die zweite Spezialität Chesters.

zum Abschied stieg ich von St. John hinunter zum Fluß, wo die Bürger von Chester spazierengingen.

Mit großer Geste entrollt der Town Crier ein Pergament und verkündet, wo es ein reichhaltiges Frühstück, Lunch und Dinner zu enorm niedrigen Preisen gibt.

Frühlings-Poesie
Reizvolles für Blumenfreunde und Liebhaber englischer Poesie bietet im Frühjahr das Städtchen Cockermouth.

So billig wie nie
Die ohnehin schon konkurrenzlosen Preise des Billigfliegers "People Express" ab Brüssel werden für die ersten drei Monate des Jahres nochmals um bis zu 200 Mark gesenkt.

Advertisement for BAD BEVENSSEN featuring 'Ihr Heilbad' and 'Ihr Urlaubsziel' with details on treatments and facilities.

Advertisement for Kurhotel Saarna, a spa resort with various services and contact information.

Advertisement for HAUS WOLFGANG, offering medical and spa treatments.

Advertisement for HOTEL FAHRHAUS, a ringhotel with comfortable rooms.

Advertisement for Zur Amtshöhe, a hotel with a peaceful location and amenities.

Advertisement for Fehlbabers, a hotel and restaurant with a modern interior.

Advertisement for Landhaus zur Aue, a modern holiday home with a garden.

Advertisement for Hotel Linden, a hotel with a central location and good service.

Advertisement for Sonnenhof, a hotel-pension with a garden and spa.

Advertisement for Haus Uhlenbusch, a hotel with a quiet location and good facilities.

Advertisement for Das Haus am Walde, a holiday home with a garden and view.

Advertisement for Gästehaus der Fürst Donnersmarck-Stiftung, offering spa and wellness services.

Advertisement for Hotel Kieferneck, a holiday home with a garden and view.

TOURISTIK

Jersey. Die Oase im Kanal.



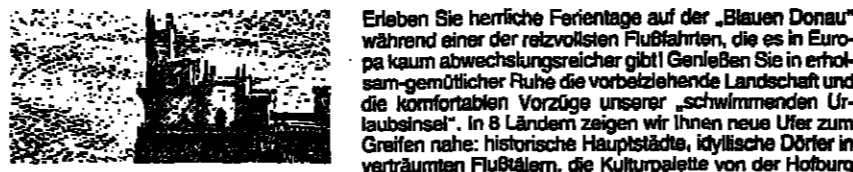
Was können sich Surfer, Segler, Golfer, Angler, Reiter, Radfahrer, Wanderer vom Urlaub Schöneres wünschen als eine britische Insel mit mediterranem Klima und französischer Küche?

So kommen Sie hin: Den Sommer über mit Direktflügen ab Frankfurt (DLT) oder Düsseldorf (BA).

Näheres durch airways international, benetton reisen, gamma-reisen, magnet-reisen, ruff-reisen, tui/hummel-reisen, walters reisen.

Name: Straße: PLZ: Ort:

8-Länder-Flußfahrt auf der schönen blauen Donau



Erleben Sie herrliche Ferientage auf der 'Blauen Donau' während einer der reizvollsten Flußfahrten, die es in Europa kaum abwechslungsreicher gibt!

Transocean-Tours Die Seereisen-Spezialisten aus Bremen

CHINA Seit über 10 Jahren nach China und in die Mongolei; über 50 5-tägige Reisekombinationen; 13-Tage-Kurzreisen schon ab DM 3995.

Island-Reisen '86 Der neue Island-Reisekatalog ist da! (52 Farbpfeile) Alle Island-Reisen in einem Katalog!

Table with columns for destinations and prices: Asunción 2190, Bogotá 1990, Buenos Aires 1990, Caracas 1430, Las Paz 2770, Lima 1995, Mexico City 1670.

KUREN FIT FERIE + KUREN Bleiben Sie gesund & fit 10 Jahre Unser Jubiläumsgeschenk!

ERLEBNIS SYRIEN SYRIEN, altes Kulturland zwischen Euphrat und Mittelmeer... Brücke zwischen Orient und Okzident.

Studiosus Studienreisen Griechische Inseln und Peloponnes Klassisches Griechenland, 9/15 Tg., ab 8.3. jede Woche

CANADA USA ALASKA Ausführliche Beratung für preiswerte Wohnmobilreisen

Donau-Flußfahrten von den Alpen zum Schwarzen Meer MS »MOLDAVIA« 3-Wochen-Reisen ab Passau

Island aus Passion Hotel-Rundreisen, Trekking, Farm-Ferien; Reiten, Mietwagen u. a. / Güstige Flüge u. Fahrten

80° 20' NORD: SPITZBERGEN IN SICHT! Wann hat man schon mal die Gelegenheit, zu neuen Ufern vorzustoßen?

REISEANZEIGEN helfen mit Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen.

11-m-Segelyacht mit max. 10 Können, an der franz. Mittelmeerküste zu verchartern

BILLIG-FLÜGE T. 09103/3001 T. 09103/3001

VISTAFJORD Wale vor Spitzbergen - das könnte mich reizen. Schicken Sie mir bitte Ihren ausführlichen Prospekt.

ERLEBEN SIE DIE GESICHTER UNSERER WELT Unser Fernreisekatalog 1986 ist erschienen

STUDIENREISEN KLINGENSTEIN Gute bei sehr guten Hotels, anerkannt gute Reiseleiter

AMERIKA Die Faszination der Freiheit. Florida, Miami, Rodney App.

ABANO TERME (Italien) CURA-WERBUNG BIETET IHRE KUREN im Hotel Grand Torino und Emmita an:

WELSCHNOFEN/KARERSEE AM ROSENGARTEN Segelbooter Winter: Herrliche Skifahrten in Laurins Rosenpark

Hotel Peter I-39040 PETERSBERG - SÜDTIROL In der strahlenden Winterlandschaft des Skigebietes Latemar

KRONPLATZ In Freiheit der Sonne entgegen. Skifahren, Dalmatien, Italien

Bergshotel ZIRM I-39030 GEISELSBERG OLANG, Pustertal - Südtirol

1986 DM-Preissenkung Hotel Fiorita am Meer Mit-Marittimer/Adria, Frühstücksbuffet, Menüwahl

Meransen Gitschberg Skifahren ohne Kompromiß

Club Valtour Cluburlaub im Schnee Marilleva/Trentino

HOTELS • FERIENHÄUSER • FERIENWOHNUNGEN ADRIA, Venetien-Brunoi (Gargano)

ADAC Reise GmbH

GRATISAUTOREISE VON IHRER HAUSTÜR ZU HOTEL U. ZURÜCK

HOTEL SMERALDO I-84022 Giulianova Lido/Adriatisches Meer

Handwritten text at the bottom of the page.

Billigfahrten werden oft teuer

Eine attraktive Urlaubsfahrt für wenig Geld löst stets Begeisterung aus, für viele ist es die einzige Möglichkeit, überhaupt zu verreisen. Darum ist es verwerflich, wenn Veranstalter diesen Zielgruppen Billigangebote vorgaukeln, die sich dann als getarnter Nepp erweisen. Wie enttäuscht müssen die Menschen sein, die einen schönen Urlaub erwarten und nach einer strapaziösen Busfahrt in die Hände rüder Verkäufer geraten. 98 Mark lautete das günstigste Angebot in einer Kölner Zeitung für zehn Tage Costa Brava mit Hin- und Rückreise im Bus, sieben Übernachtungen und Frühstück. Ein Traumpreis, wenn man bedenkt, daß ein Busunternehmer für Fahrt und Übernachtung rund 300 Mark pro Person kalkulieren muß.

Ein ausgeklügeltes Ausflugsprogramm mit Verkaufswerbung ist so angelegt, daß auch der widerspenstigste Mitreisende mindestens einmal zur Kasse gebeten wird. Der erste Versuch, einen Teil der Kosten wieder hereinzubekommen, wird gleich bei der Ankunft vom sogenannten Reiseleiter im Bus unternommen. Er offeriert eine bessere Unterkunft mit Halbpension für einen Aufpreis von 70 Mark. Die meisten akzeptieren und aus 98 werden 168 Mark. Beim Begrüßungscocktail wird dann den meist älteren Mitreisenden eine bunte Palette von Ausflugsmöglichkeiten angeboten. Nur ganz nebenbei erwähnt man Restaurantbesuche und Verkaufsveranstaltungen. Unter dem Strich holt der Veranstalter seine Kosten über Ausflüge und Provisionen herein. Bei rund 1000 Reisenden pro Woche kommt da schon einiges zusammen. Die Organisation der Veranstaltungen läuft häufig völlig aus dem Ruder. Besonders schlimm sind die Abreisetage, weil die Termine oft kurzfristig umdirigiert werden. Bei solchen Gelegenheiten sind schon Reisende einfach „vergessen“ worden. Es muß nicht bei allen Werbe-Reisen so chaotisch zugehen, aber wer so billig nach Spanien reisen möchte, muß damit rechnen. Wer sich dem Argument: „Nun seid ihr schon so billig hergekommen, nun müßt ihr auch kaufen“, verschließt, kann sicherlich Spaß haben.

MICHAEL ZIMMER



Nicht immer sorgt Air-condition für angenehmes Klima

Wer in Air-condition-loser Vorkriegszeit in den Tropen lebte, wird die Erfindung der Klimaanlage zu schätzen wissen. Und doch stehen viele Leute mit dieser technischen Errungenschaft immer noch auf Kriegsfuß. Sie stört nicht nur der Lärm, den viele Geräte machen, sondern auch das stete Wechselbad zwischen großer Hitze draußen und Eisekälte in herabgekühlten Hotels, Büros und Einkaufsläden. Hier tun sich die Amerikaner besonders hervor. Das hängt mit ihrem für Europäer unverständlichen Bedürfnis zusammen, winters ihre Räume zu überheizen und sie sommers auf Gefrierhaus-temperatur abzukühlen. Je heißer es draußen ist, desto frostiger hat es anscheinend drinnen zu sein. In Taxis, Leihwagen und Autobussen pustet die Eisekälte direkt die Insassen an und verursacht schmerzhaftes Unbehagen. Und so gar das nur moderat gekühlte Hotelzimmer läßt einen oft mit Heiserkeit, Schnupfen, Erkältung oder schmerzenden Atemwegen erwachen. Besonders intensiv ist man der Unterkühlung an Bord von amerikanischen Kreuzfahrtschiffen ausgeliefert. Ein in tropische Gefilde aufbrechender Kreuzfahrer tut dann gut

daran, vorsorglich Pullover und warme Rheumawäsche einzupacken. In der guten alten Zeit, wo Flugzeuge noch klein und gebrechlich und bestenfalls ein Verkehrsmittel für ein paar ganz Eilige auf kontinentalen Mittelstrecken waren, befuhren noch viele Fahrgastschiffe die Nordatlantikroute. Zwar gab es hier zu keiner Zeit ein bemerkenswertes Angebot an amerikanischen Schiffen, doch die Passagiere, die die Erste Klasse der unter englischer, deutscher, französischer und italienischer Flagge fahrenden Luxusliner füllten, waren ganz überwiegend Amerikaner. Das heißt, schon zu damaliger Zeit richtete man sich in Fragen des Geschmacks und der luxuriösen Gestaltung des Interieurs überwiegend nach dieser Klientel. Im Kreuzfahrzeitalter hat sich daran so gut wie nichts geändert. Von den weltweit 2,5 Millionen Kreuzfahrtpassagieren pro Jahr stellen die Amerikaner rund die Hälfte (mit nur 155 000 Buchungen kommt die Bundesrepublik immerhin auf den zweiten Platz). Kein Wunder, wenn Amerikaner heute das Bordklima bestimmen. Auf klimatisierten Schiffen lassen

sich in der Regel die Bullaugen und Fenster nicht mehr öffnen (was sich auf den Sicherheitsaspekt allerdings positiv auswirkt). Die Air-condition verursacht nicht nur einen erheblichen Geräuschpegel, sondern pustet vielfach auch fremde, unangenehme Gerüche in Kabine oder andere Schiffsräume. Fairerweise muß gesagt werden, daß moderne Klimaanlagen geräuschlos arbeiten und man inzwischen auch gelernt hat, die Eintrittsöffnungen hierfür so zu platzieren, daß sie bei jeder Art Windrichtung nur noch reiner, unverfälschte Außenluft ansaugen. Für den erfahrenen Seetouristen ist die Air-condition ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl „seines“ Schiffes. Nicht das Vorhandensein einer Klimaanlage ist dabei der Punkt (alle Einheiten der Weltkreuzfahrtschiffe verfügen inzwischen über entsprechende Installationen), sondern ob es sich um eine zentral gesteuerte Einkanalanlage oder um eine in den Kabinen jeweils individuell regulierbare Zweikanal- oder Primärluft-Klimaanlage handelt. Bei der Einkanalanlage, die vom Maschinenraum aus zentral reguliert wird, enthalten alle abgeschlossenen Räume Luft von gleicher Beschaffen-

heit und gleicher Temperatur. In der Praxis bedeutet das fast stets eine unterkühlte Kabine, in der man gerne unter einem dicken Federbett schlafen würde, während zumeist nur eine in ein Laken geschlagene dünne Wolldecke zur Verfügung steht. Hinzu kommt, daß die Temperaturen zwar tagsüber ganz erträglich sind, diese aber am Abend, wenn man gezwungen ist, die Gesellschaftsräume kühl zu halten, um etliche Grade absinken. Auch besitzen solche Anlagen in der Regel nur sehr grobe Abstufungen: die unterste Heizstufe ist gewöhnlich so warm, die kleinste Kühlstufe indes bereits viel zu kalt. Eine Eigenregulierung – solche Anlagen lassen sich nur in den seltensten Fällen abstellen – kann man nur vornehmen, indem man Papier oder Handtücher in die Öffnungen stopft, um den Luftaustritt zu reduzieren. So kann ein kleiner temperaturregulierender Drehknopf, ein Hebel oder Thermostat tatsächlich über Erfolg oder Mißerfolg einer Seereise entscheiden. Die Veranstalterkataloge verschweigen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, diese wichtigen Details über das Bordklima. Fachleute wenden ein, daß nicht

die Herabkühlung der Luft das eigentliche Problem darstellt, sondern das Herausziehen der hierbei freierwirdenden Nässe. Modernen Schiffen mit flauschigen Teppichböden, Polstermöbeln und Wandverkleidungen aus Kunststoff statt der früher gebräuchlichen wasserbeständigen Edelhölzer könne man nur eine sehr mäßige Luftfeuchtigkeit zumuten, da sie sonst sehr bald schon diesen für schlecht gelüftete Schiffe typischen muffigen Geruch annehmen würden. Und das Herausziehen der Feuchtigkeit ist bei größerer Kühlung eben entsprechend besser. Auch die unterschiedlich abgestuften Temperaturgrade für Speisesäle und Gesellschaftsräume seien erprobte Werte, damit sich diese niedrigen Räume bei voller Belegung nicht innerhalb kurzer Zeit zu sehr aufheizen. Dieser Expertenmeinung soll nicht widersprochen werden. Nur: Schiffe wie die unvergessene Astor, die Europa, Maxim Gorki, Odessa oder Vistafjord nebst einem Dutzend anderer – also Schiffe, die überwiegend für deutsche Klientel fahren – demonstrieren, daß es auch angenehmer und ohne zu frieren geht. HENRY BRAUNSCHWEIG

Was Kunden an den Airlines zu bemängeln haben

tdt. Frankfurt Kundenbeschwerden sind ein Dauerbrenner im Luftverkehr, und für die Airlines sind die Klagen der Klientel ein heißes Thema. Schließlich sind Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und guter Service für die konkurrierenden Luftfahrtgesellschaften wichtige Marketing-Aspekte – da will ein Stoß wütender Beschwerdebriefe kaum ins Bild passen. Allein die Deutsche Luftfluggesellschaft 1984 – bei rund 15 Millionen Fluggästen – 11 000 schriftliche Kundenbeschwerden. „Meistens handelt es sich dabei um Gepäckprobleme“, meint „Beschwerde-Chef“ Alexander Otten. Die Luftfluggesellschaft setzt bei der Beantwortung der Kunden-Schreiben vor allem auf Kulanz und Schnelligkeit: „Soweit irgend möglich, kommen wir unseren Kunden bei der Schadenregulierung entgegen. Und innerhalb einer Woche hat jeder Beschwerdeführer zumindest einen Zwischenbescheid“, erklärt Otten. Sein Beleg für „kundenfreundliches Auftreten“: Jährlich landen nur zehn bis 15 Beschwerden vor dem Kadi. Als häufigsten Grund für ihre Kundenbeschwerden gibt die belgische Luftlinie Sabena Überbuchungen der Maschinen an. Die Beschwerdeabteilung der Airline bearbeitete 1984 knapp 2000 Kunden-Klagen bei rund zwei Millionen Fluggästen. Eine höhere Quote meldet Österreich: Von den zwei Millionen Passagieren griffen 1984 immerhin 4900 zu Papier und Bleistift, um ihrem Ärger Luft zu machen. Den schnellsten „Beschwerde-Service“ verspricht Air Canada seiner verärgerten Kundschaft: Innerhalb von 48 Stunden soll jeder Kundenbrief beantwortet werden, wobei die Quote mit 0,01 Prozent des Passagieraufkommens eher gering ist. Mehr Lob als Tadel registrierte 1985 auch Singapore Airlines. Bearbeitet wurden 1819 Kunden-Klagen, während 3237 Lobbrieve eingingen. Ebenfalls wenig Beschwerden gingen bei der sechsköpfigen Abteilung „Kundenbetreuung“ beim deutschen Charterflieger Condor ein. Beschwerde-Schwerpunkte waren Sitzkomfort (35 Prozent), Bordverpflegung oder Verkaufsangebot (30 Prozent), Bodenabfertigung (25 Prozent) und Kabinenbesatzung (20 Prozent). Das Charterunternehmen ließ sich die gute Kunden-Stimmung etwas kosten: Insgesamt 780 000 Mark an Entschädigungen zahlte Condor 1984.

SCHWEIZ

TESSIN - DIE SÜDLICHSTE MÖGLICHKEIT IN DER SCHWEIZ URLAUB ZUMACHEN. Includes a small illustration of a person and a rose.

KULM HOTEL ST. MORITZ. Der Traumpfad verwöhnt Gäste aus aller Welt. Wir bieten Ihnen das einzigartige Ambiente für unvergessenen Wintersport!

SAVOY Arusa. Ihr TOP-HOTEL für aktive Winter- + Sommerferien ab Fr. 118,- Halbpension. Hallenbad, Tennisplätze, Squash-Hallen, Kegelbahn, Kneipen, Garten, etc.

ENGLAND LONDON. Ministays von 5 bis 10 Tagen ab DM 499,-. WOLTERS REISEN. Farm-Cottage, 4-5 Pers. Nähe Bishop Sutton, in landsch. und kult. reizv. Lage.

WINTERURLAUB IN ÖSTERREICH

Steiermark. Auf in den Steirischen Winter. Happy Spring heißt Steirische Schitour. Das spürt man nicht, solange man die Preisliste bei den österreichischen Steirern. Wichtig für die ganze Familie.

Matrei in Osttirol. Winterspaß mal drei: Skifahren, Schlitten, Tennis spielen. Wiedeln und Hiescheefahren in 2 sonnigen Skigebieten: MATREIER GOLDBIED und VENEDIGERBLICK beim Matreier Tauernhaus.

Bad Hofgastein. Neu in Österreichs größtem Skigebiet! Aparthotel Pyzkerhöhe. A-5630 Bad Hofgastein, Tel. 00 43 64 32 64 44 oder 61 80, Tel. 87 871

Zwei Gütezeichen garantieren ungetrübten Urlaubsspaß: SPORHOTEL EPPLER. A-6793 Goschum. Hochmontafener Austria. Telefon 00 43/755 58-82 51. Telex 52 389 eppler a.

„Man muß sich spätestens zwischen Weihnachten und Silvester auf die nächste Sommerreise freuen können, oder man wird nie des ganzen Reisezaubers teilhaftig werden.“ Sigmund Graff. Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

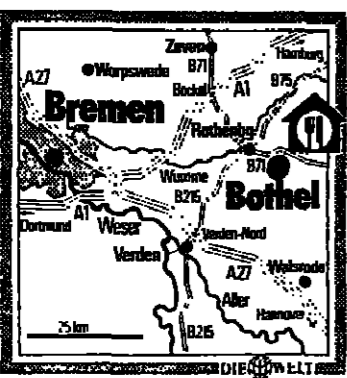
Von der Piste in den Pool, von der Loipe in die Sauna... HOTEL RAUTER. A-9971 Marai in Osttirol. Fam. Hermann. Obwexer.

UNGARN. Urlaub in Ungarn. Großes Ferienhaus-Angebot am Plattensee. Das Familien- und besonders kinderfreundliche Ferienparadies bietet Urlaub wie nie zuvor: Über 200 Ferienhäuser rund um den See gibt es bereits ab DM 363,- pro Woche für 2 Personen, bis DM 1.051,- pro Woche für 12 Personen.

Reiseanzeigen helfen mit, Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reisetage von WELT und WELT am SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.

Prätschli. Das gepflegte Erstklasshotel CH-7050 ARCSA. Tel. 00 41 2 31 16 61 - Tx 74 554 Schneeseiser.

GOURMET-TIP



Anreise: Von Bremen und Hamburg E3 bis Abfahrt Göttrum bzw. Bockel. Weiterfahrt über Rotenburg/Wümme-Hemsbünde bis Bothel. Von Hannover E4 bis Abfahrt Dorfmark, ab da B 440, von der nach Wittorf rechts die Straße nach Bothel abzweigt. Öffnungszeiten: Täglich außer Donnerstag ab 18 Uhr, Betriebsruhe drei Wochen im November. Anschrift: Botheler Landhaus, Pierre und Iris Precht-Hallé, Hemsbunder Straße 10, 7275 Bothel. Telefon: 04266/1517.

Botheler Landhaus

Mitten in der Moor- und Heide-landschaft, acht Kilometer südöstlich von Rotenburg an der Würme, liegt der kleine Ort Bothel und an seinem Rand das aus dem 17. Jahrhundert stammende, reetgedeckte Landhaus von Iris und Pierre Precht-Hallé. Das behäbige Fachwerkhaus ist von einem großen Garten und einer wunderschönen Terrasse umgeben, die an warmen Sommerabenden sehr beliebt ist. Jetzt im Winter fühlt man sich in dem rustikalen Gastraum mit seinen alten Möbeln entschieden wohler, wenn im offenen Kamin das Feuer flackert. Die Tische - es gibt 45 Plätze - sind elegant mit Silber und Kristall eingedeckt.

kleines Filetsteak mit jungen Gemüsen, dazu Folienkartoffel mit Kräuterquark, frische Erdbeeren mit schwarzem Pfeffer (Preis: 55 Mark). Uns gefallen bei verschiedenen Besuchen besonders die hausgemachte Fleischterrine auf Cumberland sauce (10,50 Mark), die Steinpilzconsommé mit Gemüsepilzen (acht Mark) der Seeleitel auf leichter Pfeffersauce mit Spinat und Butterkartoffeln (29 Mark) und die herrlich frischen Jakobsmuscheln in leichter Krebsauce mit



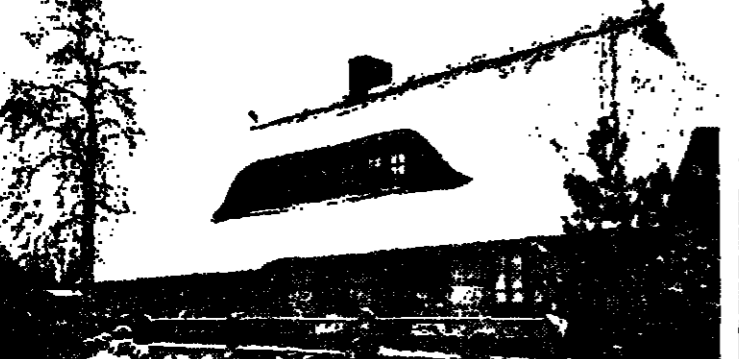
Pierre und Iris Precht-Hallé

Der französische Ehemann Pierre bemüht sich um die Gäste mit Charme und Sicherheit eines Oberkellners im „Tour d'Argent“ und der herzlichen Gastlichkeit seiner elsässischen Heimat, während Frau Iris am Herd regiert. Bei allen Gerichten spielen Kräuter, teils aus dem eigenen Garten, eine große Rolle. Anregungen aus der Heimat ihres Mannes nimmt die Küchenchefin ebenso auf wie Rezepte aus Großmutter's Kochbuch, die dem Trend entsprechend „erleuchtet“ werden. So stehen auf dem kulinarischen Kalender im Botheler Landhaus mal „Kraut und Knödel“ und mal ein „Festival der Jakobsmuscheln“ im Mittelpunkt der Speisekarte.

Die jungen Leute betonen, daß es nicht ihr Ziel ist, ausschließlich ein kulinarisches Erlebnis zu vermitteln, sondern die Gäste sollen in ihrem Haus einen schönen Abend genießen. Nach getaner Arbeit kommt Iris Precht-Hallé gern zum „Klönsmack“ dazu. Die als „Kochbuch“ aufgemachte Speisekarte ist nicht groß, aber übersichtlich gegliedert: Einige kalte und warme Vorspeisen, Suppen, vier Fleischgerichte und ebenfalls vier Fleischspeisen, ergänzt durch zwei Steakangebote (die man dieser Gegend wohl zugestehen muß, schließlich sechs Desserts und ein umfangreiches Angebot an französischen Käsen in bestem Reifezustand. Dazu werden wechselnde Menüs angeboten, die im Preis zwischen 35 und 75 Mark liegen. Der Gesundheit der Gäste wurde nach den Festtagen mit folgendem „schlanken Menü“ Rechnung getragen: Verschiedene Salate mit Wachtel, Lachschnitten mit frischem Spargel auf weißer Buttersauce, ein

frischen Champignons und Kreweten, Salatteller und Baguette, die genau abgepaßt an den Tisch kamen (27 Mark). Die Fischgerichte werden nach neuer französischer Art zubereitet, die Saucen sind leicht und selbst die Pfeffersauce ist so zurückhaltend, daß sie das Gericht nicht überdeckt. Unter den Desserts sind die gefüllten Cognac-Plummen auf Walnußbeiscreme (neun Mark) eine Kalorienstunde wert. Pierre Hallés Hobby pflegt seinen Weinkeller, für den er meist Erzeugnisse seiner Heimat erwirbt. Günstiger Einkauf garantiert Raritäten zu moderaten Preisen: zum Beispiel ein 83er Muscadet vom Château La Guermière/Loire zu 32 Mark, ebenso ein typischer Elsässer Riesling Jahrgang 1983 von der Domaine Zind & Humbrecht in Winzenheim zu 29 Mark, ferner der 81er Burgunder vom Château de Chamiré zu 52 Mark und der enorm günstige 76er Santenais Clos Tavanne premier cru zu 84 Mark.

Überhaupt ist das Verhältnis von Preis und Leistung günstig im Botheler Landhaus, das jetzt im Winter, in verschneiter Landschaft angenehme Stunden am heimeligen Kamin verspricht. PETER BORG



Das Landhaus der Precht-Hallés stammt aus dem 17. Jahrhundert



Rottnest Island in Australien: Der Strand an der Thomson Bay

FOTO: GOTTFRIED WELLER

Wo Emus die Picknick-Körbe plündern

Kingscote Aus der Ferne sah es aus, als würden viele Menschen am Strand liegen, um sich zu sonnen. Doch als ich näher komme, stehe ich vor einem außergewöhnlichen Tierparadies: Unzählige Seelöwen bevölkern die von Dünen und zerklüfteten Felsen begrenzte Bucht. Die meisten der Meeressäuger schlafen langgestreckt im Sand, einige sitzen aufrecht und blinzeln in die Sonne, andere kümmern sich liebevoll um ihre Jungen. Inmitten dieser friedlichen Szenerie kann ich unbehelligt umherlaufen, die Seelöwen hautnah beobachten und fotografieren. Ein übermütiges Robbenbaby will mit mir spielen. Nur einmal reagiert ein Tier aggressiv und schnappt nach meinem Beinchen.

Die Seelöwen der Seal Bay auf Kangaroo Island (Australien) dulden mit ungläublicher Gelassenheit, daß sie täglich von Touristen besucht werden. Menschen bedeuten für diese seit Jahrzehnten staatlich geschützte Tierkolonie keine Gefahr. Zu Recht gilt die Seal Bay als beeindruckendste Sehenswürdigkeit der mit fast 4400 Quadratkilometer drittgrößten australischen Insel (nach Tasmanien und Melville Island). Daran können auch die Kängurus, denen das Eiland seinen Namen verdankt, nichts ändern.

Die „Hauptstadt“ Kingscote (1800 Einwohner) an der Nordküste ist das touristische Zentrum von Kangaroo Island - mit Supermärkten, Souvenirläden, einem Friedhof aus der Gründerzeit (Old Cemetery) und einem 150 Jahre alten Maulbeerbaum (Old Mulberry Tree), der noch immer Früchte trägt. Im Hafen macht regelmäßig die Auto- und Passagier-Fähre „M.V. Troubridge“ fest, die nach sechseinhalbstündiger Fahrt direkt aus dem 112 Kilometer entfernten Adelaide eintrifft. Die kürzeste Schiffsverbindung zum Festland besteht jedoch von dem Städtchen Peneshaw (Dudley Peninsula) aus: Das ihm gegenüberliegende Cape Jervis ist 16 Kilometer nah und mit der neuen Fähre „M.V. Philanderer III“ in einer Stunde erreichbar.

Die beste Reisezeit für Kangaroo Island ist Oktober bis April. Generell ist dann das Klima etwas kühler als auf dem Festland rund um Adelaide, der Winter dagegen ist milder. Hotels und Motels gibt es in Kingscote, Peneshaw und American River, der dritten größeren Küsteninsel. Die Insel kann man im Mietwagen oder auf Tages-Busstouren erkunden. Öffentliche Verkehrsmittel sind (außer einem Airport-Bus-Service) nicht vorhanden.

Geologische Wunder sind am südlichsten Rande des Parks an einer Steilküste zu bestaunen, vor der sich ein dramatisches Schiffskatastrophen ereigneten: der Admiral's Arch (Cape du Couedic) - ein gigantischer, von der Natur aus einem Felsen geformter Bogenangriff vor der Meeresbrandung - und die Remarkable Rocks, eine bizarre Gesteinsformation auf den Klippen.

Die besten Reisezeiten für Kangaroo Island ist Oktober bis April. Generell ist dann das Klima etwas kühler als auf dem Festland rund um Adelaide, der Winter dagegen ist milder. Hotels und Motels gibt es in Kingscote, Peneshaw und American River, der dritten größeren Küsteninsel. Die Insel kann man im Mietwagen oder auf Tages-Busstouren erkunden. Öffentliche Verkehrsmittel sind (außer einem Airport-Bus-Service) nicht vorhanden.

Die besten Reisezeiten für Kangaroo Island ist Oktober bis April. Generell ist dann das Klima etwas kühler als auf dem Festland rund um Adelaide, der Winter dagegen ist milder. Hotels und Motels gibt es in Kingscote, Peneshaw und American River, der dritten größeren Küsteninsel. Die Insel kann man im Mietwagen oder auf Tages-Busstouren erkunden. Öffentliche Verkehrsmittel sind (außer einem Airport-Bus-Service) nicht vorhanden.

Die besten Reisezeiten für Kangaroo Island ist Oktober bis April. Generell ist dann das Klima etwas kühler als auf dem Festland rund um Adelaide, der Winter dagegen ist milder. Hotels und Motels gibt es in Kingscote, Peneshaw und American River, der dritten größeren Küsteninsel. Die Insel kann man im Mietwagen oder auf Tages-Busstouren erkunden. Öffentliche Verkehrsmittel sind (außer einem Airport-Bus-Service) nicht vorhanden.



Zutrauliche Beuteltiere und neugierige Emus auf Kangaroo Island erwarten die Touristen - und deren Eßwaren.

FOTO: ROMAN J. SOUMAR

ANGEBOTE

Zur WM nach Mexiko Fußball-Freunde, die Deutschlands Nationalmannschaft zur Weltmeisterschaft vom 31. Mai bis 29. Juni nach Mexiko begleiten wollen, können ihre Reise jetzt buchen. Das Deutsche Reisebüro (DER) bietet in seinem Spezialprogramm neben der Reise nach Mexiko auch zahlreiche touristische Vor- und Annehmlichkeiten an - innerhalb des Landes, nach Guatemala, Kuba oder in die USA ab 8816 Mark (Auskunft: Deutsches Reisebüro, Eschersheimer Landstraße 25-27, 6000 Frankfurt). Der Spezialreisveranstalter Mexico-Reisen (Marienstr. 8, 8500 Nürnberg) bietet insgesamt 15 Reisetourne an, von der neuntägigen Tour (ab 3979 Mark) bis zum fünfwöchigen Mammutprogramm (ab 7286 Mark).

Zur Premiere von „Cats“ Wer sich die Hamburger Premiere des Musical-Welterfolgs „Cats“ nicht entgehen lassen möchte, kann vom 18. bis 20. April ein Arrangement buchen, in dem ab 558 Mark neben der Eintrittskarte auch zwei Übernachtungen mit Frühstück im Hotel Ramada Renaissance enthalten sind (Auskunft: Bunt-Reisebüro, Erlenstraße 16, 6000 Frankfurt). Erstmals am 3. und 4. Mai gibt dann das Angebot eines anderen Veranstalters, der ganzjährig Wochenendtouren aus dem west- und süddeutschen Raum zum Hamburger Musical-Ereignis organisiert. Im Preis von 298 Mark sind Busfahrt, Hotel mit Frühstück und Eintrittskarte (Rangplatz) enthalten (Auskunft: Kultur-Kunst-Musik-Reisen/Indoculture Tours, Bismarckplatz 1, 7000 Stuttgart 1).

Mit dem Pferdeschlitten Bonndorf, Grafenhausen und Birkendorf im Südschwarzwald machen bis zum 22. März ein Kennenlern-Angebot. Für 138 Mark gibt es eine Woche Übernachtung mit Frühstück, eine Pferdeschlittenfahrt, Wanderungen und einen Glühweinabend (Auskunft: Bonndorfer Kurbetrieb, Schwimmbadstraße 10, 7823 Bonndorf).

Spuren im Schnee Bis zum 2. März gilt ein Angebot, bei dem Skilanglauf- und Wandertouren innerhalb einer Woche die schönsten Punkte des Fichtelgebirges kennenlernen können - „Spuren im Schnee“. Bei den Sieben-Tage-Wanderungen, die jeweils montags beginnen und die für Langläufer mittlerer Kondition angelegt sind, wird das Gepäck transportiert. Die etwa zwölf bis fünfzehn Kilometer langen Routen führen auch zum Ochsenkopf und zum Schneberg. Übernachtung/Halbpension kosten im Winterangebot 479 Mark (Auskunft: Skischule Hottenroth, Fiechel 27, 8581 Warmensteinbach).

Winterurlaub für Singles Single-Zeit in Ramsau am Dachstein und im Osttiroler Städtchen Lienz: Bis in den März hinein bietet Ameropa zweiwöchige Programme für Alleinreisende an, die „im wintersportlichen Rahmen das Gemeinschaftserleben fördern sollen“. Der spezielle Single-Urlaub, in Ramsau ab 788 Mark und in Lienz ab 613 Mark, schließt unter anderem Langlaufkurse, Wachs- und Loipenstammschne ein (Auskunft: Ameropa Reisen, Postfach 11 02 31, 6000 Frankfurt).

Amsterdam im Winter Ein „herzerwärmendes Winterangebot mit einer Flut von Überraschungen“ präsentiert die niederländische Großstadt Amsterdam. Das Arrangement, das noch bis zum 31. März gilt, kostet für zwei Tage etwa ab 44 Mark (Auskunft: Niederländisches Büro für Tourismus, Laurenzplatz 1-3, 5000 Köln).

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

Advertisement for vacation homes in France, including sections for Bretagne (südl. Roscoff), Cannes (Alpes Maritimes), and Ferienhäuser am Atlantik. It lists various properties with details on location, amenities, and contact information.

Advertisement for vacation homes in Corsica and St. Tropez. It features sections for Korsika and St. Tropez, highlighting luxury villas and holiday homes with swimming pools and scenic views.

Advertisement for vacation homes in the Coté d'Azur and Brittany. It includes sections for Côte d'Azur, Ferries in the Bretagne, and Versch. Ausland, offering a variety of holiday accommodations.

Advertisement for vacation homes in Cornwall, Ireland, and Florida. It features sections for Cottages in Cornwall, Ireland, and Ferien in Florida, providing details on holiday homes and travel services.